

Länderportrait Indien

Absatzmarkt, Konkurrent, Kooperationspartner –
Indien im Spannungsfeld von Wirtschaftsboom, Weltmachtstreben
und sozialer Misere



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



DGB BILDUNGSWERK



Dietmar Hexel

Vorsitzender des DGB Bildungswerks

**Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
liebe Leserinnen, liebe Leser,**

Betrachtet man den Stellenwert, den Indien in der westlichen Wahrnehmung und Debatte im Vergleich zu einem Zeitpunkt noch vor fünf Jahren mittlerweile angenommen hat, kann man nur feststellen, dass es endgültig aus dem Schatten Chinas herausgetreten ist und zumindest ökonomisch, zunehmend aber auch politisch den Rang im Weltinteresse angenommen hat, der ihm augenscheinlich auch gebührt.

Dennoch: der Aufstieg Indiens zur „Wirtschaftsmacht im Weltformat“ darf und muss hinterfragt werden. Ihm stehen erhebliche Widerstände entgegen, die sich z. B. aus den Defiziten in der Infrastruktur, der nach wie vor weit verbreiteten Armut, dem Mangel an sozialen Sicherungssystemen, Einkommensungleichheit und der Existenz eines riesigen informellen Sektors oder der drohenden Energieknappheit heraus erklären lassen. Genauso ist es notwendig, nach der Richtung und den Motiven von Indiens bemerkenswerter wirtschaftlicher und vor allem auch politischer „Öffnung zur Welt“ sowie der historisch neuen und oft kontrovers diskutierten Bündnisfreudigkeit in den letzten Jahren zu fragen – beides wird oder sollte ja zumindest die zukünftige Positionierung Deutschlands oder der EU gegenüber Indien mitbestimmen, beispielsweise in der Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Klimawandels.

Welche Konsequenzen – aber auch Hoffnungen – ergeben sich aus der beeindruckenden wirtschaftlichen Entwicklung und dem politischen Bedeutungswandel Indiens in solch kritischen Bereichen wie der Frage der Energiesicherheit, der Ressourcennutzung, des Verhaltens in internationalen Regimen, der Sicherheit in der Region, des notwendigen Strukturwandels, der so-

zialen Gerechtigkeit, des Umweltschutzes oder im Kontext der existierenden gesellschaftlichen Konfliktlinien und innenpolitischen Kontroversen.

Um sich möglichen Antworten auf diese und andere mit dem Aufstieg Indiens verknüpfte Fragen zu nähern, bedarf es eines tieferen und umfassenderen Verständnisses der indischen Realitäten, als es westliche Berichterstattung und Medien bieten können. Es muss aus gewerkschaftlicher Sicht zudem insbesondere der Frage nachgegangen werden, worauf der indische Wirtschaftsboom gründet und ob er auch von einer gleichzeitigen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Inderinnen und Inder begleitet wird.

Wie ist es um das indische Wirtschaftswunder mit Wachstumsraten von um die 8 % bestellt? Ist es nachhaltig? Wie gestaltet sich der indische Arbeitsmarkt? Lässt sich ein allmählicher Rückgang der Armut und eine Abkehr von den bis heute dominierenden informellen Beschäftigungsverhältnissen feststellen? Wie kann Indien den Abschied vom Status eines Entwicklungslandes endgültig einläuten und welchen Beitrag können Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften in Indien, aber auch im Rahmen internationaler Kooperation und Solidarität dazu leisten?

Das vorliegende Portrait Indiens versucht, die Tragweite der Entwicklung im weiteren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenhang zu erfassen. Es geht auf Indiens Bedeutung als Absatzmarkt, als Konkurrent und als Kooperationspartner ein, widmet sich aber auch den Realitäten, die sich in der sozialen Situation des Landes und auf dem Arbeitsmarkt widerspiegeln. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Beschreibung und Analyse der Rolle der Gewerkschaften, ihren bisher eingeschränkten Möglichkeiten der gesellschaftlichen Mitbestimmung und Interessenvertretung der Arbeitnehmer, aber auch den Chancen, die gewerkschaftliche Einflussnahme auf dem indischen Arbeitsmarkt bietet, sowie den Erfolgsaussichten internationaler Gewerkschaftskooperation. Hier steht unsere internationale Zusammenarbeit mit den indischen Kolleginnen und Kollegen bei der Stärkung von Arbeitnehmerrechten, der Förderung eines sozialen Dialogs und der Entwicklung sozialer Sicherungssysteme vor großen Herausforderungen.

Die Broschüre soll somit einen Beitrag dazu leisten, die Diskussion um Indien als Wirtschaftsstandort und seinen Arbeitsmarkt in einen weiteren Kontext einzubetten, um so ein allzu einseitiges Bild von der Weltwirtschaftsmacht Indien, wie es leider häufig in den Medien wiedergegeben wird, zu korrigieren und gleichzeitig gewerkschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen.



Berthold Huber

1. Vorsitzender der IG Metall

**Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
liebe Leserinnen, liebe Leser,**

Indien – ein Land der Gegensätze. Mit 1,1 Milliarden Menschen eines der bevölkerungsreichsten Länder der Welt, die größte Demokratie der Welt, die Softwareschmiede der Welt und demnächst wahrscheinlich eine der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt. Indien – das ist aber auch das Land, in dem mehr als 90 % der Erwerbstätigen in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig sind, in dem Kinderarbeit gang und gäbe ist, in dem soziale Sicherheit für Millionen Menschen bisher ein unerfüllter Traum geblieben ist und in dem über 300 Millionen Menschen in bitterster Armut leben. Nirgendwo auf der Welt sind die Gegensätze zwischen Arm und Reich, zwischen Hochtechnologie und einfachsten handwerklichen Praktiken sowie zwischen nuklearer Aufrüstung und pazifistischer Rhetorik so groß wie in Indien.

Mit dem Länderporträt Indien versuchen wir, mehr Informationen über Indiens wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die gewerkschaftliche Arbeit in Indien zu vermitteln. Und wir wollen dazu ermuntern, sich mehr um Indien zu kümmern.

Mit Wachstumsraten von über 8 % ist Indien seit fünf Jahren die nach China am stärksten wachsende Volkswirtschaft der Welt. Und alle Beobachter sind sich einig: Indiens Aufstieg geht weiter. Bis zur Mitte des Jahrhunderts wird Indien nicht nur das bevölkerungsreichste Land der Erde sein, sondern neben China, den USA und Japan wahrscheinlich zu den vier größten Wirtschaftsnationen der Welt gehören.

Deutschland ist Indiens wichtigster Handelspartner innerhalb der Europäischen Union. Das deutsch-indische Handelsvolumen erreichte 2007 mit zwölf Milliarden Euro seinen bisherigen

Höchststand. Die deutschen Exporte nach Indien betragen rund 7,3 Millionen Euro; Indiens Ausfuhren nach Deutschland beliefen sich auf rund 4,7 Milliarden Euro. Unter dem Strich also ein Handelsbilanzüberschuß von etwa 2,6 Milliarden Euro zu Gunsten Deutschlands. Die wichtigsten deutschen Ausfuhr-güter waren Produkte aus dem Maschinenbau, gefolgt von chemischen Erzeugnissen, Elektrotechnik, Luftfahrzeugen sowie feinmechanischen und optischen Erzeugnissen. Der Schwerpunkt der indischen Exporte nach Deutschland liegt bisher im Bereich Textilien.

Indien – daran besteht kein Zweifel – entwickelt sich sowohl politisch als auch wirtschaftlich zu einer der führenden Nationen der Welt. Unser Interesse muss es sein, dass sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen parallel dazu in gleichem Tempo verbessern. Dazu müssen sowohl die Politik als auch Wirtschaft und Gewerkschaften ihre Beiträge leisten. In erster Linie sind die Inderinnen und Inder selbst gefordert. Doch auch wir können dazu beitragen. Im Rahmen unserer internationalen Zusammenarbeit sollten wir alle Möglichkeiten nutzen, um unsere indischen Kolleginnen und Kollegen und deren Gewerkschaften bei der Sicherung von Arbeitnehmerrechten und dem Aufbau sozialer Sicherungsstrukturen zu unterstützen. Ich hoffe, dass wir mit dem Länderporträt Indien dazu einen Beitrag leisten.



S. 6	01_Einleitung Das indische Paradox: zwischen Entwicklungsland und Weltwirtschaftsmacht
S. 12	02_Regionalkontext Indien: Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Entwicklung und sozialen Wandels
S. 14	02/01_Landeskundlicher Überblick
S. 16	02/02_Der politisch-historische Kontext: von den Anfängen zum „indischen Jahrhundert“
S. 18	02/03_Der innenpolitische und institutionelle Kontext: Grundlagen des politischen Systems und des Parteiensystems
S. 19	02/04_Die soziale Frage: Probleme und Lösungsansätze
S. 22	02/05_Der außenpolitische Kontext: von der Blockfreienbewegung zum „Nukleardeal“
S. 24	02/06_Der gewerkschaftliche Kontext
S. 26	03_Absatzmarkt, Konkurrent, Kooperationspartner: Strukturen und Besonderheiten der indischen Wirtschaft
S. 28	03/01_Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und sektorale Teilentwicklungen
S. 31	03/02_Wirtschaftspolitik vor und nach der Liberalisierung 1991
S. 34	03/03_Die Situation heute: Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen
S. 36	03/04_Indien als Absatzmarkt: Herausforderungen, Potentiale und der Mythos vom Mittelstand
S. 37	03/05_Indien als Konkurrent: die indische Wirtschaft im Globalisierungskontext
S. 37	03/06_Indien als Kooperationspartner: Chancen und Risiken

S. 38	04_Dimensionen gewerkschaftlicher Arbeit in Indien
S. 40	04/01_Ursprünge und Entwicklung der indischen Gewerkschaftsbewegung: rechtliche Rahmenbedingungen und die Rolle der Gewerkschaften in der Praxis
S. 43	04/02_Der indische Arbeitsmarkt
S. 46	04/03_Arbeitsbeziehungen in Indien
S. 48	04/04_Der organisierte und der „nicht-organisierte“ Sektor: Strukturen, Arbeitsbedingungen und Beschäftigtenschutz
S. 50	04/05_Staatliche Arbeits- und Sozialpolitik
S. 53	04/06_Probleme und Ansätze gewerkschaftlicher Einflussnahme in den indischen Arbeitsbeziehungen
S. 56	04/07_Deutsch-indische Gewerkschaftskooperation und mögliche Kooperationsbereiche für die internationale Gewerkschaftsarbeit
S. 58	05_Die Positionierung Indiens in der Weltwirtschaft und im internationalen System
S. 60	05/01_Indien in der Weltpolitik
S. 61	05/02_Indiens Außenwirtschaftsbeziehungen
S. 62	05/03_Indien in der WTO
S. 62	05/04_Indien in der Region
S. 63	05/05_Indien, China und die USA
S. 65	05/06_Indien und die EU
S. 66	06_Fazit
S. 70	07_Literaturangaben und Internetverweise

01_

Einleitung





Das indische Paradox: zwischen Entwicklungsland und Weltwirtschaftsmacht



Kinderarbeit ...

Indien fasziniert die Deutschen seit langem. Waren es zuerst die Kultur, die Religion und die Exotik, so ist es in den letzten Jahren die boomende Wirtschaft. Indien steht nicht mehr ausschließlich für Rückständigkeit, Unterentwicklung, Armut und Elend, sondern für ein Wirtschaftswunder, wie wir es schon seit längerem in den Ländern Ost- und Südasiens bewundern. Haben wir es bei Indien mit einem zweiten China zu tun, dessen wirtschaftliche Wachstumsraten, Exporterfolge und Devisenreserven Manager und Politiker aus der ganzen Welt nach Asien pilgern lassen, um hier zu investieren, zu produzieren und seit Ausbruch der internationalen Finanzkrise möglichst auch Kredite für die eigene Wirtschaft zu erhalten? Um es gleich zu sagen: Indien ist von den wirtschaftlichen Erfolgen Chinas noch weit entfernt. Aber hohe Wirtschaftswachstumsraten, steigende Exporte und hohe Devisenreserven hat auch Indien vorzuweisen. Was dieser Erfolg für die deutsche Wirtschaft bedeutet, soll u. a. in der vorliegenden Broschüre aufgezeigt werden. Es gilt ein Portrait Indiens zu zeichnen, in dem auf Indiens Bedeutung für uns als Absatzmarkt, als Konkurrent und als Kooperationspartner eingegangen werden wird, aber auch auf die Realitäten, die sich in der sozialen Situation des Landes und auf dem Arbeitsmarkt widerspiegeln. Insbesondere die Rolle der indischen Gewerkschaften soll beleuchtet werden. Es ist also keine Länderkunde. Die Broschüre will einen Zugang zu Indiens (wirtschaftlichen) Problemlagen und Herausforde-

rungen bahnen. Zugleich will sie denjenigen, die sich schon mit dem Land befasst haben, weitere Informationen liefern. Die Tragweite der Entwicklung lässt sich nur im weiteren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenhang erfassen. Dafür stehen im Untertitel die Begriffe Wirtschaftsboom, Weltmachtstreben und soziale Misere. Wohl nirgendwo auf der Welt ist die Spanne zwischen Hochtechnologie und einfachsten handwerklichen Praktiken, zwischen Hochrüstung und pazifistischer Rhetorik, zwischen opulentem Reichtum und unbegreiflicher Armut so groß wie in Indien. Dieses Phänomen bedarf der Erklärung; der Leser wird seine eigenen Bewertungen finden.

Abseits der Exotik war die Berichterstattung über Indien in den Medien lange von Katastrophen bestimmt: Hochwasser und Überschwemmungen, Massenarmut, Dürre und Hungersnot waren die bestimmenden Themen. Indien stand geradezu stellvertretend für die „Dritte Welt“, ein Fall für die Entwicklungshilfe. In dem Maße, wie die Öffentlichkeit dieses Themas müde wurde, ging die Medienberichterstattung über Entwicklungsprobleme zurück. Erfolgsgeschichten waren nur aus den ostasiatischen „Tigerstaaten“ zu berichten, bis die „Asiatische Krise“ Ende der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts die allgemeine Euphorie bremste. In der gleichen Zeit wuchs China zur Weltwirtschaftsmacht heran; im Jahr 2009 dürfte China Deutschland als Exportweltmeister ablösen. Indien hatte sich



... und Call Centre: die Symbole der „zwei Indien“

(wie China) lange vom Weltmarkt abgekehrt und blieb so von der „Asiatischen Krise“ verschont. Die verstärkte Aufmerksamkeit verdankt Indien seinen spektakulären Erfolgen beim Export von Computerprogrammen, auf die noch einzugehen sein wird, aber vor allem nicht-wirtschaftlichen Gründen: mit einer Serie von Atomtests im Jahre 1998 bestätigte Indien den Verdacht, über Atomwaffen zu verfügen. Auf einmal schien die Übermacht Chinas in Asien gebrochen. Vor allem die amerikanische Regierung begann Indien als Gegengewicht zu China aufzubauen. Der vorerst letzte Akt in diesem Spiel ist der amerikanisch-indische Atomvertrag („Nukleardeal“), den der US-Kongress kurz vor dem Ende seiner Amtszeit im Herbst 2008 annahm. Wo also steht Indien heute? Ist Indien noch Entwicklungsland oder doch schon eine Weltwirtschaftsmacht?

Indiens Armut und Rückständigkeit auf der einen Seite und seine Spitzenstellung in einigen Wirtschaftsbereichen auf der anderen stellen ein Paradox dar. Es zeigt sich, wie vorsichtig man bei der Einschätzung eines Landes sein muss. Beginnen sollte man mit der Frage nach der Armut: nach Einschätzungen der Weltbank lebt rund ein Drittel der Inder in Armut. Die Weltbank hat ausgerechnet, dass man die Kaufkraft von einem Dollar am Tag braucht, um gerade noch existieren zu können, ohne langfristige Schäden davon zu tragen, weil man über eine längere Zeit unterernährt war. Man spricht auch von der Gren-

ze zur absoluten Armut. Nach den Zusammenstellungen des Weltentwicklungsberichts der Weltbank leben mehr als ein Drittel aller absolut Armen der Welt in Indien, mehr als in allen Staaten Afrikas zusammen. Wenn man Armut etwas weiter fasst und die Grenze bei zwei Dollar am Tag ansetzt, leben vier Fünftel aller Inder in Armut. Wollte man die „Armutslücke“ schließen und das Einkommen aller Armen auf das Ein-Dollar-Niveau anheben, so müssten 8 % der Einkommen umverteilt werden, bei einer Anhebung auf das Zwei-Dollar-Niveau sogar 35 %. Nach Einschätzung der indischen Regierung leben deutlich weniger Menschen in Armut: 30 % auf dem Lande, 25 % in der Stadt und 29 % insgesamt. Die indische Regierung geht bei ihren Berechnungen davon aus, wie viel Nahrung der Mensch braucht. Nach indischer Ansicht braucht der Mensch auf dem Lande jeden Tag Nahrungsenergie mit einem Brennwert von 2.400 Kilokalorien; weil der Städter nicht so hart körperlich arbeiten muss, werden ihm nur 2.100 Kilokalorien zugestanden. Es fragt sich also, wie groß der Anteil der indischen Bevölkerung ist, dessen Einkommen zu gering ist, um sich jeden Tag 2.400 bzw. 2.100 Kcal leisten zu können. Beide Ansätze, der der Weltbank und der der indischen Regierung, sind absolute Maße, anders als in Deutschland, wo wir ein relatives Maß verwenden und Armut im Vergleich zu anderen definieren und sich die Grenze mit steigendem Einkommen nach oben verschiebt.

I Indien, China, Japan, Russland und Deutschland: Wirtschafts- und Strukturdaten im Vergleich

	China	Indien	Japan	USA	Russland	Deutschland
EINWOHNER (2006, Mio.)	1.312	1.110	128	299	142	82
BEVÖLKERUNGSWACHSTUM (2000–2006, in %)	0.6	1.5	0.1	1.0	-0.5	0.0
BNE (BSP) (2006, in Mrd. US\$)	2.642	907	4.900	13.446	822	3.018
BNE (BSP)/Kopf (2006, in US\$)	2.010	820	38.410	44.970	5.780	36.620
BIP (2006, in Mrd. US\$)	2.669	906	4.340	13.202	987	2.907
BIP WACHSTUM (2000–2006 in %)	9.8	7.4	1.6	2.8	6.4	0.9
LEBENSERWARTUNG MÄNNER (2005, in Jahren)	70	63	79	75	59	76
LEBENSERWARTUNG FRAUEN (2005, in Jahren)	74	64	86	81	72	82
ALPHABETENRATE 15+, (2000–2005, in %)	91	61	100	100	99	100
HUMAN DEVELOPMENT INDEX (2006, Rang)	81	128	8	12	67	22
GENDER DEVELOPMENT INDEX (2006, Rang)	73	113	13	16	59	20
AUSFUHREN (2006, Mrd. US\$)	969	120	647	1.037	305	1.112
EINFUHREN (2006, Mrd. US\$)	792	174	577	1.920	164	910
AUSLÄNDISCHE DIREKTINVESTITIONEN (2005, Mrd. US\$)	79	7	3	109	15	32
AUSLANDSSCHULDEN (2005, Mrd. US\$)	282	123	–	–	229	–

Erläuterungen: BNE = Bruttonationaleinkommen, BSP = Bruttosozialprodukt, BIP = Bruttoinlandsprodukt
Quellen: World Development Report 2008, Human Development Report 2007/08.

Tabelle 1

In armen Gesellschaften beansprucht die Ernährung den größeren Teil des Einkommens; je ärmer die Menschen, desto höher dieser Anteil. Aber auch die Ärmsten der Armen benötigen Geld auch zur Deckung anderer Grundbedürfnisse: Unterkunft, Kleidung, Seife, Waschpulver, Kerzen, Zündhölzer, Medikamente, öffentliche Verkehrsmittel. Der Anteil der Bevölkerung, die sich selbst versorgen (kann), also Subsistenzwirtschaft betreibt, wird immer kleiner. Nicht zu vergessen, dass 40% der ländlichen Haushalte kein oder fast kein eigenes Land (< 2000 qm) haben. 60% von ihnen, insgesamt 10 Millionen, pachten Land und teilen die Erträge des Landes mit den Verpächtern. Die landlosen Landarbeiter sind auf ihre Einkünfte als Tagelöhner angewiesen. Durchschnittszahlen sagen auch wenig über Verwundbarkeit aus: Reicht die Ernte eines Kleinbauern bis zur nächsten Ernte? Wie lange können Tagelöhner ohne Arbeit auskommen? Was machen Alte und Kranke, Familien ohne Ernährer, wenn es keine Sozialversicherung gibt? Armuts-Statistiken erzählen uns nichts über die Lebensumstände und Erwartungen der Armen.

Auch sonst entspricht Indien in weiten Bereichen den verbreiteten Vorstellungen eines Entwicklungslandes, auch wenn sich die Verhältnisse seit der Unabhängigkeit im Jahre 1947 fast durchweg verbessert haben: die Lebenserwartung ist mit 63 Jahren für Männer und 64 Jahren für Frauen niedriger als in den Industriestaaten (Deutschland: 76 und 82), ist aber um die Hälfte höher als vor einem halben Jahrhundert (1960: 44). Noch immer können längst nicht alle Erwachsenen lesen und schreiben, noch längst gehen nicht alle Kinder zur Schule und diejenigen, die zur Schule gehen, besuchen sie nicht regelmäßig und brechen sie schon vor Ende der Grundschule ab. Vor allem auf dem Lande fehlt häufig noch eine Versorgung mit unbedenklichem Trinkwasser, noch längst verfügen nicht alle Dörfer über einen festen Straßenanschluss, fehlt vielerorts noch der Anschluss an das Elektrizitätsnetz, gibt es keine Toiletten, keine Kanalisation, wird Abfall nicht eingesammelt und werden Abwässer nicht geklärt.

Es gibt auch eine Mittelschicht, auch wenn sie nicht so zahlreich und kaufkräftig ist, wie in den Medien beschrieben. Die Verwirrung rührt daher, dass in internationalen Quellen von einer Mittelklasse (nicht: Mittelstand!) die Rede ist, womit alle gemeint sind, die weder arm sind und zur Unterschicht zählen noch reich sind und zur Oberschicht zählen. Setzt man die Grenze bei einem Dollar am Tag an, so kommt man auf 700 Millionen, setzt man sie bei zwei Dollar am Tag an, so sind es immer noch mehrere Hundert Millionen. Die meisten von ihnen haben aber einen Lebensstandard, der in Deutschland als ärmlich bezeichnet werden würde. Wenn wir an eine Mittelschicht nach europäischen Maßstäben denken, in der es wenigstens



Noch längst gehen nicht alle Kinder in Indien zur Schule.

einen Kleinwagen in der Familie gibt, so schrumpft die Mittelschicht auf wenige zehn Millionen, einschließlich Familienangehörigen, zusammen.

Die Einkommensunterschiede im Lande sind trotzdem nicht größer als bei uns, wenn wir nicht die absolute, sondern die relative Verteilung betrachten, d.h. weil die Armut noch so weit verbreitet ist, klafft die Einkommenskluft (noch) nicht so weit auseinander. Die relativen Einkommensunterschiede sind überraschender Weise auch geringer als in den USA und im offiziell noch immer kommunistischen China. Die relativen Einkommensunterschiede sind überraschender Weise auch geringer als im offiziell noch immer kommunistischen China. Die Einkommensverteilung wird üblicher Weise mit dem Gini-Koeffizienten gemessen, der zwischen Null und Eins liegt: Null bedeutet völlige Gleichverteilung, Eins völlige Ungleichverteilung. Der Gini-Koeffizient lag zuletzt bei 0,37 in Indien und 0,47 in China.

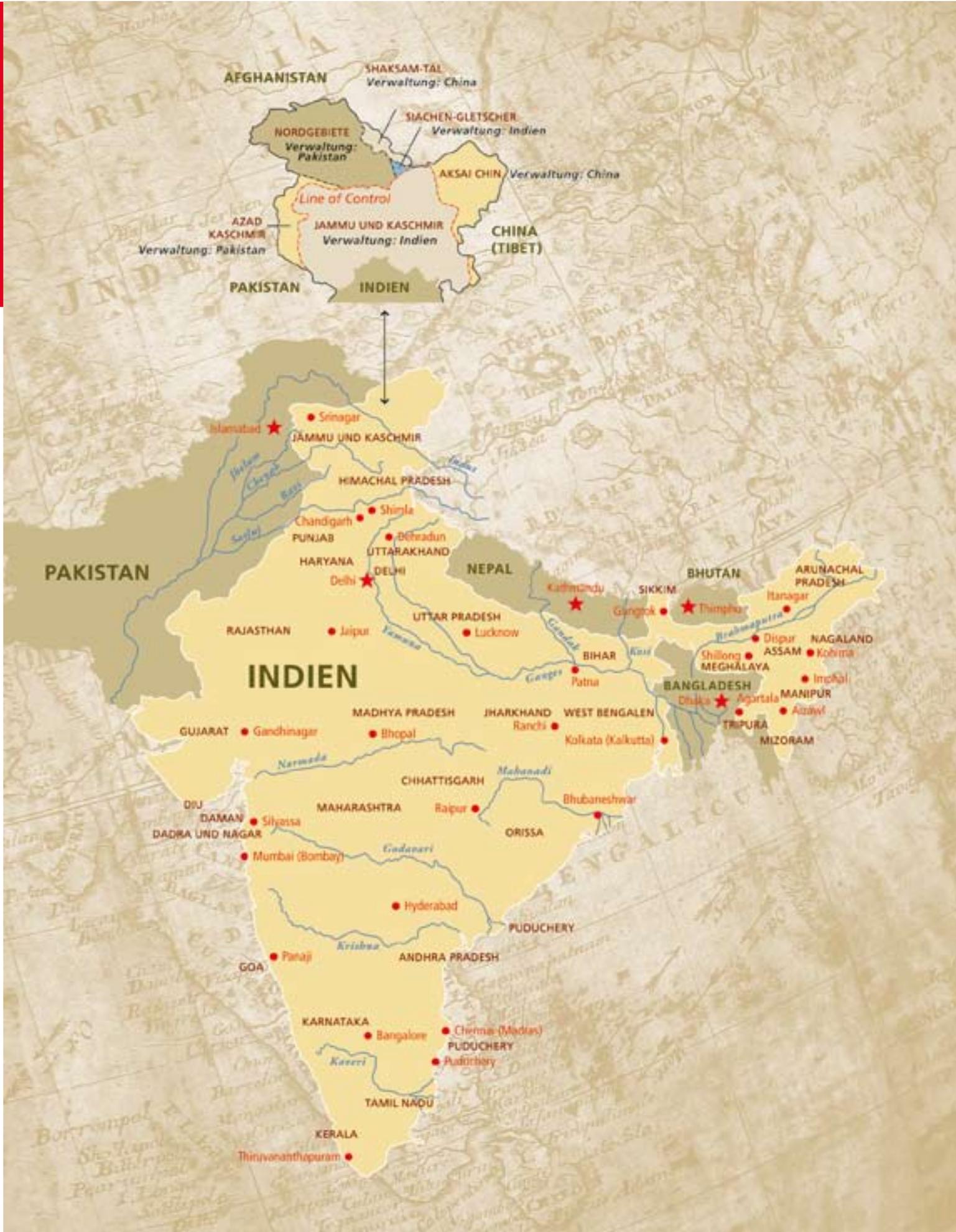
02_

Regionalkontext Indien:

Rahmenbedingungen
wirtschaftlicher Entwicklung
und sozialen Wandels







02/01_Landeskundlicher Überblick

Die Indische Union ist mit einer Fläche von 3,29 Mio. qkm der achtgrößte Staat der Erde und damit so groß wie Westeuropa. Man kann vier Hauptregionen unterscheiden: den Bergrand im Nordwesten, Norden und Nordosten, die Ganges-Tiefebene, das nach Süden ansteigende Hochland des Dekhan (der südliche Teil Vorderindiens und damit die eigentliche Halbinsel des indischen Subkontinents) und die Inselwelt (Lakkadiven, Andamanen und Nikobaren). Das Tafelland des Dekhan steigt von Osten an und fällt an der Westküste steil ab. Entsprechend fließen die großen Ströme des Dekhan (Mahanadi, Godavari, Krishna, Cauvery) von West nach Ost, nur der Tapti und der Narbada im Norden des Dekhan fließen in die entgegengesetzte Richtung.

Indien erstreckt sich vom 35. Grad nördlicher Breite (Kaschmir) bis fast an den Äquator (Lakkadiven) und liegt damit im Bereich des tropischen und subtropischen Gürtels; es sind alle Höhenlagen vom Meeresspiegel bis zu den höchsten Erhebungen der Welt im Himalaja und Karakorum gegeben. So finden wir tropische und subtropische, aber auch gemäßigte und montane Klimate. Während im Himalaja in den Höhen sub-polares Klima herrscht, finden wir im Westen trocken-heißes Wüstenklima, im Nordosten feucht-warmes, im größten Teil des Landes Monsunklima, d.h. feucht-warmer Sommer, trocken-kühler Winter und trocken-heißes Frühjahr, und im Süden Tropenklima. Wie kaum ein anderes Land ist Indien von großen topographischen und klimatischen Gegensätzen gekennzeichnet. Fruchtbare Schwemmlandebenen an Ganges und Brahmaputra kontrastieren auf der einen Seite mit Wüsten und Trockengebieten im Westen (Rajasthan) und (in) Zentralindien und auf der anderen mit tropischen Regenwäldern im Osten (Assam) und Süden (Kerala). Das Territorium (Landfläche) wird vor allem landwirtschaftlich genutzt, 61 % sind landwirtschaftliche Flächen, die als Ackerland und Dauerkulturen genutzt werden. 22 % der Flächen sind Wald, wobei es sich zum Teil nur um lichte Bestände handelt.

Entsprechend der jährlichen Niederschlagsmengen lassen sich vier Vegetationstypen feststellen: Über 2.000 mm immergrüner Regenwald, 1.000–2.000 mm Monsunwälder, 500–1.000 mm Übergang von Monsunwäldern in offene Dornbuschsteppe, unter 500 mm Dornbuschsteppe. Die natürliche Vegetation



Landwirtschaftliche Nutzung prägt den Subkontinent: Reisanbau in Südindien

ist über den größten Teil des Landes durch menschliche und tierische Einwirkung, d.h. Ackerbau und Beweidung, zerstört bzw. zumindest verändert worden. Die Gangesebene und Assam sind heute fast ausnahmslos eine offene Agrarlandschaft. Der Dekhan wird weitgehend landwirtschaftlich genutzt; Monsunwälder bedecken nur noch die Gebirge am nördlichen und östlichen Rand der Halbinsel, immergrüne Regenwälder sind in den westlichen Randgebirgen und im Nordosten anzutreffen. Im Tiefland des nördlichen Subkontinents (Indus, Ganges, Brahmaputra), aber auch im Gebiet der großen Ströme des Dekhan ist Landwirtschaft nur mit Hilfe künstlicher Bewässerung möglich, nämlich durch das Ableiten von Wasser aus den ganzjährig wasserführenden Flüssen durch ein weit verzweigtes Kanalsystem bis auf die Felder, durch die Speicherung der Niederschläge bzw. des Flusswassers in Teichen und Rückhaltebecken und durch die Nutzung der Grundwasserreserven durch Pumpen. Ackerbauliche Nutzung des Bodens herrscht vor, Weidewirtschaft wird nur dort betrieben, wo der Ackerbau bei niedrigen und stark schwankenden Niederschlägen und extremen Steillagen seine natürlichen Grenzen findet.

Indien verfügt über große Kohle- und Eisenerzvorkommen. Bei Glimmer ist Indien der weltgrößte, bei Kohle und Chrom der drittgrößte, bei Eisenerz der fünftgrößte und bei Mangan und Bauxit der siebtgrößte Produzent. Weitere bedeutende Vor-

kommen finden sich bei Chromerz und Bauxit, Kalkstein, Steinsalz und Kupfer. Ferner gibt es Blei, Zink, Asphalt, Kali, Antimon, Molybdän, Kobalt und Nickel, Zinn, Gold, Thorium und Beryllium. Zum Teil erlauben die Vorkommen einen beträchtlichen Export. Indien ist der drittgrößte Steinkohleproduzent der Welt; die reichlichen Kohlereserven werden auf 276 Mrd. Tonnen geschätzt und würden bei gleichbleibender Förderung über vierhundert Jahre ausreichen. Erdöl- und Erdgasfunde in Indien sind gering. Indien kann mehr als 80 % des kommerziellen Energiebedarfs aus eigener Förderung decken; was fehlt ist Erdöl: Indien fördert weniger als ein Viertel des Bedarfs aus eigenen Quellen. Es besteht ein beträchtliches Potential an Wasserkraft, das in zunehmendem Maße genutzt wird.

Mit 1,1 Mrd. Einwohnern wird Indien nur von China übertroffen. Die Bevölkerung wächst mit einer Rate von 1,3 % im Jahr. Das Bevölkerungswachstum war in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts als Folge einer verbesserten medizinischen

Versorgung, besserer Hygiene und besserer Ernährung auf etwa 2,5 % angewachsen, so dass man von einer Bevölkerungsexplosion sprach. Seit den sechziger Jahren fällt die Wachstumsrate kontinuierlich. In einigen Gebieten, vor allem im Süden und Osten ist bereits ein „Null-Wachstum“ erreicht, d.h. die Fertilitätsrate, die Zahl der Kinder im Leben einer Frau, ist nicht größer als 2,2 Geburten (es müssen mehr als zwei Kinder je Frau geboren werden, da nicht alle Frauen das gebärfähige Alter erreichen). Weil aber die nächste, zahlreichere Generation von Eltern bereits geboren ist, wird das Wachstum auch dort vorerst weiter anhalten. Da eigentlich immer etwas mehr Jungen geboren werden als Mädchen, gibt es deutlich mehr Männer als Frauen, auch weil Jungen der Vorzug gegeben wird und es moderne Schwangerschaftsuntersuchungen erlauben, das Geschlecht des Kindes – trotz gesetzlichem Verbot – vor der Geburt festzustellen, und Schwangerschaften vorzugsweise unterbrochen werden, wenn sich Mädchen ankündigen. Jungen werden auch besser ernährt als Mädchen.

02/02_Der politisch-historische Kontext: von den Anfängen zum „indischen Jahrhundert“



Archäologische Ausgrabungen belegen, dass in Indien zeitgleich mit Ägypten, Mesopotamien und China in vorgeschichtlichen (d.h. in schriftlosen) Zeiten Hochkulturen entstanden, die einen Zivilisationsstand erahnen lassen, der in manchen Teilen Indiens auch heute noch nicht wieder erreicht wurde. Hier entstanden die großen Religionen des Hinduismus und

Buddhismus; die Griechen wussten von Indien, als sich Alexander der Große aufmachte, um das Land zu erobern. Als er Indiens Grenzen erreicht hatte und sich absehen ließ, dass dort ein großes und mächtiges Reich existierte, machte er sich auf den Rückzug; aus der Verbindung griechischer und buddhistischer Kultur entstand die einzigartige Gandhara-Kultur im Nordwesten des Subkontinents. Diese Zeit sah mit Magadha auch das Großreich eines buddhistisch-indischen Herrschers, das fast den ganzen Subkontinent umspannte. Den größten Teil des Mittelalters und der Moderne bekämpften sich regionale Herrscher, eine Einigung Indiens gelang nur muslimischen Eroberern und den Briten. Noch immer wirkt ihr Einfluss auf das öffentliche Leben und die Politik nach.

Mit der Eroberung der Region Sindh im Jahre 711 durch Araber (im selben Jahr, in dem sie die Straße von Gibraltar überquerten) begann die Ausbreitung des Islam in Indien mit der Missionierung durch muslimische Religionsgelehrte. Sie waren vor allem dort erfolgreich, wo der Hinduismus den Buddhismus als vorherrschende Religion gerade erst (wieder) abgelöst hatte. Vor allem im Punjab und Bengalen konvertierten viele zur neuen Religion und bildeten die knappe Mehrheit. Im Doab, dem Zweistromland zwischen Indus und Ganges, in Zentralindien und an der Westküste in Gujarat und Kerala



Das muslimische Erbe wirkt nach: die Jama Masjid in Delhi, größte Moschee Indiens.

entwickelten sich die Muslime zu einer einflussreichen Minderheit. Die kolonialen Eroberer setzten sich ab dem achtzehnten Jahrhundert in immer weiteren Teilen gegen die Herrschaft der muslimischen Moguln durch; in der Kolonialverwaltung und der britisch-indischen Armee zeigten sich Hindus und Sikhs anpassungsfähiger als die Muslime. Als sich während der Befreiungsbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts abzeichnete, dass Indien ein demokratischer Staat werden würde, befürchteten die zahlenmäßig weit unterlegenen Muslime, von den Hindus dominiert zu werden, und forderten einen eigenen Staat, der ihnen 1947 auch gewährt wurde. Anlässlich der Unabhängigkeit wurde Britisch-Indien ebenso wie seine beiden größten Provinzen, Punjab und Bengalen, geteilt. Pakistan entstand als neuer Staat. Den fast sechshundert Fürstenstaaten, die von den Briten nur indirekt regiert wurden, wurde empfohlen, sich einem der beiden neuen *Dominions* (selbstverwaltete Kolonien des Britischen Reiches) anzuschließen.

Der Maharaja von Kaschmir, einem der größten Fürstenstaaten, herrschte als Hindu über eine Mehrheit von Muslimen. Er strebte ebenso wie der Führer der Muslime die Selbständigkeit der „Schweiz Asiens“ an, entschloss sich aber zum Beitritt zu Indien, als muslimische Freischärler aus der Nordwestgrenzprovinz Pakistans vorrückten. Es kam zum ersten Krieg zwischen den beiden neuen Staaten, weitere folgten. Mit Hilfe der Vereinten Nationen kam es am 1. Januar 1949 zum Waffenstillstand. Seitdem ist Kaschmir geteilt: Indien kontrolliert den größeren Teil mit dem malerischen, fast ausschließlich von Muslimen bewohnten Kaschmir-Tal, Pakistan kontrolliert die rein muslimischen Nordgebiete.

Entlang der „Kontrolllinie“ schwelt ein Grenzkrieg, der immer wieder zu eskalieren droht. In Kaschmir kommt es seit 1989 zu Aufständen, die die indische Armee nur mit Mühe kontrolliert. Das Erbe der „unvollendeten Teilung“ belastet nicht nur Indiens Beziehungen zu seinem westlichen Nachbarn, sondern angesichts der Atombewaffnung der beiden Staaten auch den Weltfrieden.

Das britische Erbe zeigt sich an der Verbreitung der englischen Sprache und ihrer Bedeutung in Wirtschaft, Politik und Erziehung, am britisch-indischen Rechtssystem und vor allem am politischen System, das sich am Modell der Westminster-Demokratie orientiert. Im Gegensatz zu den anderen Staaten der Region funktioniert die Demokratie in Indien: es gibt ein Mehrparteiensystem, es finden regelmäßig Wahlen statt, die bereits mehrfach zu einem friedlichen Machtwechsel zwischen den Parteien führten. Indien ist ein föderaler Staat der sich am Prinzip der Subsidiarität orientiert, d. h. dass öffentliche Aufgaben soweit wie möglich von den unteren Ebenen des Staates übernommen werden. Die Staaten der Union erfreuen sich beträchtlicher Entscheidungsfreiheit gegenüber der Zentralregierung; auf lokaler Ebene bemüht man sich um eine Belebung des alten Systems der *panchayat*, d. h. der Gemeinderäte. Die Aufteilung der Mittel zwischen Zentralregierung, Unionsstaaten sowie Städten und Landgemeinden sind in der Verfassung festgeschrieben. Seit den Wirtschaftsreformen, vor allem der Liberalisierung in den frühen neunziger Jahren, entwickelt sich Indiens Wirtschaft so dynamisch, dass bereits von einem „indischen Jahrhundert“ gesprochen wird.

02/03_Der innenpolitische und institutionelle Kontext: Grundlagen des politischen Systems und des Parteiensystems

Indien ist ein Unionsstaat (*union of states*, Art. 1 der Verfassung) mit (einschließlich Delhi) 29 Staaten und 6 kleineren *Union Territories*, die direkt von der Zentralregierung verwaltet werden; zuletzt wurden im Herbst 2000 drei der größten Unionsstaaten geteilt und drei neue Unionsstaaten (Uttaranchal, Jharkandh und Chhattisgarh) gebildet. Die Parlamente des Bundes und der Staaten werden in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl von der Bevölkerung gewählt, desgleichen die Repräsentanten auf den niedrigeren Verwaltungsebenen. Es herrscht Mehrheitswahlrecht, d. h. die Abgeordneten der Nationalversammlung haben in ihrem Wahlkreis jeweils die meisten Stimmen erhalten. Scheidet ein Abgeordneter aus dem Parlament aus, so wird sein Nachfolger in Nachwahlen ermittelt. An der Spitze des Staates steht der Staatspräsident, der vor allem zeremonielle Bedeutung hat. An der Spitze der Regierung steht der Premierminister. Premierminister und Minister entstammen der Nationalversammlung oder müssen binnen sechs Monaten ein Mandat erringen. An der Spitze der Unionsstaaten steht ein „Chefminister“ (Ministerpräsident). Außerdem gibt es als ein Relikt der zentralistischen Kontrolle der Kolonialmacht in jedem Unionsstaat einen Gouverneur, der vom Präsidenten eingesetzt wird und diesen vertritt. Der Präsident hat die Befugnis, in besonderen Fällen das Parlament eines Unionsstaates aufzulösen; damit wird zugleich die Regierung entlassen. Während der *President's Rule* (auch: *Governor's Rule*) wird der Staat de facto von der Zentralregierung regiert. Dieses Instrument wurde seit der Unabhängigkeit wiederholt eingesetzt, vor allem um Regierungen von Unionsstaaten zu entmachten, die sich gegen die Zentralregierung stellten.

Nachdem Indien in den ersten vier Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit 1947 vom Indischen Nationalkongress (mit einer kurzen Unterbrechung von 1977 bis 1980) kontrolliert wurde, sah es in den neunziger Jahren nach dem Erstarken der Hindu-Partei *Bharatiya Janta Party* (BJP) so aus, als ob sich Indien zur Zwei-Parteien-Demokratie entwickeln würde. Tatsächlich liegt heute der Stimmenanteil der beiden größten Parteien bei zusammen weniger als der Hälfte aller Stimmen. Linke Parteien



Die wichtigsten Politiker: Sonia Gandhi, Präsidentin der Kongresspartei, Pratibha Patil, die Staatspräsidentin und Premierminister Manmohan Singh

waren schon früh in einzelnen Staaten an die Macht gekommen (so die Kommunisten in Westbengalen und Kerala). Insgesamt geht der Trend aber zu Parteien, die Sonderinteressen vertreten, was sich vor allem in der Vielzahl von Regionalparteien (etwa in Tamil Nadu und Andhra Pradesh) und Parteien, die die Interessen der Unberührbaren und der unteren Kasten repräsentieren, widerspiegelt. Bedeutende Minderheiten, die regional nicht konzentriert vertreten sind, wie etwa die Muslime, haben nur dann eine Chance, wenn es ihnen gelingt, sich in erfolgreiche Wahlbündnisse einzubringen und die Wähler den Empfehlungen ihrer Führer folgen, Kandidaten zu wählen, die nicht unbedingt ihrer eigenen Partei angehören. Den Besonderheiten des Mehrheitswahlrechts ist es zu verdanken, dass eine Partei, die kaum ein Viertel der Stimmen gewonnen hat, mit großer Mehrheit ins Parlament einziehen kann. Wo sie auf ein Wahlbündnis angewiesen ist, wird sie den kleinen Bündnispartnern oft sehr weit entgegenkommen. Daraus erklären sich die erstaunlich vielen Minister und die oft zögerliche Politik.



Religiöse Rituale prägen den indischen Lebensalltag.

02/04_Die soziale Frage: Probleme und Lösungsansätze

Für Indien besonders charakteristisch sind die Kasten. Kastenzugehörigkeit bedeutet eine Einbindung in die Gruppe der Verwandten, aus der der Einzelne nicht – oder nur unter Hinnahme persönlicher Schwierigkeiten – ausbrechen kann. Das Verhältnis der einzelnen Kasten untereinander ist jedoch nicht völlig starr, so dass eine gewisse soziale Mobilität zwar nicht des Einzelnen, aber seiner Kaste möglich ist.

Es werden vier *varna* (Farben) unterschieden, die außerhalb Indiens meist als Kasten (von portugiesisch: *casta*) bezeichnet werden: die „zweimalgeborenen“ *brahmin* (Brahmanen, Priester), *kshatriya* (Krieger) und *vaysha* (Händler) sowie die „einmalgeborenen“ *sudra* (Bauern). Darunter rangieren die „Unberührbaren“ (*untouchables*) oder *outcasts* (Verstoßene, Kastenlose), d.h. die Angehörigen der *scheduled castes* (der „gelisteten“ Kasten), die Mahatma Gandhi *harijan* (Kinder Gottes) nannte und die sich selbst heute *dalit* (Unterdrückte) nennen. Aus dem Kastensystem heraus fallen die *scheduled tribes* (eingetragene Stämme). Die indische Regierung sucht die Unterprivilegierung der *scheduled castes* und *scheduled tribes* (SC/ST) durch ein System von Quoten, d.h. durch positive Diskriminierung, den bevorzugten Zugang etwa zu den Bildungs-

einrichtungen oder zum öffentlichen Dienst zu neutralisieren. Die anderen Gruppen empfinden derartige Reservierungen von Studien- und Arbeitsplätzen als Benachteiligung. Die Angehörigen der „sonstigen rückständigen Klassen“ (*other backward classes* = OBCs) verlangen ebenfalls eine Sonderstellung und eigene Quoten, da sie sich gegenüber den „höheren Kasten“, die traditionell das Bildungsbürgertum stellen und die Posten im öffentlichen Dienst besetzen, wie die Brahmanen im Bildungswesen und in der Bürokratie und die *kshatriya*, vor allem Rajputen, im Militär, benachteiligt fühlen.

Die Nicht-Hindus, d.h. Moslems, Sikhs, Christen, Buddhisten, Jains, Parsen und Juden rekrutieren sich aus Einwanderern und Konvertiten. Besonders bei den Muslimen ist umstritten, inwieweit ihre Vorfahren zu einem früheren Zeitpunkt eingewandert sind (was viele von ihnen behaupten), oder inwieweit sie durch Mission, Zwang oder aus Opportunismus (die Muslime beherrschten lange den Subkontinent) zum Islam übertraten. Bei allen Gruppen lebt das indische Kastensystem in abgeschwächter Form fort. Dies galt auch – mit allen Einschränkungen – für die britischen Eroberer, die sich als besonders privilegierte Kaste verstehen konnten.



Inwieweit die indischen Kasten mit sozialen Klassen gleichgesetzt werden können, ist Gegenstand einer langen Diskussion. Die Vier-Kasten-Einteilung wird dem indischen System ohnehin nicht gerecht. In der verstehen sich meist als Angehörige einer *jati* (Abstammungsgruppe, Clan), deren Zahl auf rund 3.000 geschätzt wird. Die Mitglieder der einzelnen Gruppen unterliegen strengen Vorschriften für ihre Lebensgewohnheiten, so herrschen für die Partnerwahl Endogamie, d.h. Heirat innerhalb der einzelnen (wie auch immer definierten) Gruppe, für die Berufswahl Erbllichkeit des Berufes, und für die Ernährung Speisetabus, d.h. Vorschriften, was, wo, wann und mit wem gegessen wird, wer die Speisen zubereiten und wo dies geschehen darf, vor. Zu den praktischen und wirtschaftlichen Folgen einer strengen Trennung der Kasten zählen (informelle) Bestimmungen, welche die Kastenlosen z.B. daran hindern können, einen Brunnen der „höheren“ Kasten zu benutzen oder deren Tempel zu besuchen. Es herrscht eine unerwartete Vielfalt an Lebensgewohnheiten vor, die auch einem ständigen Wandel unterliegen sind. So befolgen weit weniger Gruppen als erwartet einen strikten Verzicht auf Nahrung tierischen Ursprungs (Fleisch, Eier, Milch); viele Gruppen sind auch solchen Mitgliedern tolerant gegenüber, die diese Restriktionen nicht einhalten.

Bei der Volkszählung 2001 gehörten 167 Mio. Einwohner oder 16,2 % der Bevölkerung Indiens den „gelisteten“ (*scheduled*)

Kasten an; weitere 84 Mio. oder 8,2 % waren Stammesbevölkerung. Die entsprechenden Quoten (*reservations*) sind für die Union und die Unionsstaaten, auch untereinander, verschieden und richten sich nach den jeweiligen Bevölkerungsanteilen. Seit Ende der achtziger Jahre sind diese Quoten zu einem Politikum ersten Ranges geworden. Dazu bediente man sich der Berichte der nach ihrem Vorsitzenden benannten Mandal-Kommission, die bereits im April 1982 ihre Empfehlung dem Parlament vorgelegt hatte. Sie beinhaltete, die Reservierung von 22,5 % um weitere 27 % auszuweiten (nach einer Gerichtsentscheidung müssen die Reservierungen insgesamt unter 50 % bleiben) und für die OBC, d.h. die „unteren“ Kasten, durchzusetzen. Der Versuch, diese Empfehlungen in die Praxis umzusetzen, stieß damit jedoch auf den erbitterten Widerstand der „hohen“ Kasten. Die Reservierungen haben die Diskussion aufkommen lassen, inwieweit das Kastensystem auch bei den anderen Religionen anzutreffen ist. Es gibt starke Bestrebungen, die Reservierungen auch auf die Privatwirtschaft auszudehnen, die dieses Vorhaben entschieden ablehnt.

Das Kastensystem wird immer wieder zur Erklärung der Unterentwicklung Indiens herangezogen, indem der Glaube an die Vorbestimmtheit des Menschen als Ursache für eine allgemeine Mutlosigkeit interpretiert wird. Tatsächlich ist der Mensch aber weder im Hinduismus noch im Islam Opfer eines unergründlichen Schicksals. Nach der Lehre vom *karma* setzt jede gute oder schlechte Tat einen Prozess in Gang, der unbeeinflussbar eine Vergeltung in einem weiteren Leben bedingt (Seelenwanderung). Der Einzelne ist aber bestimmt durch *dharma*, die jeweils in der Kaste gegebene Pflicht. Auch im Islam darf der Glaube an *kismet*, an die unabwendbare Fügung des Schicksals, in der vom gläubigen Muslim der göttliche Wille erkannt wird, nicht mit Fatalismus verwechselt werden. Entsprechend gibt es bei Hindus und Muslimen sehr aktive und wirtschaftlich erfolgreiche Segmente der Bevölkerung in Handel, Industrie und Wissenschaft. In der haben zum Beispiel sechs Nobelpreise gewonnen, sie haben wesentlich zum Erfolg des kalifornischen Silicon Valley beigetragen und stellen einige der erfolgreichsten internationalen Unternehmer.

Davon, dass Hindus wie Muslime nicht bereit sind, Armut und Diskriminierung hinzunehmen, zeugt die indische Unabhängigkeitsbewegung, die unter der Führung Mahatma Gandhis zugleich eine Bewegung gegen die sozialen Missstände war. Einige der Techniken des zivilgesellschaftlichen Widerstands, wie Go-Ins, Teach-Ins oder Sitzblockaden wurden in Indien entwickelt. Der Widerstand ist heute aber keineswegs mehr immer friedlich. Im Streit um die Nationalsprache Hindi, die im Süden nicht gesprochen wird, hat der erste Ministerpräsident

Nehru eingelenkt und das Land entsprechend der Verteilung der Hauptsprachen neu gegliedert; regionalen Autonomieforderungen kam man durch die Schaffung weiterer Staaten entgegen. Im Punjab führte der Versuch, regionale Autonomiebestrebungen politisch auszunutzen zu Jahren bürgerkriegsähnlicher Zustände. Der Streit um Kaschmir hat auch eine innenpolitische Dimension, da es der einzige Staat mit einer Mehrheit von Muslimen ist. Wahlmanipulationen und die zentrale Kontrolle Kaschmirs haben viele Muslime ihrer Regierung entfremdet. Im Nordosten des Landes kämpfen Dutzende bewaffneter regionaler Gruppen für Autonomie oder Unabhängigkeit. Radikale „linke“ Gruppen, die in Indien nach Naxalbari (einem Ort in Westbengalen, wo die Bewegung ihren Ausgang nahm) Naxaliten genannt werden, führen inzwischen in über 200 der über 400 indischen Distrikte ihren Kampf, so dass man von einem Naxaliten-Korridor spricht, der von der nepalischen Grenze bis tief in den Dekhan reicht. Der aktuelle Premierminister Indiens, Manmohan Singh, hat deshalb die Naxalitenbewegung vor einiger Zeit als die größte Bedrohung der inneren Sicherheit des Landes bezeichnet.

Die sozialen Verhältnisse sind in Bihar und Uttar Pradesh besonders schlecht. Hier kommt es immer wieder zu Überfällen auf Grundherren durch bewaffnete landlose Landarbeiter und umgekehrt. Die Stammesbevölkerung im Osten (Orissa, Jharkandh, Chhattisgarh, Madhya Pradesh, Andhra Pradesh) kämpft seit Jahrzehnten gegen eine grobe Missachtung ihrer Rechte. Für die meisten Gebiete Indiens gibt es keine Grundbücher; als Behelf werden oft die Quittungen für die Bezahlung der Grundsteuer verwendet. Der indische Staat beansprucht in der Rechtsnachfolge der Kolonialmacht das Eigentum an Un- und Ödland und am Wald. Die Stämme, die dort seit Generationen siedeln, betreiben auch heute zum Teil noch Wanderfeldbau und beanspruchen Eigentums- und Nutzungsrechte an den Flächen, auf denen sie siedeln, die sie bewirtschaften oder im Turnus des Feldumtriebs nutzen. Benötigt der Staat diese Flächen für die Anlage von Staudämmen und Stauseen, Straßen, Abbau von Bodenschätzen im Tagebau oder Industrieansiedlung, werden die Stämme vertrieben und mit geringen Beträgen abgefunden, wenn überhaupt eine Entschädigung gezahlt wird.

In den 1980er Jahren heftig umkämpft: der „Goldene Tempel“ im nordindischen Punjab, Nationalheiligtum der Sikhs.





Die Gefallenen im Krieg mit Pakistan um Bangladesch werden hier geehrt: India-Gate in Neu-Delhi, wichtigstes Kriegerdenkmal Indiens.

02/05_Der außenpolitische Kontext: von der Blockfreienbewegung zum „Nukleardeal“

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1947 ging es in der Außenpolitik vor allem darum, diese Unabhängigkeit gegenüber der einstigen Kolonialmacht zu festigen und sich nicht in den beginnenden Kalten Krieg hineinziehen zu lassen. Im Verein mit anderen Staaten in Asien und Afrika, vor allem China, Indonesien, Ägypten, Guinea und – in Europa – Jugoslawien, entstand in der neuen „Dritten Welt“ die Bewegung der Blockfreien Staaten. Indien widersetzte sich dem Werben der USA, sich in das Netz regionaler Militärbündnisse, die zur Eindämmung der „Roten Flut“ des Kommunismus ins Leben gerufen worden waren, einspinnen zu lassen und änderte diese Haltung auch nicht, als sich die anfänglich guten Beziehungen zu China rasch über die Tibet-Frage verschlechterten und Indien im Grenzkrieg mit China im Jahr 1962 eine verheerende Niederlage einstecken musste.

Die Beziehungen zu Pakistan waren von Anfang an schlecht. Die Forderung nach einem eigenen Staat (oder mehreren Staaten) der Muslime des Subkontinents war im Laufe der zwanziger und dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts herangereift; auf der Tagung der Muslim-Liga in Lahore 1940 wurde sie zum Programm erhoben (Pakistan-Resolution). Unter dem Eindruck zunehmender Gewalttätigkeiten zwischen Hindus und Muslimen entschied sich die Kolonialmacht zur Teilung Britisch-Indiens und zur einseitigen Verabschiedung aus den Verträgen mit den Fürstenstaaten, denen der Anschluss an eines der beiden neuen *Dominions* empfohlen wurde. Insbesondere die Umstände des Anschlusses Kaschmirs an Indien, der zu mehreren Kriegen zwischen beiden Ländern geführt hat, sind bis heute umstritten. Nach indischem Rechtsverständnis ist ganz Jammu und Kaschmir Teil Indiens, dessen westlicher und nördlicher Teil

widerrechtlich von Pakistan besetzt gehalten wird. Nach pakistanischem Verständnis ist der Status ganz Jammu und Kaschmir erst durch eine Volksabstimmung zu klären.

Nach dem Tode Nehrus 1964 und gestützt auf ein Militärbündnis mit den USA versuchte Pakistan die vermeintliche Schwäche Indiens auszunutzen, konnte sich aber 1965 in zwei kurzen Grenzkriegen nicht durchsetzen. Die USA hatten nämlich nicht die Absicht, sich in dieses Wagnis hineinziehen zu lassen. Zusammen mit der Sowjetunion zwangen sie Pakistan und Indien, ihre Kriegshandlungen einzustellen. 1971 bot sich für Indien die Möglichkeit, die pakistanische Bedrohung (vorerst) zu beenden: Ost-Bengalen bildete seit 1947 den östlichen Landesteil Pakistans; aber obwohl die Bengalen die Mehrheit in Pakistan bildeten, lag alle Macht in Westpakistan. Als ein Ostpakistaner mit der Forderung nach regionaler Autonomie die Wahlen zur Nationalversammlung gewonnen hatte, verhinderte das Militär das Zusammentreten des Parlaments und begann in einer Militäraktion mit der systematischen Ermordung der ostpakistanischen Elite. Im Verlauf des anschließenden Bürgerkriegs flüchteten zehn Millionen Ostpakistaner nach Indien. Angesichts der Unterstützung Pakistans durch die USA, China und die muslimischen Staaten schloss Indien 1971 zur Rückendeckung ein zwanzigjähriges Friedens- und Freundschaftsabkommen mit der Sowjetunion. Im anschließenden kurzen Krieg zwang Indien die pakistanischen Truppen in Ostpakistan zur bedingungslosen Kapitulation. Bangladesch wurde unabhängig.

Trotz der engen Beziehungen zur Sowjetunion wurde Indien kein Teil des „Ostblocks“, aber weite Teile der Wirtschaft wurden vom Staat kontrolliert. Im „russischen“ Afghanistan-Krieg stand Indien an der Seite der Sowjetunion; aus diesem moralischen Dilemma wurde Indien erst durch das Genfer Abkommen von 1988 und durch die Auflösung der Sowjetunion (1991) befreit.

China rückte seit den sechziger Jahren zum wichtigsten Verbündeten Pakistans auf und baute über den Karakorum auf einem Territorium, das Indien zu seinem Staatsgebiet zählt, eine Straße, die China und Pakistan verbindet. Pakistan hat in einem Abkommen auf Gebiete nördlich des Hauptkamms des Karakorum zugunsten Chinas verzichtet, darunter auch auf den *Aksai Chin*, der an das von Indien kontrollierte Ladakh grenzt und dessen Besetzung durch China Anlass zum Krieg 1962 gewesen war. Da China zudem gute Beziehungen zu Myanmar pflegt und in Pakistan und Myanmar jeweils einen Hafen ausgebaut hat, fühlt sich Indien von China und seinen Verbündeten eingekreist, neuerdings auch von der See her, nachdem China seine Beziehungen zu den Staaten Afrikas aus-

gebaut hat und seine Flotte Indiens Vormachtstellung im „Indischen“ Ozean in Frage stellt. Als Reaktion auf die chinesische Nuklearbewaffnung zündete Indien 1974 seinen „friedlichen“ Nuklearsprengsatz. Als De-Facto-Nuklearmacht wurde Indien daraufhin von der Lieferung von spaltbarem Material ausgeschlossen; das Nicht-Weiterverbreitungs-Abkommen hat Indien nie unterschrieben. Im Mai 1998 zündete es eine Reihe von Atomsprengsätzen; Pakistan folgte noch im selben Monat. Die internationalen Sanktionen trafen Pakistan weit mehr als Indien. Nachdem im Iran und Nord-Korea weder Drohungen noch Hilfsangebote große Wirkung zeigten, boten die USA Indien eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der zivilen Atomforschung und die Lieferung von spaltbarem Material an, wenn Indien seine militärische und zivile Atomforschung trennen und die zivile Forschung internationaler Kontrolle unterstellen würde. Die Annahme dieses Abkommens durch das indische Parlament drohte 2008 erst am Widerstand der Kommunisten zu scheitern und gelang erst, als eine bis dahin oppositionelle Regionalpartei dem Regierungsbündnis beitrug; kurz vor Ende der Legislaturperiode stimmte auch der US-Kongress im Spätsommer 2008 dem Abkommen zu.

Pakistan hat versichert, auf einen nuklearen Erstschlag zu verzichten. Dennoch gilt die Region als der gefährlichste Ort der Welt. Das liegt daran, dass sich hier erstmals zwei verfeindete Nuklearmächte gegenüberstehen, deren Bevölkerungszentren unmittelbar aneinander grenzen und die Vorwarnzeit wenige Minuten beträgt. Im Kargil-Krieg im Jahr 1999 wurden die Gefechte entlang der Trennlinie in Kaschmir mit schwerer Artillerie ausgegetragen; erst die Intervention Chinas und der USA zwangen Pakistan zum Rückzug. Nach dem Terrorangriff auf das indische Parlament am 13. Dezember 2001 standen Indien und Pakistan nur kurz vor dem Ausbruch eines Krieges auf breiter Front. Trotz aller offiziellen Beteuerungen wird das Verhältnis durch eine Politik der Nadelstiche vergiftet. Der grenzüberschreitende Terrorismus hat seit dem Ende des „russischen“ Afghanistan-Krieges 1989 auf Kaschmir übergegriffen und trifft seit Beginn des „amerikanischen“ Afghanistan-Krieges 2001 Pakistan und Indien. Dazu kommen die bereits angesprochenen vielen regionalen Konflikte. Regionale revolutionäre Bewegungen stehen im Kontakt untereinander und wohl auch im Kontakt mit dem internationalen Terrorismus – ungeachtet der Tatsache, dass die verschiedenen Bewegungen einmal aus sehr unterschiedlichen Motiven heraus entstanden sind.



02/06_ Der gewerkschaftliche Kontext

Wirtschaft und Gesellschaft sind in Indien nach wie vor von der Landwirtschaft geprägt, auch wenn diese kein Fünftel mehr zur Wirtschaftsleistung des Landes beiträgt. Es leben aber noch zwei Drittel der Bevölkerung auf dem Lande. Anders als die meisten anderen Entwicklungsländer war Indien, bedingt durch sein Kastensystem, auch schon vor hundert Jahren durch einen erstaunlich großen Dienstleistungssektor gekennzeichnet. Auf dem Lande gab es neben den Landarbeitern Dorfhandwerker für die verschiedensten Tätigkeiten, die oft zusammen mit ihren Familien in Zeiten hohen Arbeitsanfalls, also bei der Feldbestellung und der Ernte, mithalfen. Es gab traditionelle Systeme der Entlohnung, die sie wie die Landarbeiter an der

Ernte beteiligten. Landarbeiter, soweit ortsansässig, konnten eine kleine Heimstatt bewirtschaften, als Entgelt für ihre Arbeit. Eine strenge Unterscheidung von Grundbesitzern, Pächtern, (landlosen) Landarbeitern und Dorfhandwerkern ist unter diesen Umständen kaum möglich. Soweit im Zuge des Bevölkerungswachstums das Angebot an Arbeitskräften zunahm, verschlechterte sich die Verhandlungsposition von Pächtern und Landarbeitern. In Zeiten externer Schocks von Missernten und Kriegen stieg die Landflucht, vor allem in die Metropolen des Landes. Dadurch verlagerten sich die sozialen Probleme in die Städte, auf die die derzeitige demokratische Regierung mit allerlei Hilfsprogrammen reagiert, die ihrerseits die Attraktivi-



tät der Städte erhöhen und die Städte mit weiteren Arbeitskräften versorgen, was allerdings die Verhandlungsposition der Arbeiter in den Städten schwächt.

Weil der Staat die sich selbst gestellten vielfältigen Aufgaben der Wirtschaftsentwicklung mit einer in Ansätzen sozialistischen Wirtschaftspolitik nicht bewältigen konnte und zugleich die private Wirtschaft eher behinderte, führte diese „Selbstfesselung“ zu einer Spaltung der Wirtschaft in einen hochregulierten, vom Staat direkt und indirekt kontrollierten „organisierten“ Sektor und einen ungleich größeren, unregulierten „nicht-organisierten“ Sektor mit höchst unterschiedlichen Bedingungen für die

Arbeitskräfte. Da der vor allem in Berufen mit geringer oder mittlerer Qualifikation attraktive organisierte Sektor die große Nachfrage nach Beschäftigungsmöglichkeiten gar nicht erfüllen konnte, ergab sich ein Zuteilungsproblem der Auswahl der Arbeitskräfte mit Ergebnissen, die je nach Interessenlage höchst unterschiedlich einzuschätzen sind. Entsprechend konträr sind die Positionen im Arbeitskampf und bei tariflichen Auseinandersetzungen, die mit großer Härte ausgefochten werden. Das ganze findet vor dem Hintergrund der Liberalisierung der indischen Wirtschaft und eines raschen globalen Strukturwandels statt.

03_

Absatzmarkt, Konkurrent, Kooperationspartner:

Strukturen und Besonderheiten
der indischen Wirtschaft





03/01_ Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und sektorale Teilentwicklungen

Die indische Wirtschaft wuchs in den ersten drei Jahrzehnten seit der Unabhängigkeit nur zögerlich mit durchschnittlich 3 bis 3,5 % im Jahr, eine Rate, die indische Wirtschaftswissenschaftler als „Hindu-Wachstumsrate“ bespöttelten. Gleichzeitig beschleunigte sich das Bevölkerungswachstum auf bis zu 2,5 %. Pro Kopf der Bevölkerung bedeutete dies ein Wachstum der Wirtschaftsleistung von nur einem Prozent im Jahr. Während Staaten wie (Süd-)Korea, die zu Beginn der fünfziger Jahre mit Indien gleichauf gelegen hatten, in den Kreis der Industriestaaten aufstiegen, blieb Indien in der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder. Mitte der sechziger Jahre kam es zu erheblichen Ernteausfällen. Nahrungslieferungen der USA und anderer Staaten retteten Indien vor einer Katastrophe.



Die „Grüne Revolution“ wirkt nach: Reismühle in Südindien

I Wirtschaftswachstum der letzten Jahre in Indien (Bruttoinlandsprodukt/BIP)

1998		5,9
1999		6,9
2000		5,3
2001		4,1
2002		4,3
2003		7,2
2004		7,8
2005		9,1
2006		9,8
2007		8,7
2008*		7,9

Quelle: nach Informationen der Bundesagentur für Außenwirtschaft (Wirtschaftsdaten kompakt – Indien).
2008* Prognose

Tabelle 2

Die Einführung von Hohertragssorten in der Landwirtschaft („Wunderweizen“), ein System staatlicher Verkaufsstellen und eine verbesserte Preispolitik halfen das Bild nachhaltig zu verändern: Indien ernährt sich seit der „Grünen Revolution“ in den siebziger Jahren aus eigener Ernte, trotz einer weiter steigenden Bevölkerungszahl, zumindest im Durchschnitt besser als zu irgendeiner Zeit seit der Unabhängigkeit. Zeitweilig unterhielt Indien die größten Getreidereserven der Welt und war damit imstande, Jahre hoher Ernteausfälle ohne große Importe und ohne Hungersnot zu überstehen. Der indische Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Amartya Sen, hat daraus die These abgeleitet, dass es in einer Demokratie keine Hungersnot gibt.

Indiens Industrie produziert einen breiten Fächer von Waren. Indien ist der bedeutendste Hersteller von Schmuckwaren und ein bedeutender Textilhersteller, hat sich aber auch bei Medikamenten, insbesondere bei Generika, Impfstoffen und Medikamenten für Kinderkrankheiten, eine international führende Stellung aufgebaut. Der Industriesektor hat aber die in ihn gesetzten Hoffnungen bei der Lösung des Beschäfti-

gungsproblems nicht erfüllen können. Der größte Teil der aus der Landwirtschaft ausscheidenden Arbeitskräfte wird vom Dienstleistungsbereich aufgenommen, vor allem vom Handel, vom Transportgewerbe und den vielen persönlichen Dienstleistungen. Der weite Bereich der auf die Informationstechnologie gestützten Dienstleistungen steht zwar an erster Stelle der Exporte, beschäftigt aber noch keine zwei Millionen Arbeitskräfte, bei einer Erwerbsbevölkerung von wenigstens 400 Millionen.

I Indien und China – Anteile der Sektoren am BIP (v.H.)

Sektoren	Indien	China
LANDWIRTSCHAFT		
1990	31	27
2000	25	20
2007	18	12
INDUSTRIE		
1990	27	42
2000	27	50
2007	29	48
DIENSTLEISTUNGEN		
1990	41	31
2000	48	30
2007	53	40

Quellen: 1990 und 2000: Arvind Panagariya: a passage to prosperity, in: Far Eastern Economic Review. 2007: World Development Report 2009.

Tabelle 3



03/02_Wirtschaftspolitik vor und nach der Liberalisierung 1991

In den siebziger Jahren zeigte sich überall in Asien, dass der Staat die auf ihn gesetzten Hoffnungen als Unternehmer nicht würde erfüllen können. Die zunehmende Kontrolle der Wirtschaft bewirkte oft das Gegenteil: Die Abkopplung vom Weltmarkt verzögerte eine Anpassung an neuere Tendenzen auf dem Weltmarkt, dem Staat fehlten die finanziellen Mittel und oft auch die Kompetenz für eine Modernisierung, die Verdrängung privater Investitionen und die weitgehend alleinige Verfügungsmacht des Staates über die privaten Ersparnisse erlaubten ihm zwar umfangreiche Investitionen, doch ließ die

Produktivität der eingesetzten Mittel zu wünschen übrig; die Einstellung von mehr Arbeitskräften als notwendig belastete den Staatshaushalt und förderte nur eine überbordende Bürokratie. In Indien spricht man bei Korruption von der „Hand-im-Handschuh“, bei dem sich das private Interesse, lästige Konkurrenz auszuschalten, in die Freude der Bürokraten an der Regulierung zum allseitigen Nutzen einfügt: den Unternehmern bescherte der *licence raj*, die Herrschaft der Lizenzen, höhere Gewinne und den Beamten Macht und (illegale) Nebeneinkünfte.

„Verhinderte Modernisierung“ der indischen Wirtschaft – drei Beispiele

Der private Automobilproduzent Hindustan Motors, im Besitz der Familie Birla, hatte über Jahrzehnte praktisch ein Monopol für die Produktion von Pkws der Mittelklasse; Importe waren bei hohen Schutzzöllen fast unmöglich. Produziert wurde der „Ambassador“, ein Modell, das bereits vor dem Zweiten Weltkrieg in Großbritannien konzipiert und nach dem Krieg eine Zeitlang produziert wurde, bis die Anlagen nach Indien verkauft wurden. Das Modell zeichnete sich durch technische Schlichtheit aus, wodurch es leicht zu reparieren war, auch wenn die in Indien hergestellten Fahrzeuge wesentlich reparaturanfälliger waren als die ersten Importfahrzeuge. Das Modell wurde über Jahrzehnte technisch fast unverändert produziert, war aber mangels Alternativen durchaus beliebt. Der Ölchock von 1973 führte überall dort auf der Welt, wo die höheren Preise an Autofahrer weitergegeben wurden, zu einschneidendem Wandel in der Modellpolitik. Anders in Indien, wo der Staat die Benzinpreise diktiert und sie zum Schutz der Autofahrer nur langsam anhob. Erst in den achtziger Jahren kamen die ersten Kleinwagen mit genügsamen Motoren auf den Markt. Der Ambassador wird noch immer, inzwischen mit einem sparsameren Motor produziert und vorzugsweise als Dienstwagen gefahren.



Der „Ambassador“ von Hindustan Motors: immer noch kein Auslaufmodell

Ein zweites Beispiel entstammt ebenfalls dem Fahrzeugbau: Pkws mit einer kleinen Ladefläche, so genannte „Pickups“, haben sich auf der ganzen Welt als Allzweckfahrzeuge bewährt, nur in Indien nicht, wo sie bis vor kurzem fast unbekannt waren. Als Grund wird angegeben, dass die Hersteller von Kleintransportern (z. B. wurde der deutsche Dreiradlaster „Tempo“ jahrzehntelang in Indien gebaut), Kleinlastern und Motorrikschas dafür sorgten, dass in Indien keine Pickups produziert wurden. Das Argument, „so etwas würde keiner kaufen“, wurde in der Praxis nie getestet.

Ein drittes Beispiel sind die vor allem in China erfolgreichen motorisierten Ein-Achs-Geräte, an die sich eine Vielzahl von Geräten, vom Pflug über die Pumpe bis zum Lastkarren, anflanschen lassen. Auch hier fehlt der Praxistest.

Im Jahre 1973 scheiterte Indira Gandhi mit dem Versuch, den Getreidehandel zu verstaatlichen; die Maßnahme wurde, nachdem der Handel zusammenzubrechen drohte, zurückgenommen. Die Liberalisierungsmaßnahmen der ausgehenden siebziger und der achtziger Jahre blieben bescheiden, bildeten aber doch die Grundlage der Anfang der neunziger Jahre begonnenen und seit dem Beginn dieses Jahrhunderts dramatisch forcierten Liberalisierung. „Dramatisch“ allerdings nur im indischen Zusammenhang. Im internationalen Vergleich verfügt Indien noch immer über einen umfangreichen staatlichen und halb-staatlichen Bereich; die Regierung greift auch sonst oft und gerne in die Wirtschaft ein. Liberalisiert wurde vor allem im Bereich der Außenwirtschaft: Import- und Exportbeschränkungen wurden aufgehoben und Zölle gesenkt; ausländischen Investoren wurde der Erwerb von Anteilen an indischen Firmen mit und ohne Einflussmöglichkeiten auf die Unternehmenspolitik eingeräumt (Direkt- und Portfolio-Investitionen); In der können ihre Rupien in ausländische Währung umtauschen und ins Ausland reisen.

Das indische „Silicon Valley“:
Bangalore wirbt für Outsourcing von Geschäftsabläufen

Bangalore & Outsourcing

International Companies save between 40% to 60% when they outsource from Bangalore.

■

The Quality and Productivity levels offered by Bangalore's service providers have been rated to be significantly superior than those delivered by other international centers.

■

A leading MNC was able to hire 500 Customer Service Agents in a month.

■

Bangalore allows rapid scaling up of operations. DELL Tech Support Center scaled up from 0 to 3,100 in less than 18 months.

■

Bangalore possesses an unmatched bank of qualified manpower for processing Back Office Operations, HR, Finance & Accounting, Transaction Processing, Insurance Claims Processing, etc.

■

Physical infrastructure set up in Bangalore is very professional. HSBC set up and commissioned their 100,000 sq.ft. Back Office Processing facility in 135 days!

■

24/7 Customer.com, a Bangalore based company, has achieved the highest rating in COPC (USA) baseline assessment within a year.

■

Bangalore has the highest cluster of BPO companies: GE Capital, HSBC, Dell, AOL, MaurerE, Ernst & Young, ICICI oneSource, Sykes, 24/7 Customer.com, Thomson...

■

For the 6th consecutive year, Bangalore plays host to Asia's biggest IT event - the BANGALORE IT.COM Conference & Tradeshow.

Compelling!




DEPARTMENT OF
INFORMATION TECHNOLOGY & BIOTECHNOLOGY
Government of Karnataka, India
Tel: 91-80-2293562 / 2292466 / 2262450
e-mail: itnet@bangalore.gov.in

www.bangalore.gov.in

The background of the page features a series of white silhouettes against a light gray background. On the left, there are architectural elements including a large dome, a minaret, and several rectangular buildings. On the right, there are silhouettes of people in various poses, some appearing to be in conversation or walking. The overall style is minimalist and graphic.

Die indische Regierung kontrolliert aber immer noch weite Bereiche der Industrie, des Transportwesens und des Finanzwesens. Die Liberalisierung beschränkt sich in der Außenwirtschaft auf den Bereich der Leistungsbilanz, der Kapitalverkehr wird noch immer streng kontrolliert.

Der Computer- und Softwarebereich verdient besondere Erwähnung: Um in jeder Hinsicht unabhängig zu werden, strebte Indien schon früh die Einfuhr eines „Supercomputers“ aus den USA an. Das Vorhaben scheiterte an den Handelsbeschränkungen der westlichen Industriestaaten, der COCOM-Liste. Sie enthielt strategisch wichtige Güter, die nicht in die Hände des Ostblocks fallen sollten und nur in unbedenkliche Staaten exportiert werden durften. Die Verhandlungen zogen sich über Jahre hin, bis Indien wenigstens eine abgespeckte Version für die Wettenvorhersage bekommen konnte. Versuche, eine eigene Computerindustrie aufzubauen, waren wenig erfolgreich. Das Ende des Kalten Krieges erleichterte den Zugang zu Hochtechnologie; die Möglichkeit, PCs zu Rechnerverbänden (Cluster) zusammenzuschließen, eröffnete schließlich eine kostengünstige Lösung.

Ganz anders verhielten sich die Arbeitnehmer des organisierten Sektors: indische Bankangestellte wehrten sich schon früh gegen die Einführung von Computern, weil sie einen Verlust von Arbeitsplätzen fürchteten. Auch der Wertpapierhandel wurde bis in die neunziger Jahre noch in kleinster Stückelung von Hand abgewickelt, mit der Folge, dass die Übertragung der Anteile (meist Inhaberaktien) Monate dauerte, während derer

sie praktisch jeder Kontrolle entzogen waren. Börsenhändler machten sich diesen Umstand zu Nutze, um mit diesen Papieren zu handeln, bis schließlich ein Schaden von mehreren Hundert Millionen US-Dollar entstanden war. Der Börsenhandel wurde auf Computer umgestellt. Heute finden sich überall in der Wirtschaft Computer, weil sie eine ungleich schnellere Abwicklung und eine bessere Kontrolle erlauben.

Das Argument der Arbeitsplatzvernichtung zieht nicht mehr, seitdem eine Anstellung im IT-Sektor zum Traumberuf von Millionen geworden ist. Die Ursachen liegen auch hier in einer frühen Fehlsteuerung des Arbeitsmarktes. Der Wunsch nach völliger Unabhängigkeit hatte in den fünfziger Jahren dazu geführt, dass indische Studenten ins Ausland geschickt wurden, und zwar nicht nur nach Großbritannien, sondern in die ganze Welt: Deutsche Universitäten hatten damals einen hohen Anteil indischer Studierender, und zwar vor allem in der Medizin, den Naturwissenschaften und in technischen Studiengängen. Die indische Forschung und Industrie standen noch in den Anfängen und boten den hochqualifizierten Absolventen nicht genügend Stellen, so dass viele (wieder) ins Ausland abwanderten. Sie hatten später entscheidenden Anteil am Aufstieg der Software-Firmen im Silicon-Valley und dachten als erste daran, Aufträge nach Indien zu vergeben: der Beginn des indischen Softwarewunders. Die Tatsache, dass die indische Beamtenschaft Computern eher ablehnend gegenüberstand und das Potential nicht erkannte, ist sicher ein Segen gewesen: So versäumten sie, den Software-Bereich bei Zeiten in ihr System der Lizenzen und Regulierungen einzubeziehen.



Armut und Wohlstand liegen dicht beieinander: Müllsammler in Delhi

03/03_Die Situation heute: Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen

Der letzte Wahlkampf 2004 wurde von der damals regierenden Regierungspartei, der BJP, mit dem Motto „Strahlendes Indien“ geführt. Dass sie unerwartet verlor, wenn auch nur knapp an Stimmen, wurde damit erklärt, dass wohl nicht alle vom Strahlenglanz des Wirtschaftsbooms erfasst wurden; vielleicht hatten sie in der Licherfülle auch nur ihr eigenes Elend gesehen. Film und vor allem das Fernsehen, das bald jeder Inder sehen kann, zeigen den Indern, dass es auch eine andere Welt als die ihre gibt, ein Phänomen, das in Indien als die „zwei Indien“ beschrieben wird. Dabei wird übersehen, dass es durchaus Übergänge gibt und viele Familien in beiden Indien stehen: die Bewohner von Elendshütten haben durchaus einen Job, die Kinder gehen zur Schule, es gibt elektrisches Licht, aber es fehlen die sanitären Anlagen, bei Regen sind die Dächer nicht dicht und Wasser läuft in die Wohnung, es fehlt oft jede soziale Absicherung. Behelfsunterkünfte haben zwar oft den Vorteil der Nähe zum Arbeitsplatz, die Mietverhältnisse sind aber nicht gesichert, der „Vermieter“ ist oft nur derjenige, der den Kontakt zu

offiziellen Stellen hält. Ob er wirklich verhindern kann, dass die Behausung nicht von der Stadtverwaltung, der das Gelände gehört, abgerissen wird, kann der Einzelne nicht kontrollieren.

Diese ungesicherten Rechtsverhältnisse werden oft mit dem Begriff des „informellen Sektors“ beschrieben, der aber so vielfältig gedeutet wird, dass eine Einteilung der Wirtschaft in „formell“ und „informell“ weder möglich noch sinnvoll ist. Der von der Internationalen Arbeitsorganisation (*International Labour Organisation*, ILO) in die Diskussion eingeführte Begriff beschrieb ursprünglich die ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse und wurde eigentlich immer nur im städtischen Kontext verwendet. Vielleicht noch dringender sind die Rechtsverhältnisse auf dem Land und in der Landwirtschaft: an erster Stelle die Rechte an den landwirtschaftlichen Flächen, an den Forsten und am Wasser. Grundbesitz, Pacht und Landarbeit gehen fließend ineinander über: Noch fehlen in weiten Gebieten verlässliche Grundbücher; sie anzulegen wird eine Aufgabe

von Generationen sein, weil am Land eine Vielzahl von Rechten (z. B. Wege-, Jagd- und Weiderechte) gleichzeitig bestehen können, die alle erst einmal zu erfassen sind; konkurrierende Rechtsansprüche müssen geklärt werden. Vielgestaltig sind auch die Pachtverhältnisse: sie können sich durch die Dauer des Pachtverhältnisses, die Art der Pachtzahlung (Naturalien, Geld, Arbeitsleistung, die zu erbringenden Nebenleistungen) und die Höhe der Pachtgebühren unterscheiden und sind je nach den örtlichen Verhältnissen auch anders zu bewerten. So stellt Wasser in trockenen Gebieten einen entscheidenden Produktionsfaktor dar. Oft bestehen Abhängigkeitsverhältnisse über Marktbeziehungen und die Kreditvergabe. Ist der Grundherr zugleich Kreditgeber, so kann er auf die Erhebung eines Zinses verzichten, wenn er zugleich Saatgut und Düngemittel liefert und die Ernte abkauft und die Preise diktieren kann.

Die Industrie, die sich auch in die Dörfer erstrecken kann, wird vom *Factories Act* geregelt, der für bestimmte Betriebe die Einhaltung von einer Reihe von Bestimmungen und eine regelmäßige Finanzberichterstattung vorschreibt. Darüber hinaus sorgten die vielfältigen Kontrollen dafür, dass indische Unternehmer über Jahrzehnte eher diversifizierten, als sich auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren. Die Folge ist eine Unzahl von

Klein- und Kleinstbetrieben, die nicht kontrollierbar sind und in denen die vielen Bestimmungen zum Schutz der Arbeitnehmer keine Anwendung finden. So findet die traditionell arbeitsteilige indische Gesellschaft ihre Entsprechung in der Arbeitsteilung der gewerblichen Wirtschaft.

Wie notwendig und nützlich die Symbiose zwischen informellem und formellem Sektor ist, lässt sich bei den privaten Dienstleistungen besonders deutlich sehen. Elendsbehausungen lassen sich überall in engster Nähe von wohlhabenden Wohn- und Geschäftsvierteln finden. Ursache ist, dass die Bewohner ihre Arbeitsstellen in Gewerbe und Haushalt ganz in der Nähe haben und so Zeit und Fahrtkosten sparen. Außerdem gibt es Annehmlichkeiten wie Strom, Wasser und Telefon, wenn nicht im Slum, so doch daneben. Für die Arbeitgeber (Geschäftsleute, private Haushalte) besteht der Vorteil in der zeitlichen Verfügbarkeit und den niedrigeren Kosten, da ja keine Zeit und keine Kosten für den Transport anfallen. Aus diesem Grund sind auch Maßnahmen, die Slums abzureißen und den Straßenhandel zu unterbinden, so wenig erfolgreich. Nur in sehr wohlhabenden Gegenden entstehen immer größere Wohn- und Geschäftsviertel ohne „eigene“ Slums und dies auch meist aus Sicherheitsgründen.

I Indien: Sektoraler Strukturwandel 1900 - 2002

Anteil der Sektoren am BIP zu jeweiligen Preisen (in %)

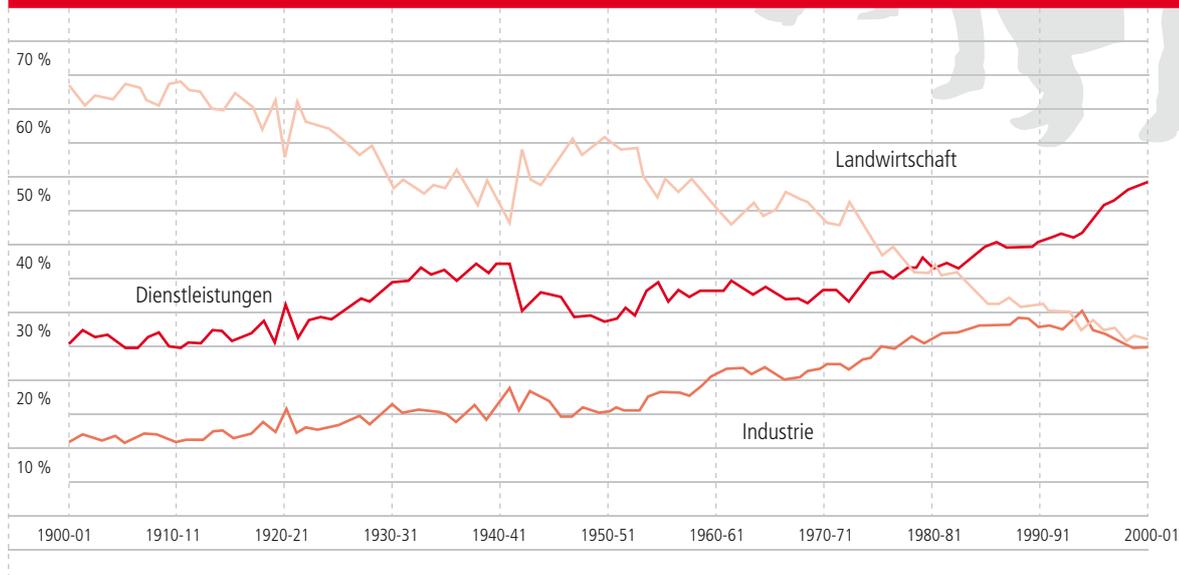


Tabelle 4

Nach: S. Sivasubramanian: The national income of India. 2000, und: National Accounts of India 2003.

Quelle: Zingel, Wolfgang-Peter. 2004. „Indien auf dem Weg zur postindustriellen Gesellschaft: Infrastruktur, Dienstleistungen und Deregulierung“, in: Draguhn, Werner (Hg.), Indien 2004. Politik, Wirtschaft, Kultur. Hamburg: Institut für Asienkunde, S.318–338.

03/04_Indien als Absatzmarkt: Herausforderungen, Potentiale und der Mythos vom Mittelstand



Indiens langjährige Abkopplung vom Weltmarkt hatte zur Folge, dass Indiens Anteil am Welthandel von fast 2% nach der Unabhängigkeit auf 0,4% zu Beginn der achtziger Jahre fiel; nach der langsamen Öffnung liegt er heute etwa bei 1%, immer noch verschwindend gering, gemessen am Anteil an der Weltbevölkerung und am Anteil an der Weltwirtschaft. Die Importbeschränkungen galten vor allem für Konsumwaren. Bei Investitionsgütern hatte Deutschland immer einen guten Anteil an den indischen Importen. Auch wenn Indien inzwischen selbst Ausrüstungsgüter exportiert, so doch eher bei einfacheren Anlagen, so dass die deutsche Exportwirtschaft von Indiens Wirtschaftsaufschwung und Indiens Rückkehr in den Welthandel eher profitiert. Es wurden auch Produktionen nach Indien ausgelagert, so zum Beispiel im Bereich der Automobilzuliefererindustrie. Sie hilft letztlich, die deutsche

Exportwirtschaft zu stärken, da die Auslagerung einfacher Fertigungen die Konkurrenzfähigkeit unserer Exportwirtschaft stärkt. Derartige Auslagerungen sind nicht unumstritten, da sich die Beschäftigungsmöglichkeiten vor allem für weniger qualifizierte und im internationalen Vergleich teurere, deutsche Arbeitskräfte verschlechtern. Der Auslagerung wichtiger Produktionen sowie einer „schlanken“ Produktion und knapper Lagerhaltung bei „just-in-time“ Lieferungen stehen längere und gegen Störungen anfällige Informations-, Kontroll- und Transportwege entgegen.

Große Hoffnungen wurden und werden auf Indien als riesigem Absatzmarkt gesetzt. Vor allem über die Größe der indischen Mittelschicht und ihre Kaufkraft gab es verwegene Spekulationen. Der Grund des Missverständnisses war die Erwartung, dass die viel zitierte indische Mittelschicht ähnlich kaufkräftig wäre wie unsere. „Mittelschicht“ und „Mittelklasse“ sind aber relative Kategorien: die indische Mittelschicht, definiert als weder arm noch reich, mag viele Hundert Millionen Menschen umfassen, aber nur, wenn wir die Trennlinie zu den Armen sehr niedrig ansetzen. In Indien ist man schon nicht mehr arm, wenn man sich satt essen kann. Ein Ventilator, ein Mobiltelefon oder ein kleiner Fernseher sind bereits Insignien bescheidenen Wohlstands. Für den Kauf deutscher Waren reichen die Einkommen der wenigsten. Aber einige zehn Millionen, die zur Mittelschicht nach unseren Vorstellungen gehören, ergeben schon einen interessanten Markt, vergleichbar dem mittleren europäischen Staaten. Interessant ist vor allem die kleine Schicht der indischen Superreichen, die ausgesprochen konsum- und markenbewusst lebt. Das beschränkt sich übrigens nicht nur auf den Warenhandel. Seitdem Kaschmir als Drehort für indische Filme wegen des Bürgerkrieges ausgefallen ist, ist Deutschland (nach der Schweiz und Österreich) ein beliebter Drehort geworden, der auf diese Weise zur Werbung für indische Touristen wurde.

03/05_Indien als Konkurrent: die indische Wirtschaft im Globalisierungskontext

Dass Indien mit einer verstärkten Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung auch stärker als Konkurrent auftritt, liegt in der Natur der Sache. Indien ist dabei ungleich unauffälliger als China, was daran liegt, dass Indiens Ausfuhren nur ein Achtel so groß sind wie die Chinas und Indien im Außenhandel ein Defizit und nicht einen Überschuss wie China hat. Indien ist auch kaum mit eigenen Marken präsent. Die Tatsache, dass Indien über Jahrzehnte seinen Bildungssektor vernachlässigt hat, macht sich jetzt in einer Knappheit an Fachkräften bemerkbar, deren Löhne derart angezogen haben, dass qualifizierte Inder aus dem Ausland zurückkehren. Bei den technisch wenig anspruchsvollen Call Centres macht sich bereits ein Mangel an Mitarbeitern mit hinreichend guten Englischkenntnissen bemerkbar. Bei den ungelerten, und deshalb wenig produktiven Arbeitskräften herrscht nach wie vor ein Überangebot; sie sind meist außerhalb des privilegierten organisierten Sektors beschäftigt und werden entsprechend schlecht bezahlt.

Indische Unternehmer gerieten mit spektakulären Firmenübernahmen in die Schlagzeilen. Sunil Mittal hat binnen weniger Jahre den größten Stahlkonzern der Welt aufgebaut und wird als fünftreichster Mann der Welt gelistet. Allerdings hat Mittal Steel seinen Firmensitz in Europa und produziert gar nicht in Indien. Symbolhafter waren die Firmenaufkäufe von Tata, Indiens ältestem großen Konzern: mit der Übernahme von Tetley Tea ging eines der ehrwürdigen Teehäuser, die zur Grundlage von Englands Reichtum wurden, in indischen Besitz über. Nicht

weniger emotional beladen war die Übernahme von Corus, in die u. a. British Steel aufgegangen war. Als Jamshed Tata vor einem Jahrhundert Indiens erstes Stahlwerk baute, zog er sich noch den Hohn des (britischen) Direktors der indischen Eisenbahn, der er seinen Stahl verkaufen wollte, zu. Schließlich hat Tata auch die bekannten, wenig einträglichen Automobilfirmen Jaguar und Range Rover übernommen. In Deutschland hat die indische Suzlon den größten Windradproduzenten Repower übernommen. Gemessen an den großen transnationalen Übernahmen nehmen sich die indischen Erwerbungen eher bescheiden aus. Ob sie die Gewinnerwartungen erfüllen können, bleibt abzuwarten und hängt nicht zuletzt von der (nicht bekannten) Art der Finanzierung ab. Im Hause Tata wurde bereits zur Zurückhaltung bei weiteren Firmenaufkäufen geraten.

Die Stahlproduktion hat Tradition: indische Stahlunternehmen haben Konjunktur



03/06_ Indien als Kooperationspartner: Chancen und Risiken

Der Verlust des technischen Vorsprungs durch Produktpiraterie ist in den letzten Jahren zu einem internationalen Problem geworden, und stellt damit ein Haupthindernis der internationalen Zusammenarbeit dar. Indien ist dennoch seit langem als Kooperationspartner auch für anspruchsvolle Technik gesucht, weil das anglo-indische Rechtssystem einen Schutz der Urheberrechte gewährleistet. Indiens Chancen liegen auch in niedrigeren Entwicklungskosten. Bereiche, die sich hier anbieten, sind u. a. die pharmazeutische Forschung und Erprobung:

Indien gilt als einer der führenden Anbieter bei Generika, Arzneimitteln gegen Infektions- und Kinderkrankheiten. Hier stellt sich aber auch die Frage der Gewährleistung von sozialen und ethischen Standards. Die immer weitere Aufsplitterung von Arbeitsabläufen und ihre Verteilung über die ganze Welt macht eine Kontrolle der Produktion und ihrer Begleitscheinungen immer schwieriger. Eine Auslagerung der Kontrolle birgt unkontrollierbare Risiken, wenn die Zertifizierer nicht kontrolliert werden können.

04_

Dimensionen gewerkschaftlicher Arbeit in Indien







„May Day Zindabad“ – „Es lebe der 1. Mai“: indische Gewerkschafter begehen den Maifaiertag

04/01_Ursprünge und Entwicklung der indischen Gewerkschaftsbewegung: rechtliche Rahmenbedingungen und die Rolle der Gewerkschaften in der Praxis

Der Grundstein für die Einführung einer Arbeitsschutzgesetzgebung wurde in Indien bereits in der Kolonialzeit mit der Verabschiedung des mittlerweile mehrfach novellierten *Factories Act* im Jahre 1881 gelegt, einem Gesetz, das die Rechte von Fabrikarbeitern festschreiben sollte. Es wurde zum Schutz englischer Unternehmer in Indien erlassen, die durch die Einführung von Mindeststandards beim Arbeitsschutz eigene Nachteile gegenüber der aufblühenden, billiger produzierenden indischen Textilindustrie wettmachen wollten. In Folge kam es vor allem in der Textilindustrie vermehrt zu lokalen und regionalen Versuchen, die Arbeiterschaft zu organisieren, meist auf die Initiative politisch engagierter Vertreter der indischen Mittelklasse hin, die den Arbeiterprotest oft mit den Zielen der indischen Unabhängigkeitsbewegung verknüpften. Kein geringerer als Mahatma Gandhi war bei der Gründung der ersten

schlagkräftigen Gewerkschaft 1917 im westindischen Ahmedabad, der *Textile Labour Association*, einer Arbeitervertretung der Textilarbeiter im westindischen Bundesstaat Gujarat, engagiert. Im Jahre 1920 kam es dann unter der Ägide des indischen Nationalkongresses zur Gründung des *All India Trade Union Congress* (AITUC), des ersten Gewerkschafts-Dachverbandes in Indien, dem sich 64 Einzelgewerkschaften anschlossen und der von Anfang an auch in der ILO vertreten war. Trotz widerstreitender ideologischer Strömungen gelang es, die indische Gewerkschaftsbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg weitgehend unter dem Dach des AITUC zu vereinen.

Durch den nach wie vor geltenden *Trade Union Act* von 1926 wurden gewerkschaftliche Aktivitäten in Britisch-Indien geregelt, was im Laufe der Jahrzehnte zu einer Vielzahl von Gewerk-

schaftsgründungen führte. Die im *Trade Union Act* verankerte Gesetzgebung steht in der Tradition der britischen Betriebsgewerkschaften. Sie sieht unter anderem vor, dass mehr als die Hälfte der Funktionäre einer registrierten Gewerkschaft auch in dem Industriezweig beschäftigt sein müssen, zu dem die Gewerkschaft jeweils gehört. Sie weist jeder registrierten Gewerkschaft den gleichen legalen Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes zu und bietet zum ersten mal Gewerkschaftsmitgliedern bei Arbeitsauseinandersetzungen Schutz vor zivil- wie strafrechtlicher Verfolgung, sieht zunächst aber keine offizielle Anerkennung bestimmter Gewerkschaften als Verhandlungsführer vor. Zur Gründung und Registrierung einer Gewerkschaft bedurfte es bis 2001 gerade einmal sieben Mitgliedern, was zusammen mit der Festschreibung von betriebsbezogenen Gewerkschaften bzw. dem Industrieverbandsprinzip die Neugründung einer Unzahl von kleinen Einzelgewerkschaften beförderte. Mittlerweile müssen mindestens 10 % Arbeitnehmer oder 100 Arbeitnehmer der Industrie, für die die Gewerkschaft sich einsetzt, Mitglied der Gewerkschaft sein, die den Registrierungsantrag stellt. Aber auch die traditionelle Nähe indischer Gewerkschaften zu politischen Parteien, die nicht zuletzt aus der frühen Ideologisierung der Gewerkschaften während des Unabhängigkeitskampfes resultierte, trug zur Zersplitterung der indischen Gewerkschaftsszene bei.

Insbesondere die sog. *Central Trade Union Organisations*, also jene Gewerkschafts-Dachverbände, die mehr als 500.000 Mitglieder in mindestens vier Industriezweigen nachweisen können und von denen fünf von der indischen Regierung als politische Verhandlungspartner anerkannt werden, zeichnen sich durch eine historisch gewachsene Politisierung und enge Anbindung an einzelne politische Parteien aus. So wurde der *All India Trade Union Congress* nach der Unabhängigkeit Indiens von der kommunistischen Bewegung vereinnahmt und schied damit für die nach der Unabhängigkeit lange Zeit regierende indische Kongresspartei als Partner aus. Er erlebte in den sechziger Jahren weitere Abspaltungen in Folge der Parteispaltungen innerhalb des kommunistischen Parteienspektrums. Die Kongresspartei gründete ihren eigenen Dachverband, den *Indian National Trade Union Congress* (INTUC). Etwa zur gleichen Zeit entstanden zwei weitere Dachverbände, der den indischen Sozialisten nahe stehende *Hind Mazdor Sabha* (HMS) und der *United Trade Union Congress* (UTUC), eine radikale Gruppierung aus dem ostindischen Bundesstaat West Bengal. Auch die hindunationalistische *Bharatiya Janata Party* verfügt über einen „eigenen“ Gewerkschaftsdachverband, den 1955 gegründeten *Bharatiya Mazdor Sangh* (BMS), der mittlerweile sogar zur größten der *Central Trade Union Organisations* aufgestiegen ist.

Die Situation heute

Im Jahre 2002 waren fast 70.000 Gewerkschaften registriert und zum größten Teil in fünf Dachverbänden organisiert. Viele der kleineren Gewerkschaften existieren aber nur auf dem Papier, nur wenige kommen der gesetzlichen Verpflichtung nach, Finanzberichte vorzulegen, aus denen auch Mitgliederzahl und Beitragshöhe hervorgehen. Deshalb ist es sehr schwer, den Organisationsgrad der indischen Gewerkschaften genau zu bestimmen. Die letzten Angaben des indischen Arbeitsministeriums sprechen von insgesamt 24.601.589 Mitgliedern in den *Central Trade Union Organisations* im Jahre 2002, wobei die BMS mit 6.215.797 Mitgliedern der größte Dachverband ist, gefolgt von INTUC mit 3.892.011 Mitgliedern und dem HMS mit 3.342.213 Mitgliedern. Eine rechtliche Verpflichtung einzelner Unternehmen oder gar ganzer Unternehmerverbände zu Tarifverhandlungen mit Gewerkschaften gibt es nach wie vor nicht. Dafür existieren insgesamt mehr als 55 Bundesgesetze und über 100 Landesgesetze arbeitsrechtlicher Natur. Das bei weitem wichtigste Gesetz ist der *Industrial Disputes Act* von 1947, welcher das Arbeitskampfrecht sowie Einstellungs- und Kündigungsverfahren in Industriebetrieben regelt und es Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten nahezu unmöglich macht, Mitarbeiter zu entlassen. Aus diesem Grund haben viele Unternehmen zum Teil essentielle Firmenbereiche in Tochtergesellschaften mit weniger als 100 Beschäftigten ausgegliedert, um die arbeitsrechtlichen Regelungen zu umgehen, was wiederum die Unternehmenssteuerung äußerst kompliziert gestaltet. Die meisten arbeitsrechtlichen Vorschriften und Bestimmungen zum Arbeitsschutz betreffen nur Betriebe des organisierten Sektors ab einer gewissen Größe. Klein- und Kleinstbetriebe sind hingegen von deren Anwendung ausgenommen. Dies schränkt in der Praxis den Handlungsspielraum von Arbeitnehmervertretern stark ein.



Die wichtigsten Gewerkschaftsdachverbände in Indien (gewerkschaftlicher Organisationsgrad)

Gewerkschaftsdachverband (Central Trade Union Organisation)	Mitgliedschaft (2002)	Parteilpolitische Anbindung
ALL INDIA TRADE UNION CONGRESS (AITUC)	2.677.979	Communist Party of India (Kommunistische Partei Indiens)
BHARATIYA MAZDOR SANGH (BMS)	6.215.797	Bharatiya Janata Party (Hindu-Nationalisten)
CENTRE OF INDIAN TRADE UNIONS (CITU)	3.222.532	Communist Party of India-Marxist (Komm. Partei Indiens – Marxisten)
HIND MAZDOR SABHA (HMS)	3.342.213	Früher: Janata Party und sozialistische Parteien
INDIAN NATIONAL TRADE UNION CONGRESS (INTUC)	3.892.011	Indian National Congress (Kongresspartei)
SELF EMPLOYED WOMEN'S ASSOCIATION (SEWA)	606.935	unabhängig
Gewerkschaftsdichte im organisierten Sektor (2002)	Zwischen 30 und 40% (zwischen 10 und 13 Mio. oder etwa 4% bei einer Erwerbsbevölkerung von 400 Mio.)	
Gewerkschaftsdichte im ‚nicht-organisierten‘ Sektor (2004)	9,7 % (geschätzt)	

Quelle: Indisches Arbeitsministerium

Insgesamt sind selbst im organisierten Sektor, in dem weniger als 10 % der Arbeitnehmer in Indien arbeiten, nur etwa 30 bis 40 % der Beschäftigten Mitglied einer der zahlreichen Gewerkschaften. Alle gewerkschaftlichen Organisationen leiden traditionell unter Ressourcenknappheit aufgrund geringer Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen. Der Trend zum Rückbau der Staatsunternehmen hat darüber hinaus zu einer tendenziellen Verlagerung von Beschäftigung vom organisierten in den „nicht-organisierten“ Sektor beigetragen und so die Gruppe potentieller Gewerkschaftsmitglieder weiter verkleinert. Auch als politische Instanz haben Gewerkschaften in Indien stark an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass sie nicht adäquat auf Herausforderungen reagierten, die sich aus der Liberalisierung der indischen Wirtschaft und dem Globalisierungsprozess ergaben. Die indischen Gewerkschaften verharren nach wie vor in einer grundlegend nationalistisch und protektionistisch eingefärbten Position, die die Realität der Globalisierung und der Liberalisierung der indischen Wirtschaft nicht anerkennt. Dies hat zwar stellenweise zu einer Verlangsamung der Liberalisierung geführt (z. B. was den Rück-

bau von unrentablen Staatsbetrieben anbetrifft), bietet aber keine Antwort auf den gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel oder die Einführung neuer Produktionsweisen. Die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten im organisierten Sektor sind gegenüber dem großen Rest der Beschäftigten in Indien zudem privilegiert und deshalb eher an Besitzstandswahrung für Arbeitsplatzbesitzer interessiert, als an einer Auseinandersetzung mit unter- oder unbeschäftigten und weniger qualifizierten Arbeitskräften. Zwar haben sich in den letzten Jahren zahlreiche (parteilpolitisch) unabhängige Gewerkschaften gebildet, die vorrangig auf Betriebsebene in Erscheinung treten, sie schließen sich aber nicht zusammen und sind weit davon entfernt, zu einer tarifpolitischen Größe aufzusteigen. Die größeren Dachverbände sind bisher auch kaum in multinationalen Unternehmen vertreten. Arbeitnehmer sind überwiegend in unabhängigen Betriebsgewerkschaften organisiert, die kaum über eine nationale oder internationale gewerkschaftliche Anbindung verfügen. In vielen der boomenden Industriebranchen, z.B. der Software-Industrie bzw. dem gesamten IT-Bereich, sind Ansätze gewerkschaftlicher Organisation nach wie vor eine

Tabelle 5

Seltenheit. Auch im „nicht-organisierten“ Sektor gab es lange Zeit kaum gewerkschaftliche oder gewerkschaftsähnliche Organisationen zur Bündelung und Vertretung von Arbeitnehmerinteressen. Jedoch haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren einige dauerhafte zivilgesellschaftliche Organisationen gebildet, die teilweise von Gewerkschaften übernommen werden bzw. sich als Gewerkschaften registrieren lassen. Die *Self Employed Women's Association* (SEWA), die Anfang der siebziger Jahre aus dem Frauenflügel der *Textile Labour Association* hervorgegangen war, muss als das erfolgreichste Beispiel in dieser Hinsicht angesehen werden. SEWA kümmert sich um die Belange von arbeitenden Frauen im „nicht-organisierten“ Sektor und ist mittlerweile die weltweit größte Gewerkschaft von Arbeiterinnen im „nicht-organisierten“ bzw. informellen Sektor, die weit über die Grenzen Gujarats hinaus knapp eine Dreiviertel Million Mitglieder zählt.

04/02_ Der indische Arbeitsmarkt

Was man in einem Großteil der Volkswirtschaften in den Ländern des Südens antrifft, eine extreme Zweiteilung oder besser Segmentierung des Arbeitsmarktes nach Einkommen, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnis, gilt auf den ersten Blick auch für den indischen Arbeitsmarkt: gut bezahlten Jobs in der privaten Wirtschaft, vor allem im Dienstleistungsgewerbe, stehen vielfältige Formen von Subsistenz- oder geldloser Wirtschaft gegenüber, global operierende Konzerne existieren neben Kleinst- und Familienbetrieben und Arbeitsplatzsicherheit, ein regelmäßiges Einkommen sowie klar definierte Arbeits- und Sozialnormen definieren den indischen Arbeitsmarkt rein zahlenmäßig weitaus weniger als Gelegenheitsarbeit, kaum rechtlich abgesicherte Arbeitsbedingungen, mangelnde soziale Absicherung und vielfach noch von Kaste oder Geschlecht bestimmte Beschäftigungsverhältnisse. Darüber hinaus gestalten sich die soziale Struktur des Arbeitsmarktes und Arbeitsbeziehungen regional äußerst unterschiedlich.

Der indische Arbeitsmarkt ist somit vielgestaltig, es existieren verschiedene, nach Region, sozialen Identitäten, Alter, wirtschaftlichem Sektor oder Verhältnis zwischen urbanen Zentren und ländlichem Raum fragmentierte „Arbeitsmärkte“, die sich in dem viel zitierten Bild eines dualistischen Arbeitsmarktes kaum widerspiegeln. Auf den zweiten Blick merkt man zudem schnell, dass die Grenzen zwischen organisiertem und



Gewerkschaften im „nicht-organisierten“ Sektor:
Protestveranstaltung des Dachverbandes AITUC mit Palmwein-Arbeitern („toddy workers“) im südindischen Kerala.

„nicht-organisiertem“ Sektor in Wirklichkeit fließender sind, als es die ohnehin kaum aussagekräftigen Statistiken zu Beschäftigten in den jeweiligen Sektoren vermuten lassen. In praktisch jedem Unternehmen im organisierten Sektor, auch den staatlichen Betrieben, lassen sich, oft über den Umweg des Vertragsarbeitertums, zahlreiche informell Beschäftigte finden, vom sporadisch herbeizitierten Handwerker oder anderen Dienstleistern bis zum regelmäßig diensttuenden Wachmann. Auch der Lebensalltag jedes Inders ist vom Kontakt mit informeller Arbeit geprägt, sei es, dass die eigene Erwerbstätigkeit durch Informalität gekennzeichnet ist, sich ohne jedweden arbeitsrechtlichen Schutz oder soziale Absicherung gestaltet, oder aber, dass informelle Beschäftigungsverhältnisse den Tagesablauf mitbestimmen, wie z. B. in Form der zu fast jedem indischen Haushalt gehörenden Hausbediensteten, die zumeist Arbeitsmigranten ohne jedwede rechtliche Absicherung oder gar Sozialversicherung sind.

Mit der Liberalisierung der indischen Wirtschaft hat diese Überlappung von „nicht-organisiertem“ und organisiertem Sektor noch zugenommen. Denn sie hat zusätzliche Anreize für die

Privatwirtschaft geschaffen, Kosten zu reduzieren, und die Vorstellung auf Arbeitgeberseite genährt, dass der entscheidende Vorteil Indiens im globalen Wettbewerb die Verfügbarkeit billiger Arbeit ist. Bevölkerungswachstum und eine saisonale und stagnierende Nachfrage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft erhöhen den Migrationsdruck und treiben Arbeitskräfte in (nicht-landwirtschaftliche) Tätigkeiten, die billige und nicht qualifizierte Arbeit absorbieren. Gleichzeitig haben durch die globale Deregulierung geschaffene neue Technologien und Marktzugänge den Unternehmen auch neue Möglichkeiten eröffnet, auf eine gesteigerte Nachfrage zu reagieren. Informelle Arbeit, die im Allgemeinen in improvisierten Produktionsstätten mit geringer Kapitalausstattung stattfindet und extrem flexibel ist, ist in die globale Produktion integriert worden. Heimarbeit, Gelegenheitsarbeit, Subunternehmertum bzw. Kontraktarbeit und *Outsourcing* waren zwar schon immer ein Instrument, um die kostspielige Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen, Risiken von Mutterfirmen abzuwenden und staatliche Wohlfahrtsverantwortung und Verpflichtung zur Bereitstellung adäquater Infrastruktur sowie zur Überwachung der Einhaltung von Arbeitsbestimmungen zu minimieren. Derzeit erlebt der indische Arbeitsmarkt aber ein in seinem Ausmaß bisher nicht gekanntes Anwachsen von (informeller) Gelegenheitsarbeit in Form einer Vielzahl von Beschäftigungsverhältnissen ohne Rechtssicherheit – auch im organisierten Sektor. Man schätzt, dass knapp 26 Millionen informeller Beschäftigungsverhältnisse im organisierten Sektor existieren – und die Zahl ist steigend. Insofern ist – von den „Ärmsten der Armen“ einmal abgesehen – für viele der Weg in die Informalisierung eine zwar wohl unfreiwillige, aber durchaus „rationale“ Entscheidung, die sich aus den Marktgesetzen eines sich liberalisierenden Indiens ergibt. Der „nicht-organisierte“ Sektor ist entgegen neoliberaler Annahmen in Folge des wirtschaftlichen Wachstums nicht geschrumpft, sondern angewachsen.



Dienstleistungen im „nicht-organisierten“ Sektor: Fahrradrickschafahrer ...



... und Obstverkäufer in Delhi.

Hinzu kommt, dass der indische Arbeitsmarkt ohnehin ein enormes Missverhältnis von Wachstum und Beschäftigung sowie der Produktionssektoren nach Anteil der Erwerbspersonen und Wirtschaftskraft aufweist. Die Landwirtschaft ist nach wie vor der größte Arbeitgeber und bestimmt das Leben der Mehrheit der Bevölkerung. Etwa 60 % der Bevölkerung in Indien sind in der Landwirtschaft tätig, die meisten als Landarbeiter. Die Landwirtschaft trägt aber weniger als ein Fünftel zur Wirtschaftskraft Indiens bei. Es scheint, dass Indien den stufenweisen Wandel von der Agrar- über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft übersprungen hat; so dominiert der Dienstleistungssektor mittlerweile die Produktion.

Der wirtschaftliche Aufschwung der letzten 20 Jahre hat zudem nicht dazu geführt, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen wurden. In der industriellen Fertigung wird Arbeitskraft durch Kapital ersetzt, nur bei stark steigender Produktion steigt noch die Nachfrage nach Arbeitskräften, was dazu führt, dass im organisierten Sektor trotz Wachstum eher Stellen abgebaut bzw. zumindest kaum neue geschaffen wurden – anders als bei den IT-gestützten Dienstleistungen. Der Wirtschaftsboom hat im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang somit eher zu einem Beschäftigungsrückgang geführt bzw. das Verhältnis von „organisiertem“ und „nichtorganisiertem“ Sektor zu Gunsten des letzteren verändert, dabei Einkommensungleichheit verschärft und den Eintritt in den (formellen) Arbeitsmarkt aufgrund mangelnder Qualifikation erschwert. Natürlich verfügt Indien über ein riesiges Potenzial an Facharbeitern mit im weltweiten Vergleich nach wie vor niedrigem Lohnniveau. Sie sind es auch, die das Bild vom aufstrebenden, gut qualifizierten Facharbeiterreservoir Indiens im Ausland prägen. Vor dem Hintergrund des gesamtindischen Arbeitsmarktes muss die Situation aber

realistisch eingeschätzt werden: ca. 5 % Hochqualifizierten stehen 95 % Geringqualifizierte gegenüber, zumeist Landarbeiter. Generell gilt, dass nur 8 % der Arbeitskräfte im organisierten Sektor beschäftigt sind, gegenüber 92 % im „nicht-organisier-

ten“ Sektor, der sich weitgehend staatlicher Arbeitsmarktpolitik entzieht und in dem es keinerlei soziale Sicherheitssysteme gibt, der aber ca. 60 % des indischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet.

**I Produktionssektoren
nach % der Erwerbspersonen / % des BIP**

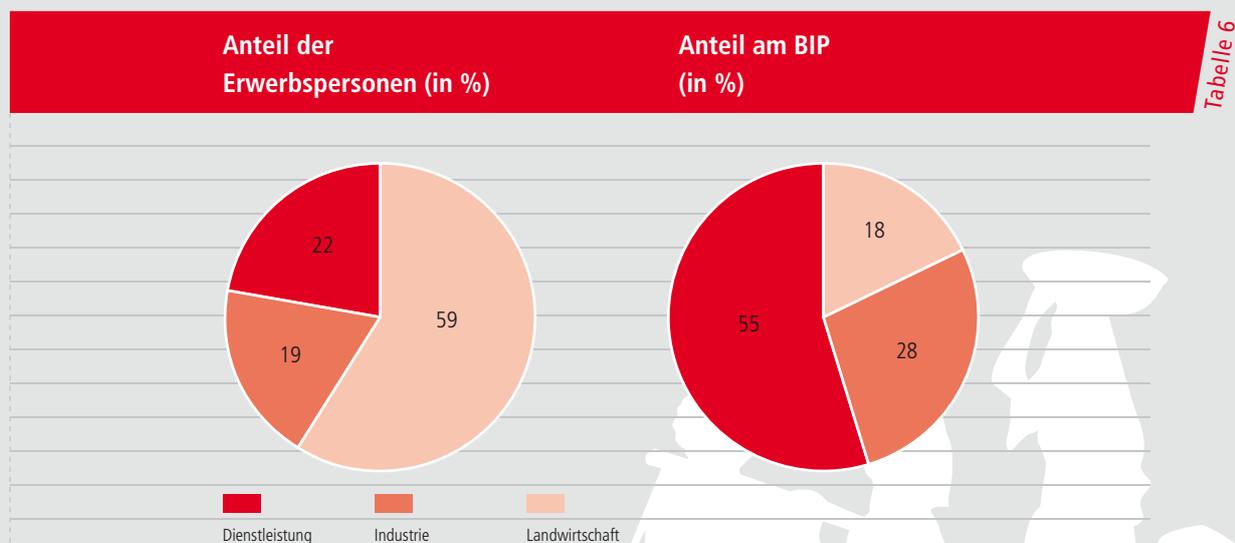


Tabelle 6

Quelle: Statistical Outline of India, 2006

**I Verteilung der Qualifikation am Arbeitsmarkt
(% der Arbeiterschaft)**

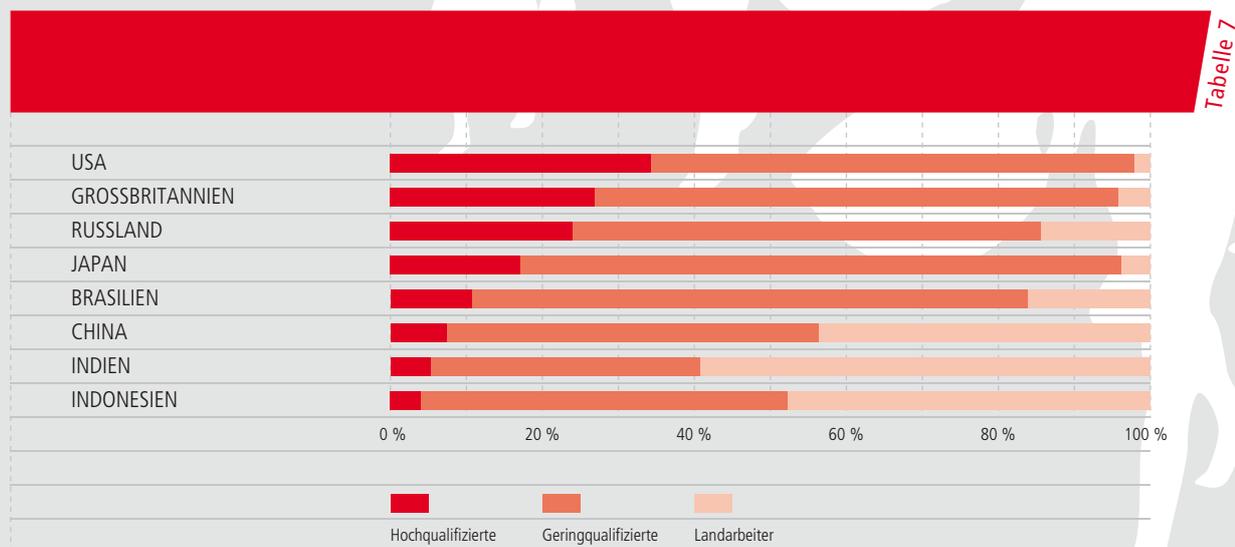


Tabelle 7

Nach: Indian Council for Research on International Economic Relations/Pawan Agarwal, 2006, und Deutsche Bank Research.

04/03_Arbeitsbeziehungen in Indien

Institutionalisierte Arbeitsbeziehungen im modernen Sinne lassen sich in Indien nur im organisierten Sektor finden. Neben zahlreichen anderen gesetzlichen Bestimmungen, sind die wichtigsten legalen Grundlagen zur Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen im bereits erwähnten *Trade Union Act* von 1926 und im *Industrial Disputes Act* von 1947 niedergelegt. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit stand die nachholende Industrialisierung des Landes unter sozialistischen Vorzeichen im Mittelpunkt der indischen Entwicklungsstrategie. Langwierige Arbeitsauseinandersetzungen sollten diesem Ziel nicht im Wege stehen. Für die Herausforderung, eine „offene“ Aushandlungskultur zwischen den verschiedenen Interessengruppen mit pluralistischen oder korporatistischen Strukturen zuzulassen, schien keine Zeit. Konsequenterweise setzte man auf staatliche Direktive und eine Vielzahl von staatlich kontrollierten Regelwerken zur Organisation der Arbeitsbeziehungen an Stelle von Tarifverhandlungen mit offenem Ende. Für die indischen Gewerkschaften im organisierten Sektor bedeutete dies, dass nur ein geringer Anreiz existierte, die eigene Verhandlungsmacht durch Mitgliederrekrutierung, gewerkschaftsübergreifende Solidarisierung und die verstärkte Artikulation von Arbeiterinteressen auszubauen, da der Staat einziger Ansprechpartner für die Anerkennung und Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen war. Arbeitsauseinandersetzungen und die Entwicklung der indischen Gewerkschaftsbewegung waren dementsprechend weniger durch die traditionelle Konfrontation von Arbeit und Kapital (Lohnarbeiter versus Unternehmen) geprägt, als durch den Konflikt zwischen Arbeit und Staat. Weniger als die Hälfte der im organisierten Sektor Beschäftigten ist deshalb auch gewerkschaftlich organisiert, also allenfalls 4 % der Erwerbsbevölkerung Indiens. Hinzu kommen die Fragmentierung gewerkschaftlicher Gegenmacht und die parteipolitische Anbindung der indischen Gewerkschaften, die der Herausbildung schlagkräftiger und durchsetzungsfähiger Organisationen sowie von Verbandsautonomie entgegenwirken. Jede Gewerkschaft handelt im eigenen Interesse, kleinteiliger Klientelismus prägt die Arbeiterbewegung mehr als übergreifende, solidarische Mobilisierung. Dementsprechend chaotisch und unübersichtlich gestalten sich die Arbeitsbeziehungen. Jede Gewerkschaft, so klein sie auch sein mag, kann sich in Arbeitskämpfe einbringen, so dass viel Spielraum für Manipulationsversuche von Arbeitgeberseite existiert. Militante Streiks, nicht zuletzt auch ein Ergebnis parteipolitischer

Rivalitäten der Gewerkschaften, waren lange an der Tagesordnung und wurden mit staatlicher Repression bis hin zum gesetzlichen Verbot von Streiks in Schlüsselindustrien geahndet.

Die Rolle der Gewerkschaften als effektive Tarifpartner der Unternehmen im organisierten Sektor wird nach wie vor durch die starke, rechtlich verankerte Rolle des Staates bzw. staatlicher Arbeitsbehörden als zwingender Schlichtungsinstanz in Arbeitsauseinandersetzungen geschwächt. Im öffentlichen Dienst und staatlichen Versorgungsbetrieben werden die Löhne und Gehälter durch eine staatliche *Pay Commission* festgelegt, die die Gewerkschaften konsultiert und deren Vorgaben auch ein Teil der staatlichen Betriebe folgt. Ansonsten überwiegen bilaterale Tarifverträge im staatlichen Sektor, wobei insgesamt Tarifverträge Arbeitsbedingungen und Vergütungen von nur 2 % der Erwerbstätigen regeln. Im privaten organisierten Sektor, in dem der gewerkschaftliche Organisationsgrad sehr viel geringer ist, dominieren Tarifvereinbarungen auf Unternehmens- bzw. Betriebsebene, die Anzahl von Flächentarifverträgen (*All India Agreements*) ist gering, beschränkt sich vorrangig auf die Bereiche Stahl, Banken, Häfen und Kohle. Es existiert kein Betriebsverfassungsrecht, somit gibt es auch keine Betriebsräte, deren Funktion weitestgehend von staatlichen Arbeitsrechtskommissionen übernommen wird.

Der *Industrial Disputes Act* beschneidet zwar die Rechte der Arbeitgeber, beschränkt Entlassungen und Versetzungen, lässt aber ihr mächtigstes Instrument, die Aussperrung, mehr oder weniger straffrei. Schlichtung in Arbeitskämpfen erfolgt durch den Staat bzw. staatliche Schiedssprüche mittels eines komplizierten juristischen Verfahrens – mit der Folge, dass die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen ein von (teuren) Rechtsexperten begleitetes langwieriges Verfahren darstellt. Gesetzlich verbrieft Ansprüche von Arbeitnehmern, wie z. B. Mindestlöhne, müssen erst mühsam gerichtlich erstritten werden. Für zusätzliche Komplexität sorgt die Tatsache, dass im Kontext des indischen Föderalismus Arbeits- und Sozialgesetzgebung und die Umsetzung von Arbeitsrechtsbestimmungen zu einem Gutteil in den Aufgabenbereich der Bundesstaaten fallen. So trägt das durchaus umfangreiche Arbeitsrecht weniger zum tatsächlichen Schutz der Arbeitnehmer bei, sondern ermutigt Arbeitgeber, Arbeitsplätze und Produktionsabläufe im organisierten Sektor zu „informalisieren“.

„Arbeitsbeziehungen“ im informellen Sektor

Auch im „nicht-organisierten“ Sektor gibt es im Widerspruch zu seinem Namen durchaus klare Strukturen und Regelungen von Beschäftigungsverhältnissen, auch wenn keine institutionalisierten Arbeitsbeziehungen existieren. Die Bandbreite der „Arbeitsbeziehungen“ im „nicht-organisierten“ Sektor ist groß, sie reicht von Zwangsverhältnissen (Schuld knechtschaft) auf dem Land bis zu modernen Lohnbeziehungen in Kleinbetrieben mit bis zu 200 Beschäftigten. Vielfach bestimmen noch soziale und regionale Identitäten wie die Kastenzugehörigkeit oder das Geschlecht Arbeitsbedingungen, Einkommen und Art der Arbeit, die verrichtet wird. Zudem herrschen meist extreme hierarchische Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen auf der einen Seite und Arbeitsvermittlern, Großbauern oder anderen Mittelsmännern auf der anderen Seite vor, die oft durch verwandtschaftliche Beziehungen, gemeinsame Kastenzugehörigkeit oder dieselbe regionale Herkunft begründet werden. Das Durchbrechen dieser Abhängigkeitsverhältnisse wird durch das Überangebot an billiger und unqualifizierter (Gelegenheits-)Arbeit erschwert.

Die Orientierung an einem in allen wirtschaftlichen Belangen präsenten und regelnden Staat prägte lange Zeit auch das Lager der Arbeitgeber und Unternehmer. Die beiden großen, in den zwanziger Jahren gegründeten Arbeitgeberverbände *Associated Chambers of Commerce and Industry* (ASSOCHAM) und die *Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry* (FICCI) konkurrierten um die parteipolitisch definierten „Zugänge zur Macht“ – sprich politischen Entscheidungsträgern – und fungierten überwiegend als Vehikel zur Interessenvertretung und Streitaustragung der großen indischen Unternehmerfamilien aus den verschiedenen Regionen des Landes. Mit der Liberalisierung gewann der dritte große Dachverband, die *Confederation of Indian Industries* (CCI), an Bedeutung und es setzte eine Professionalisierung und stärkere Koordination der indischen Unternehmensverbände ein. Sie haben sich damit im Angesicht grundlegender Strukturveränderungen der indischen Wirtschaft bisher als flexibler und durchsetzungsfähiger als die Gewerkschaften erwiesen. Insgesamt bleibt aber noch abzuwarten, inwieweit die Liberalisierung und der zunehmende Rückzug des Staates aus der Wirtschaft eine Abnahme der parteipolitischen Abhängigkeit und ein stärkeres Gewicht der Interessenverbände auf Arbeitnehmer- wie Arbeitgeberseite bei der Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen nach sich ziehen.



Indische Arbeitswelten I: Teppicharbeiter in Fatehpur Sikri



Indische Arbeitswelten II: Fabrikarbeiter in der Papierindustrie in Jamshedpur, Bihar

04/04_Der organisierte und der „nicht-organisierte“ Sektor: Strukturen, Arbeitsbedingungen und Beschäftigtenschutz

Auch ohne eine Berücksichtigung der Besonderheiten des indischen Arbeitsmarktes und der Schwierigkeit, „organisierten“ und „nicht-organisierten“ Sektor trennscharf zu unterteilen, führt nichts an der Tatsache vorbei, dass mehr als 90 % der arbeitenden Bevölkerung Indiens in Arbeitswelten eingebunden sind, die sich staatlicher Politik weitgehend entziehen und in denen sich prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse nach

eigenen Regeln gestalten. Der „nicht-organisierte“ Sektor ist damit der bei weitem größte „Arbeitgeber“ in Indien und umfasst das ganze Spektrum informeller Arbeit vom Landarbeiter und Kleinbauern über den Gelegenheitsarbeiter, Klein- und Scheinselbständigen bis hin zum abhängig Beschäftigten im Kleingewerbe oder in nicht registrierten Betrieben.

I Organisierter versus „nicht-organisierter“ Sektor

	Organisierter Sektor	„Nicht-organisierter“ Sektor
BESCHÄFTIGTE (2007, in Mio.)	28	372
ANTEIL AM BIP (2003/2003, in %)	43,3	56,7

Tabell 8

Quelle: National Sample Survey Organization, Ministry of Statistics & Programme Implementation, Government of India; Hochrechnung; National Accounts Statistics (2005), Ministry of Statistics & Programme Implementation, Government of India.

Im organisierten Sektor finden sich in Anlehnung an den *Factories Act* von 1948 dagegen alle Betriebe, deren Größe 20 Angestellte überschreitet bzw. schon diejenigen Betriebe, deren Größe 10 Angestellte überschreitet, wenn diese Betriebe an das Stromnetz angeschlossen sind. Etwa die Hälfte aller im organisierten Sektor Beschäftigten arbeiten in staatlichen oder halbstaatlichen Unternehmen. Hier greift – wie im öffentlichen Dienst und den staatlichen Versorgungsbetrieben – theoretisch das indische Arbeitsrecht, das in einigen Bereichen eines der umfassendsten der Welt ist. Es entspringt noch vielfach der Vorstellung der Vorkämpfer der Unabhängigkeitsbewegung von sozialer Gerechtigkeit, die in umfangreiche Arbeits- und Beschäftigtenschutzbestimmungen mündete. So schreibt der *Industrial Disputes Act* beispielsweise vor, dass Unternehmen mit einer Betriebsgröße von über hundert Beschäftigten für Stellenkürzungen die Genehmigung der Regierung einholen

müssen, die in den seltensten Fällen erteilt wird. Nach der Unabhängigkeit kam es aufgrund neuer politisch-emanzipatorischer Forderungen und der Verschärfung des Parteienwettbewerb im sozialistisch eingefärbten wirtschaftspolitischen Kontext des Landes zur Politisierung der Arbeitsbeziehungen (inklusive der Arbeitsgerichte) und der Einführung einer Vielzahl zusätzlicher gesetzlicher Bestimmungen, die zur Komplexität des indischen Arbeitsrechtes beigetragen haben. Zudem gilt: bestehendes Recht zu ändern oder zu reformieren bleibt bis heute ein politisch äußerst schwer durchzusetzendes Unterfangen. Die wichtigsten Bestimmungen zu Arbeits- und Einstellungsbedingungen sind im *Factories Act*, dem *Industrial Employment Act* und dem *Contract Labour (Regulation and Abolition) Act* niedergelegt, der *Industrial Disputes Act* regelt Stellenkürzungen, Entlassungen, Schließungen und die Modalitäten von Arbeitskämpfen, und der *Minimum Wages Act* sowie

der *Payment of Wages Act* Lohnzahlungen und Mindestlöhne. Weitere Gesetze bestimmen lohnunabhängige Beihilfen und Sozialversicherung. Aber auch wenn „auf dem Papier“ ein umfangreiches Regelwerk zur Einhaltung angemessener Arbeitsbedingungen und zum Beschäftigtenschutz zur Verfügung steht: es hat keine oder kaum Bedeutung für den „nicht-organisierten“ Sektor und auch im organisierten Sektor wird es vor dem Hintergrund einer korrupten und ineffizienten Praxis der Arbeitsinspektionen und -kontrolle durch staatliche Arbeitsinspektoren, Überlastung staatlicher Behörden, Vermeidungsstrategien von Arbeitgeberseite (insbesondere der Rückgriff auf Subkontrakte mit Unternehmen des „nicht-organisierten“ Sektors) und schwacher Gewerkschaften kaum konsequent überwacht, eingehalten oder durchgesetzt.

Von all diesen Bestimmungen können die Beschäftigten im „nicht-organisierten“ Sektor natürlich nur träumen, hier sind Arbeitsbedingungen und Beschäftigtenschutz oft bar jeder Beschreibung. Akkordarbeit mit Arbeitszeiten von zwölf Stunden und mehr am Stück, unbezahlte Arbeitsausfälle oder Verpflichtung zu Überstunden bei Androhung von Entlassung, geringe oder nicht existierende Sicherheit am Arbeitsplatz ohne jegliche Unfallversicherung, Nicht-Einhaltung von Gesundheitsvorschriften bzw. keinerlei gesundheitliche Absicherung oder andere lohnunabhängige Beihilfen, menschenunwürdige Unterbringung (insbesondere für Saison- und Gelegenheitsarbeiter), Verletzungen der Mindestlohnbestimmungen, unregelmäßige Bezahlung usw. prägen den Arbeitsalltag. Arbeitsverträge oder gar Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall gibt es selten und willkürliche Entlassungen sind an der Tagesordnung. Auch die sog. „Selbständigen“ im „nicht-organisierten“ Sektor, die laut offizieller Statistik mehr als die Hälfte aller Beschäftigten ausmachen, sind meist katastrophalen Arbeitsbedingungen und mangelndem Beschäftigtenschutz unterworfen. Die Bezeichnung „selbständig“ kann ohnehin nicht darüber hinwegtäuschen, dass darunter neben kleinen Familienunternehmen in erster Linie quasi-abhängige, meist verschuldete Kleinbauern mit sehr geringen Vermögenswerten, Produzenten von Waren geringfügigen Wertes, Kleinhandwerker, Heimarbeiter oder Straßenhändler fallen. Der den Anschein von selbstbestimmter Arbeit erweckende Begriff verschleiert zudem die tatsächlich existierenden Abhängigkeitsverhältnisse gegen-

über Arbeitsvermittlern, Mittelsmännern, Kreditgebern oder Zulieferern, das Nebeneinander selbständiger und abhängiger Arbeit und das für die „Selbständigen“ im „nicht-organisierten“ Sektor typische Phänomen der „versteckten“ abhängigen Lohnarbeit, das durch den Gelegenheits- und Akkordcharakter der „selbständigen“ Beschäftigungsverhältnisse, die Abhängigkeit von Mittelsmännern und Schuldnern sowie der Einkommensunbeständigkeit erzeugt wird. „Selbständige“ arbeiten oft unter prekären Arbeits- und Lebensbedingungen, in vielen Fällen beuten sie selbst Familienangehörige aus. Zu Hoch- und Stoßzeiten greifen sie nicht selten auf informelle Beschäftigungsverhältnisse zurück und verdienen oft nicht mehr als das Existenzminimum.

Die Einkommensunterschiede zwischen organisiertem und „nicht-organisiertem“ Sektor sind in der Regel enorm, die je nach Definition (ernährungs- vs. einkommensbasiert) zwischen 22 und 34 % absolut Armen in Indien sind ausnahmslos im „nicht-organisierten“ Sektor zu finden, d. h. ihr tägliches Durchschnittseinkommen übersteigt die 1-Euro-Grenze nur unerheblich. Hinzu kommt, dass es im Gegensatz zum organisierten Sektor keine lohnunabhängigen Beihilfen gibt oder regelmäßige Arbeit bzw. Einkommen garantiert ist, gleichzeitig von einem Einkommensempfänger oft zahlreiche Haushaltsangehörige abhängen. Mit der Liberalisierung haben sich die Einkommen von Arbeitern und Arbeiterinnen im „nicht-organisierten“ Sektor in einigen Branchen zwar erhöht (Durchschnittseinkommen variieren natürlich erheblich nach Branchen, räumlicher Verteilung, Geschlecht und Kastenzugehörigkeit) und die Zahl der Mikro- und Kleinunternehmer, die die Stufe der Überlebenssicherung überschritten haben, ist gestiegen, Armut und Überlebenssicherung bestimmen aber nach wie vor den Arbeitsalltag der überwiegenden Mehrheit der Erwerbstätigen. Daran wird sich auch so schnell nichts ändern, denn von einer freien Berufswahl, der Qualifikation im Beruf (durch Fort- und Ausbildung), Ausbildungsförderung, einem flächendeckenden System beruflicher Bildung oder einer adäquaten Organisation bzw. Repräsentation der Interessen der im „nicht-organisierten“ Sektor Beschäftigten ist man noch weit entfernt. Dementsprechend schwierig gestaltet sich der Wechsel vom „nicht-organisierten“ in den organisierten Sektor.



Indische Arbeitswelten III:
Müllsammler in Delhi

04/05_ Staatliche Arbeits- und Sozialpolitik

Eine institutionalisierte staatliche Arbeits- und Sozialpolitik jenseits der reinen Armutsbekämpfung steckt in Indien noch in den Kinderschuhen, auch wenn auf dem Papier zahlreiche Bestimmungen zur Arbeitsgesetzgebung zu finden sind und in den letzten Jahren verstärkt über die Einführung von Sozialversicherungssystemen und Beschäftigungsprogrammen nachgedacht wurde.

Im organisierten Sektor – insbesondere im öffentlichen Dienst – gibt es zumindest eine Tradition und einen Mindeststandard sozialer Sicherung, und Arbeitnehmer können eine Reihe von lohnunabhängigen Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Darunter fallen beispielsweise die Berufsunfallsentschädigung (*Workmen's Compensation Act*), Kranken- und Berufshaftpflichtversicherung (*Employees' State Insurance Act*), Rentenversicherung (*Employees' Provident Fund*), Mutterschutz (*Maternity Benefit Act*), oder sogar eine Arbeitslosenversicherung in Form einer rechtlich abgesicherten Abschlagszahlung (*Payment of Gratuity Act*). Für ein umlagenfinanziertes Renten- oder Sozialversicherungssystem sind die finanziellen Möglichkeiten der aktuellen Arbeitnehmergeneration einfach zu begrenzt und auch ein beitragsbasiertes System wie die Rentenversicherung in Form des *Provident Fund*, in den Arbeitgeber wie -nehmer einzahlen, kann aufgrund der geringen

Höhe der eingezahlten Beiträge im Rentenfall meist nur das zur Existenzsicherung notwendige Auskommen garantieren. Lohnhöhen werden mit Ausnahme des öffentlichen Sektors in der Regel von Tarifparteien geregelt, gegebenenfalls mit Hilfe eines staatlichen Schlichters. Einen Mindestlohn gibt es im organisierten Sektor im Gegensatz zum „nicht-organisierten“ Sektor nicht, die Löhne liegen im Durchschnitt aber ohnehin um ein Vielfaches über denjenigen im „nicht-organisierten“ Sektor. Die Zahlungsmodalitäten regelt im öffentlichen Sektor der *Payment of Wages Act* von 1936. Beschäftigungsprogramme gibt es – vom jahrzehntelangen Ausbau des öffentlichen Dienstes und staatlicher Industriebetriebe einmal abgesehen – im organisierten Sektor nicht, was angesichts der Tatsache, dass nur 8% der Erwerbstätigen im organisierten Sektor beschäftigt sind, aber auch nicht verwundert. Die auf Beschäftigung im organisierten Sektor zielende Diskussion in Indien, die sich mit der Liberalisierung der indischen Wirtschaft intensiviert, dreht sich vorrangig um die beschäftigungshemmende Wirkung der rigiden Arbeitsgesetzgebung und vielen Bestimmungen zu Kündigungsschutz, Arbeitssicherheit etc.. Insbesondere die im *Industrial Disputes Act* niedergelegten Bestimmungen zu Einstellungs- und Kündigungsverfahren in Industriebetrieben, die Entlassungen ab einer bestimmten Betriebsgröße an staatliche Genehmigungsverfahren binden, aber auch die geringe Ko-

ordination der Vielzahl existierender Arbeitsgesetzgebungen und die Willkür des *inspector raj*, der „Herrschaft“ staatlicher Arbeitsinspektoren, sind Stein des Anstoßes.

Die Diskussion scheint für die Beschäftigten im „nicht-organisierten“ Sektor allerdings abgehoben. Staatliche Arbeitsgesetzgebung findet hier kaum Anwendung und Schätzungen zu Folge kommen nur 6% der Beschäftigten im „nicht-organisierten“ Sektor in den Genuss einer wie auch immer gearteten Form der sozialen Sicherung. Seit längerer Zeit existieren Mindestlohnbestimmungen im „nicht-organisierten“ Sektor und allgemeine Förder- und Armutsbekämpfungsprogramme, wie z. B. die Reservierungspolitik gegenüber sozial benachteiligten Gruppen, die Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor eröffnen soll, oder der Ankauf und die subventionierte Abgabe von Grundnahrungsmitteln zu Festpreisen über die *Food Corporation of India* und die Geschäfte des *Public Distribution System*. Sie können eine gezielte staatliche Arbeits- und Sozialpolitik aber nicht ersetzen, da sie unter erheblichen „Reibungsverlusten“ bei der Umsetzung von Bundesgesetzen auf der Landesebene sowie der Umgehung gesetzlicher Vorschriften durch die Ausnutzung von Gesetzeslücken und der mangelnden Durchsetzung durch Verwaltungen und Gerichte leiden. Soziale Absicherung im Fall von Alter, Krankheit oder Arbeitslosigkeit muss im „nicht-organisierten“ Sektor nach wie vor in erster Linie vom Familienverband, von Kastennetzwerken oder anderen informellen Netzwerken geleistet werden. Deshalb ist es auch folgerichtig, dass sich die jüngsten Überle-

gungen zur Intensivierung der staatlichen Arbeits-, Sozial- und Beschäftigungspolitik auf den „nicht-organisierten“ Sektor, insbesondere den ländlichen Raum konzentrieren, zumal dies auch eines der zentralen Wahlkampfthemen der Nationalwahlen 2004 war, das erheblich zum Regierungswechsel und dem von der Kongresspartei geführten Regierungskoalition *United Progressive Alliance* (UPA) gegebenen Wahlversprechen einer Reformwende zu Gunsten des *aam admi* (des „einfachen Mannes“) mit Fokus auf den ländlichen Raum beigetragen hat. Seit ihrem Amtsantritt wurden zahlreiche Beschäftigungsprogramme für den „nicht-organisierten“ Sektor aufgelegt und die Einführung flächendeckender sozialer Sicherungssysteme zumindest in Angriff genommen. Zu den zahlreichen Problemen, mit denen staatliche Arbeits- und Sozialpolitik im „nicht-organisierten“ Sektor aber weiterhin konfrontiert sind, zählen die Frage der Finanzierbarkeit, die Unterschiedlichkeit der Beschäftigungsverhältnisse im „nicht-organisierten“ Sektor sowie seine schiere Größe, die Fragen der logistischen Umsetzung und der Identifizierung sowohl von Arbeitgebern als auch von Sozialleistungs- oder Beschäftigungsempfängern aufwerfen; des Weiteren die Frage, welche Sozialpartner an der Umsetzung mitwirken bzw. welche Organisationen und Akteure die Funktionsfähigkeit dieser Programme gewährleisten sollen; oder schlicht die finanzielle Nachhaltigkeit angesichts bisher nur geringer flächendeckender Einführung der verschiedenen Programme und eines sehr geringen Organisationsgrades der im „nicht-organisierten“ Sektor Beschäftigten.

„Eckpunkte“ staatlicher Arbeits- und Sozialpolitik im „nicht-organisierten“ Sektor

„Mindestlöhne

Schon kurz nach der Unabhängigkeit wurde mit dem *Minimum Wages Act* von 1948 ein Mindestlohn für die Arbeiter im „nicht-organisierten“ Sektor eingeführt. Auf der Basis einer durchschnittlichen Beschäftigung an 25 Tagen im Monat legt das Gesetz den nationalen Mindestlohn auf mindestens 66 Rupien (derzeit etwa 1 Euro) pro Tag fest. Darüber hinaus gibt es in den einzelnen Bundesstaaten und Unionsterritorien meist höhere Untergrenzen. Die Überwachung der Einhaltung der Mindestlohnvorschriften erfolgt durch die so genannte *Central Industrial Relations Machinery* für den der Zentralregierung unterstehenden Bereich der Wirtschaft und durch Außenstellen des *Labour Bureau* für den Bereich unter der Aufsicht der Landesregierungen. Die Überwachung ist jedoch stark lückenhaft und die Verstöße gegen Vorschriften sind häufig und in den Einzelfällen jeweils zahlreich.

„Food for Work“-Programme

Nachdem ähnliche Programme schon unter der Vorgängerregierung aufgelegt, jedoch aufgrund der Finanznot der meisten Bundesstaaten nicht erfolgreich umgesetzt worden waren, hat die aktuelle Regierungskoalition im November 2004 erneut ein „Food for Work“-Programm gestartet. Im Rahmen dieses Programms wurden für (größtenteils ungelernete) Arbeitskräfte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich des Ausbaus der Bewässerungs- und Verkehrsinfrastruktur sowie des Trinkwasserschutzes eingerichtet. Nach Bedarf fragen Arbeitswillige eine Beschäftigung an. Das Programm bietet in 150 ländlich geprägten Distrikten Indiens Arbeitswilligen eine befristete Beschäftigung gegen Bezahlung in bar und in Naturalien (Getreide, Reis usw.). Wie auch andere Armutsbekämpfungsmaßnahmen wurde es wegen der hohen Streuverluste durch gezielten Missbrauch kritisiert.

–Der „National Rural Employment Guarantee Act“

Im Februar 2006 wurde das *National Rural Employment Guarantee-Gesetz* verabschiedet, das in 200 Distrikten Indiens für jeden Haushalt mindestens 100 Tage bezahlter Arbeit pro Jahr für ein erwachsenes Haushaltsmitglied sicherstellen soll. Die Bezahlung darf laut Gesetz in keinem Fall unter dem Mindestlohn eines ungelernten Landarbeiters liegen. Das Programm zur Förderung dieser Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kostet den indischen Staat jährlich etwa 6,9 Milliarden Euro. Schon nach kurzer Zeit zeigten sich jedoch erste Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Vorhabens, da vor allem in den ärmeren Bundesstaaten die mit der Durchführung befassten Behörden nicht die notwendigen Kapazitäten besitzen, um die enorme Nachfrage nach solchen subventionierten Arbeitsplätzen auch nur annähernd zu befriedigen.

–Soziale Sicherung im „nicht-organisierten“ Sektor

Die existierenden Programme und Versuche, die auf eine Verbesserung der sozialen Sicherung im „nicht-organisierten“ Sektor gerichtet sind, lassen sich grob in drei Kategorien einteilen:

1. Berufsspezifische Sozial- bzw. Vorsorgefonds, die weniger klassische Bereiche der Sozialversicherung wie Berufsunfähigkeit oder Altersversorgung, sondern die Bereitstellung verbilligter Unterkunft, Gesundheitsfürsorge oder Erziehungsbeihilfen für Kinder von Arbeitnehmern abdecken und entweder durch eine Produktions- oder Verbrauchersteuer oder anteilige Beiträge (Staat, Arbeitgeber, Arbeitnehmer) finanziert werden.
2. Klassische Sozialversicherungsprogramme auf Beitragsbasis, die vor allem Gesundheitsvorsorge und -fürsorge, Altersvorsorge sowie Ersatzzahlungen im Krankheits-, Todes- oder Krisenfall umfassen. Manche dieser Programme sind an spezifische Armutsprogramme angegliedert und bedienen in erster Linie Landarbeiter am Rande des Existenzminimums.
3. Sozialversicherungssysteme ergänzende, steuerbasierte soziale Beihilfeprogramme, die in erster Linie denjenigen zu Gute kommen sollen, die nicht in der Lage sind, Beiträge in eine wie auch immer geartete Sozialversicherung einzuzahlen. Diese Beihilfeprogramme schließen direkte Geldtransfers ein, wie im Falle des *National Social Assistance* Programme, das besonders Bedürftigen (Alten, schwangeren oder stillenden Müttern, Behinderten) bescheidene Summen als Alterseinkommen, Kindergeld oder zur Überbrückung im Falle des Todes der Erwerbsperson in einer Familie zukommen lässt.

–Die „Unorganised Sector Workers’ Social Security Bill“

Im Dezember 2007 wurde mit der *Unorganised Sector Workers’ Social Security Bill* nach langen Diskussionen ein weiteres Vorhaben zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der im „nicht-organisierten“ Sektor Beschäftigten in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Es regelt drei Programme unter dem Dach eines nationalen Sozialversicherungsfonds: die Einrichtung einer Krankenversicherung, einer Lebens- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung, sowie einer Rentenversicherung. Alle drei Programme richten sich an Familien, deren arbeitende Mitglieder in informellen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und deren Einkommen unter der jeweils festgelegten Armutsgrenze liegt. Sie werden durch Beiträge von Unternehmen, Arbeitnehmern sowie durch Subventionen und Kredite von Bundes- und Landesregierungen finanziert. Im Rahmen dieser Programme erhält jede Familie eine Garantie für die Kostenübernahme von Gesundheitsdienstleistungen im Wert von 30.000 Rupien (derzeit etwa 446 Euro). Für Menschen über 65 Jahre, deren Alterseinkünfte unterhalb der Armutsgrenze liegen, soll aus der Rentenversicherung eine monatliche Rente ausgezahlt werden. Darüber hinaus sollen Haushalte von landlosen Arbeitern in ländlichen Regionen einen Versicherungsschutz von 75.000 Rupien (ca. 1.141 Euro) für den Fall des Todes oder der dauerhaften Arbeitsunfähigkeit eines im „nicht-organisierten“ Sektor beschäftigten Familienmitgliedes erhalten. Der Kreis der Anspruchsberechtigten soll innerhalb von fünf Jahren von anfangs 50 Millionen Arbeitskräften und ihren Familien auf später über 300 Millionen ausgedehnt werden.



04/06_Probleme und Ansätze gewerkschaftlicher Einflussnahme in den indischen Arbeitsbeziehungen

Die Vielfalt der Beschäftigungsverhältnisse auf dem indischen Arbeitsmarkt, die Regionalität und lokale Natur der Arbeitsmärkte im „nicht-organisierten“ Sektor, die hohe Analphabetenrate und das geringe Bildungsniveau, die Verfügbarkeit eines Reservoirs an billigen Arbeitskräften, das Versagen staatlicher Regelungsinstanzen, die Ineffektivität arbeits- und sozialpolitischer Maßnahmen und die Tatsache, dass vielfach soziale Identitäten das Arbeitsverhältnis bestimmen, verdeutlichen, mit welchen Problemen der Versuch verbunden ist, gewerkschaftliche Gegenmacht in Indien zu organisieren. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass der Organisationsgrad der Gewerkschaften im Verhältnis zur Gesamtheit der arbeitenden Bevölkerung relativ gering ist. Im organisierten Sektor sind den verfügbaren Statistiken gemäß zwischen 30 und 40 % der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert, d. h. zwischen 10 und 13 Millionen oder knapp 4 % bei einer erwerbstätigen Bevölkerung von ca. 400 Millionen (ohne Kinderarbeit). Schätzungen zur Folge waren im Jahr 2004 nur 17,5 % aller im „nicht-organisierten“ Sektor Beschäftigten überhaupt schon einmal mit einer Gewerkschaft oder anderen Arbeitnehmervereinigung in Berührung gekommen, die Gewerkschaftsdichte im „nicht-organisierten“ Sektor betrug gerade einmal 9,7 % und jeweils nur weniger als 4 % der im „nicht-organisierten“ Sektor Beschäftigten waren Mitglied einer Arbeiterorganisation bzw. -institution (Selbsthilfegruppe, Kooperative, Sozialfonds, Gewerkschaft oder Berufs- bzw. Handelsverband).

Der Bedarf an einer tiefer greifenden gewerkschaftlichen Organisation der indischen Arbeiterschaft umfasst mehrere Dimensionen. Im organisierten Sektor muss die gewerkschaftliche Fragmentierung überwunden werden, um eine schlagkräftige organisatorische Basis kollektiven Handelns zu schaffen und das Prinzip der Tarifautonomie durchzusetzen. Von den Gewerkschaften erfordert dies eine Abkehr von reiner Besitzstandswahrung und die Bereitschaft, mehr Eigenverantwortung jenseits staatlicher Regelungsinstanzen zu übernehmen, um Tarifverhandlungen zu etablieren und zu führen. Sie müssen sich zudem den neuen Bedingungen einer sich liberalisierenden Wirtschaft stellen, Antworten auf die Herausforderungen durch die Einführungen neuer Technologien, neuer Formen der Produktion und Arbeitsorganisation oder der Errichtung von Sonderwirtschaftszonen mit eigener Arbeitsgesetzgebung finden und neue Tätigkeitsbereiche erobern. Der

gewerkschaftliche Organisationsgrad der „neuen Industrien“ (IT) und des Dienstleistungsgewerbes, die den indischen Wirtschaftsboom beflügeln, tendiert gegen Null. Viele indische Gewerkschaften sehen die Einforderung höherer Sozialstandards sogar mit einiger Skepsis, da diese gelegentlich als Wachstumshemmnis und als von westlichen Industrienationen aus vermeintlich imperialistisch-egoistischen Motiven eingefordert angesehen werden, um deren Bevölkerungen vor der Verlagerung von Arbeitsplätzen zu schützen.

„Geheime Wahl zur Anerkennung eines Gewerkschaftsdachverbandes mit Alleinvertretungsanspruch bei der indischen Eisenbahn

Die Zersplitterung der indischen Gewerkschaftsszene stellt wohl das größte Hindernis bei der Formierung gewerkschaftlicher Gegenmacht im organisierten Sektor dar. Dies traf auch auf die staatliche indische Eisenbahn zu, mit ca. 1,6 Mio. Angestellten der größte Arbeitgeber der Welt. Unzählige Eisenbahnergewerkschaften, die einem der vier großen, parteipolitisch gebundenen Dachverbände angehörten, erschwerten Tarifverhandlungen und behinderten die Arbeitsbeziehungen, da sich zahlreiche Gewerkschaften und Dachverbände als Verhandlungspartner wählten und gerieten. Bis 1948 waren die Angestellten der indischen Eisenbahn noch unter einem einzigen gewerkschaftlichen Dach, der *All India Railwaymen's Federation* (AIRF), vereint. Nach der Unabhängigkeit Indiens lancierte die Kongresspartei einen weiteren gewerkschaftlichen Dachverband, die *National Federation of Indian Railwaymen*, um der parteipolitisch ungebundenen AIRF einen Konkurrenten zur Seite zu stellen und durch die Zersplitterung der Gewerkschaften die Verhandlungsstärke der gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner zu minimieren. Ein Dachverband der kommunistischen Parteien (*Dakshin Railway Employees Union*) folgte sowie einer der hindunationalistischen Parteien (*Bharatiya Railway Mazdoor Sangh*), mit der Folge der endgültigen, vom Staat gewollten Zersplitterung der Gewerkschaften bei der indischen Eisenbahn. Eigentlich sollten schon 1988, nach mehreren großen Streiks, die die geheime Wahl zur Anerkennung eines Gewerkschaftsdachverbandes mit Alleinvertretungsanspruch einforderten, mit einer Änderung des *Industrial Disputes Act* und des *Trade Union Act* der Fragmentierung der

Gewerkschaftsszene und der Unübersichtlichkeit bei der Bestimmung von gewerkschaftlichen Verhandlungspartnern ein Riegel vorgeschoben und die Arbeitsbeziehungen durch die Einrichtung von bundesstaatlichen, industrieweiten Arbeitschiedsgerichten sowie umfassenden Verhandlungsgremien effektiver ausgestaltet werden. Doch das Gesetzesvorhaben scheiterte daran, dass man sich nicht auf eine Definition von Industriebranchen einigen konnte. Auf die Eingabe einer Eisenbahnergewerkschaft an den Obersten Gerichtshof hin wurde für den November 2007 schließlich eine geheime Wahl zur Anerkennung eines verhandlungsberechtigten Gewerkschaftsdachverbandes anberaumt, an der über eine Million Eisenbahner teilnahmen und aus der die AIRF weitgehend siegreich hervorging. Damit wurde eine Grundlage geschaffen, die traditionelle Zersplitterung der Gewerkschaften zu überwinden und unter dem AIRF-Motto „One Union in One Railway“ zukünftig schlagkräftiger den zahlreichen Herausforderungen, mit denen die Arbeitnehmer bei der indischen Eisenbahn konfrontiert sind – z.B. die gewerkschaftliche Organisation weitgehend rechtloser Kontraktarbeiter –, entgegenzutreten.

Die wichtigste Herausforderung für das indische Gewerkschaftswesen besteht aber darin, sich der Problemlagen des „nicht-organisierten“ Sektors anzunehmen. Dies gilt ganz offensichtlich für die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen, höherer Löhne (oder zumindest der Einhaltung der Mindestlohnbestimmungen), eines ausreichenden Beschäftigtenschutzes, internationaler Standards und der existierenden gesetzlichen Bestimmungen zur Abschaffung ausbeuterischer Beschäftigungsverhältnisse (z. B. Schuldknechtschaft). Da sich derzeit aber auch ein Trend der Verlagerung von Beschäftigung vom organisierten in den „nicht-organisierten“ Sektor abzeichnet, letzterer ohnehin viel schneller wächst, bedarf es zudem des Aufbaus von Verhandlungsmacht und gesellschaftspolitischem Druck gegenüber Bürokratie, staatlichen Instanzen und Mittelsmännern wie Arbeitsvermittlern, um staatliche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu beeinflussen, den Anspruch auf wenn auch geringe, aber existierende Sozialleistungen zu erstreiten und einer Formalisierung informeller Arbeitsverhältnisse Vor Schub zu leisten. Die Organisation im „nicht-organisierten“ Sektor Beschäftigter heißt in diesem Zusammenhang vor allem auch Aufklärungsarbeit über bestehende gesetzliche Bestimmungen zu leisten und die Vorteile kollektiven Handelns aufzuzeigen; zu identifizieren, welche Leistungen bereits vom Gesetz abgedeckt werden, wem sie zustehen, die Verletzung gesetzlicher Bestimmungen anzuzeigen und alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zu generieren. Eine Organisation und Solidarisierung ausschließlich gegenüber dem Arbeitgeber, die in erster Linie auf die Verbesserung

der Arbeitsbedingungen und höhere Löhne gerichtet ist, ist nötig, aber nicht ausreichend. Insofern erscheint die bloße Kopie traditioneller gewerkschaftlicher Organisationsprinzipien im „nicht-organisierten“ Sektor wenig dienlich. Gleiches gilt für die Frage der Einführung sozialer Sicherungssysteme, wobei die Rolle von Vereinigungen und Vertretungen der Arbeiter vor allem darin bestehen könnte, die Kenntnis von (bestehenden) Sozialversicherungssystemen zu etablieren, Beitragszahlungen zu koordinieren und zu kombinieren, die Verteilung von Versicherungsleistungen zu organisieren oder Ansprüche aus Gesundheits- oder Berufsunfähigkeitsversicherungen durchzusetzen. Für die selbständigen Klein- und Kleinstbetriebe im „nicht-organisierten“ Sektor gilt, ihren Formalisierungsprozess langfristig zu unterstützen. Dies beinhaltet auch, Lobbyarbeit für die Einführung eines adäquaten Systems der beruflichen Bildung zu betreiben, zumal in jedem Jahr nur etwa 7 % aller in Indien Beschäftigten Zugang zu einer wie auch immer gearbeteten Form der beruflichen Ausbildung haben.



Indische Arbeitswelten IV: Minenarbeiter im Kohlebergbau in Jamadobha, Bihar

„Gewerkschaftliche Organisation der „Kulis“ im südindischen Bundesstaat Kerala

Als zentrale Probleme der indischen Gewerkschaftsszene müssen die mangelnde Tradition korporatistischer Aushandlungsmuster und die geringe gewerkschaftliche Einflussnahme im „nicht-organisierten“ Sektor genannt werden. Dass es möglich ist, den Staat (auch als Arbeitgeber) und Gewerkschaften zur Kooperation bei der effektiven Ausgestaltung von Arbeitsbeziehungen zusammenzubringen und in diesem Sinne erfolgreich im „nicht-organisierten“ Sektor zu intervenieren, verdeutlicht das Beispiel der gewerkschaftlichen Organisation der „headload workers“ oder „Kulis“ (Lastenträger) im

südindischen Bundesstaat Kerala, die zu den sozial und wirtschaftlich am meisten benachteiligten Berufsgruppen in Indien zählen. Für ihre schwere körperliche Arbeit bedarf es keiner beruflichen Ausbildung, sie sind Gelegenheitsarbeiter, die je nach Bedarf eingesetzt und meist nach Kaste oder Religion rekrutiert werden. Bereits in den fünfziger Jahren wurden die „Kulis“ in Kerala lokal von rivalisierenden Gewerkschaften organisiert, was angesichts der strategischen Rolle der Lastenträger für funktionierende Lieferabläufe und fehlender gesetzlicher Grundlagen der Arbeitsbeziehungen zwar zu Lohnzuwächsen führte (Mitte der achtziger Jahre erzielten „Kulis“ im städtischen Kontext um bis zu 75% höhere Löhne als Fabrikarbeiter im organisierten/formellen Sektor), aber auch eine extreme Militanz und Anarchie des Arbeitsmarktes der „Kulis“ nach sich zog. Als Reaktion erließ die kommunistische Landesregierung den *Headload Workers Act* (1980) und das *Kerala Headload Workers (Regulation of Employment and Welfare) Scheme* (1983), die durch staatliche Intervention und die Einrichtung von korporatistischen Gremien zur Formalisierung des Arbeitsmarktes der „Kulis“ beitragen sollten. Die beiden Gesetze definieren Arbeitsbedingungen, stärken die Rolle staatlicher Arbeitsschiedsgerichte, bestimmen Sozialleistungen für die Arbeiter und schaffen einen Wohlfahrtsausschuss für die „headload workers“ sowie lokale, selbstverwaltete und paritätisch besetzte Komitees, die Löhne und soziale Beihilfen aushandeln, Arbeit zuteilen, Arbeitsbeziehungen koordinieren und für die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen sorgen. Trotz anfänglichen Widerstands hat sich dieses neue System der Arbeitsbeziehungen, das vom Gewerkschaftsdachverband der indischen Kommunisten, dem *Centre for Indian Trade Unions*, gefördert wurde, bewährt. In relativ kurzer Zeit wurde so ein informeller Arbeitsmarkt, der weitgehend nach Patronagebeziehungen funktionierte, durch gewerkschaftliche Organisation in zunächst offene, aber durch Rivalitäten lokaler Gruppen konfliktreiche Arbeitsbeziehungen überführt, die schließlich – unter Einbeziehung staatlicher Initiative – in einen weitgehend formalisierten und institutionalisierten, durch korporatistische Aushandlungsmuster gekennzeichneten Arbeitsmarkt mündeten – mit (wirtschaftlich) positiven Folgen für alle Beteiligten.

Für diese Dimensionen möglicher gewerkschaftlicher Einflussnahme im „nicht-organisierten“ Sektor gilt natürlich, dass sie nicht dem Gedanken entspringen, den „nicht-organisierten“ Sektor zu legitimieren, sondern ihn mit dem langfristigen Ziel der Formalisierung anzuerkennen und ihn nicht als Übergangsphänomen abzutun. Und: „organising the unorganised“ zum Zweck einer Politikgestaltung zu Gunsten der im „nicht-organisierten“ Sektor Beschäftigten muss als partizipativer Ansatz angelegt sein, der die informellen Arbeiter und ihre Organi-



Protest gegen staatliche Untätigkeit:

Demonstration von BJP-Anhängern gegen Straßenbau in Delhi

sationen in die Entscheidungsfindung mit einbezieht, alle in irgendeiner Form für den „nicht-organisierten“ Sektor relevanten Sozialpartner (Arbeiter, Regierungsstellen auf allen Ebenen, informelle Unternehmer, Firmen im formellen Sektor, zivilgesellschaftliche Akteure und Gewerkschaften) im Entscheidungsprozess berücksichtigt und sich nicht auf Schulbuchrezepte und deren Implementierung „von oben“ verlässt.

Natürlich ist es für die indischen Gewerkschaften schwierig, angesichts der Komplexität des indischen Arbeitsmarktes, eine umfassende Solidarisierung und übergreifende Interessenartikulation und Organisation der Arbeiterinnen und Arbeiter herbeizuführen. Wenn sich Arbeiterprotest formiert, dann nicht aus einem Klassenbewusstsein heraus, sondern über den Umweg des parteipolitischen Wettbewerbs und in sozialen Bewegungen, wie der Aufstieg politischer Parteien der Niedrigkastigen und ehemals Unberührbaren in Nordindien oder die vielen regionalen Bewegungen mit emanzipatorischem Charakter und nachbarschaftlichen Selbsthilfegruppen veranschaulichen. Sozialer Protest richtet sich dabei meist nicht nur gegen Ausbeutung und Diskriminierung am Arbeitsplatz, sondern gegen staatliche Disziplinierungsmaßnahmen (Polizeigewalt, Slumbeseitigung) und mangelnde Grundbedürfnisbefriedigung bzw. Bereitstellung öffentlicher Güter (sozialer Wohnungsbau, Wasser- und Stromversorgung etc.).

Es sind auch soziale Struktur und traditionelle Vorstellungen sowie Verhaltensweisen innerhalb der indischen Gesellschaft, die einer effektiveren Organisierung entgegenwirken. Die Spaltung in verschiedene Arbeitsmärkte, segmentiert nach Geschlecht oder Kaste, ein traditionelles Rollenverständnis, das der Arbeitsteilung zu Grunde liegt und die Abschaffung von Extremformen der Informalisierung wie Kinderarbeit oder Schuldknechtschaft erschwert, multiple soziale Identitäten innerhalb der informellen Arbeiterschaft, sowie die in Verwaltung, Justiz, Gewerkschaften oder unter Arbeitgebern vorherrschenden sozialen und kulturellen Stereotypen behindern eine umfassende Solidarisierung. Aber auch die indischen Gewerkschaften selbst stellen ein Problem dar. Sie tun sich schwer, auf den Liberalisierungsprozess der indischen Wirtschaft und neue Herausforderungen am indischen Arbeitsmarkt zu reagieren, Konzepte zu Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu entwickeln und

ihre Rivalität und parteipolitische Bindung zu überwinden. Ihr Interesse am „nicht-organisierten“ Sektor ist meist gering, das Hauptaugenmerk gilt der Verteidigung der Privilegien im organisierten Sektor. Zwar gibt es Reformbemühungen innerhalb der indischen Gewerkschaftsbewegung, eine Vielzahl neuer unabhängiger Gewerkschaften vor allem auf Betriebsebene hat sich herausgebildet, die aber weit davon entfernt sind, eine gesellschaftspolitische Kraft darzustellen. Zudem gibt es Fusionsbestrebungen etablierter Gewerkschaften, um die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht zu erhöhen. Bei der Beschäftigung mit den Problemen des „nicht-organisierten“ Sektors haben sich aber zivilgesellschaftliche Akteure (NROs, Kooperativen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen) bisher als die dynamischeren und flexibleren Organisationsformen erwiesen, auch wenn ihr Erfolg kaum flächendeckende Wirkung entfalten kann.

04/07_Deutsch-indische Gewerkschaftskooperation und mögliche Kooperationsbereiche für die internationale Gewerkschaftsarbeit

Die deutsch-indische Gewerkschaftskooperation steht in vielen Bereichen noch am Anfang. Erst allmählich werden in unterschiedlichen Branchen deutsche Produktionsbetriebe in Indien aufgebaut, was in Zukunft eine verstärkte Koordination der verschiedenen Betriebsgewerkschaften, die zumeist noch unterschiedlichen Dachverbänden angehören, erfordern wird. Siemens und VW haben diese Koordinationsleistung z. B. derzeit anvisiert. Für große deutsche Unternehmen, die teilweise schon seit Jahrzehnten in Indien mit eigenen Unternehmen aktiv sind, wie beispielsweise Bosch India, gilt, dass sie in erster Linie mit einzelnen Betriebsgewerkschaften zu tun haben, nur selten kommt es zur Konfrontation oder Verhandlung mit Dachverbänden. Streiks bzw. Aussperrungen wie etwa im Herbst 2008 im Werk Jaipur von Bosch India, als die *Mico Bosch Labour Union* gegen Rationalisierungsmaßnahmen protestierte, werden meist in langwierigen Schiedsverfahren durch staatliche Kommissionen beigelegt – wobei investitionsfreundliche Landesregierungen in den seltensten Fällen zu Gunsten der Arbeitnehmerinteressen entscheiden. Eine substantielle deutsch-indische Gewerkschaftskooperation auf Un-

ternehmensebene lässt sich bisher nicht ausmachen. Deutsche Software-Konzerne, die seit Jahren in Indien tätig sind, wie SAP, treffen meist schlicht keine Gewerkschaften an, Indiens „New Economy“ verweigert sich bis auf wenige Ansätze im südindischen Bangalore nach wie vor der gewerkschaftlichen Organisation.

Ein Grund, warum es bisher nur in äußerst geringem Maße zu deutsch-indischer bzw. auch anderer bilateraler Gewerkschaftskooperation gekommen ist, liegt auch darin, dass Gewerkschaften in Indien als politische Organisationen angesehen werden, d. h. auch, dass ihre finanzielle Förderung im Rahmen konkreter Projektarbeit mit indischen Gewerkschaften gesetzlich verboten ist. Bilaterale Gewerkschaftsarbeit vor Ort wird deshalb in erster Linie durch die Auslandsvertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Form von Studien, Workshops und Seminaren geleistet. Auf internationaler Ebene gibt es allerdings eine lange Tradition der Gewerkschaftskooperation mit Indien, die vor allem in den siebziger und achtziger Jahren zu einem regen Gedankenaustausch, zahlreichen Besuchspro-



Arbeiten in zwei Welten –
gewerkschaftliche Organisation Mangelware: IT-College ...

grammen und konzeptionellen Beratungstreffen führte. Mit der Öffnung Osteuropas verlagerte sich der Fokus allerdings auf diese Region, Indien rückt erst allmählich, mit zunehmender wirtschaftlicher Expansion wieder in das Augenmerk der internationalen Gewerkschaftsszene. Ein weiterer Grund für die mangelnde bilaterale Kooperation lässt sich im Verhalten der indischen Gewerkschaften selbst verorten. Ihre Politisierung, Rivalität, mangelnde Beschäftigung mit den Problemlagen des riesigen „nicht-organisierten“ Sektors und den Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft, gepaart mit einer an Besitzstandswahrung der Privilegien im organisierten Sektor orientierten Denkweise lassen nur wenig Spielraum für einen offenen internationalen Gewerkschaftsdialog zu.

Dabei wäre eine Forcierung des internationalen Erfahrungsaustausches, z. B. durch internationale Dialogveranstaltungen, Austauschprogramme oder die Einrichtung von virtuellen Informationsplattformen zur notwendigen Neuorientierung der indischen Gewerkschaftsszene durchaus angeraten. Gerade die historische Erfahrung der Gewerkschaften in westlichen Industrieländern, insbesondere in Deutschland, kann im beschriebenen Kontext fruchtbar gemacht werden. Dies gilt für ihr Wissen um Vorzüge (und Nachteile) korporatistischer Aushandlungsmuster, branchenübergreifende Solidarisierung, Konzepte zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, den Umgang mit der Einführung neuer Technologien bzw. wirtschaftlicher Umstrukturierung, Dezentralisierung der eigenen Entscheidungs-

strukturen, Fragen der beruflichen Ausbildung aber auch moderne „Kampfformen“, die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren etc. Auch die gewerkschaftliche Kooperation der Beschäftigten in deutschen Betrieben in Indien mit ihren Kollegen im Mutterkonzern sollte vorangetrieben werden. Gleiches gilt für die Vermittlung eines adäquaten Indienbildes nach Europa, nach Deutschland, das mit vielen einseitigen Vorurteilen gegenüber Indien oder dem „Jobkiller indischer Facharbeiter“ aufräumen könnte. Gerade im Bereich des *capacity-building* durch Netzwerkbildung (auch über das Internet), regionenübergreifende Dialogveranstaltungen und Trainingsmaßnahmen liegt die Chance, die indischen Gewerkschaften für die Problemlagen und Herausforderungen des indischen Arbeitsmarktes zu sensibilisieren, positive Beispiele der gewerkschaftlichen Einflussnahme aufzuzeigen und zu diskutieren.

Es gilt zudem, in Deutschland ein differenzierteres Bild des indischen Arbeitsmarktes zu befördern und ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit zu rücken. Insbesondere die Tatsache, dass gerade in einigen besonders sichtbaren und hierzulande spürbaren Wachstumsbereichen der indischen Wirtschaft, wie der Informationstechnologie und dem grenzüberschreitenden Dienstleistungsgewerbe (Stichworte: Call-Center und Buchhaltung) sowie im „nicht-organisierten“ Sektor der gewerkschaftliche Organisationsgrad praktisch gleich Null ist, kann nur schwer vermittelt werden. Die verschiedenen Dimensionen des indischen Arbeitsmarktes und der Arbeitsbeziehungen in Indien müssen gleichermaßen in den Blick genommen und gleichzeitig eine Sichtweise praktiziert werden, die für eventuelle Vorbehalte der indischen Seite gegenüber ausländischen Patentrezepten offen bleibt.

... und improvisierter Handwerksbetrieb



Foto oben: Marco Cristofori / Das Fotoarchiv
Foto unten: Enrico Fabian

05_

Die Positionierung Indiens

in der Weltwirtschaft und im internationalen System





05/01_Indien in der Weltpolitik

Die dramatischsten Veränderungen, die man mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Indiens in Verbindung bringt, haben sich in den letzten Jahren vor allem in der Außenpolitik ergeben. Die Zeiten der Bündnisfreiheit, Eigenständigkeit und Nichteinmischung sind vorbei. Die grundlegende Rationale dieser „Öffnung zur Welt“ ist dreiteilig, primär natürlich mit der notwendigen Intensivierung der Außenwirtschaftsbeziehungen, des Technologietransfers und der Forcierung der Weltmarktintegration verbunden. Sie gewinnt aber auch vor dem Hintergrund der Abhängigkeit von einer boomenden *outsourcing/offshore* Industrie im IT- und Finanzdienstleistungssektor als wichtigem Wachstumsmotor Bedeutung sowie der Notwendigkeit des Einwerbens ausländischer Investitionen, nicht zuletzt zum dringend notwendigen Ausbau der Infrastruktur (vorrangig Flug-, Seehäfen und Straßenbau). Zweitens resultiert die neue Bündnisfreudigkeit zunehmend aus der Frage der Energiesicherheit und den sich daraus ergebenden Abhängigkeiten für das ressourcenarme Land. Und ist drittens natürlich auch mit einem unverhohlenen Weltmachtsanspruch verbunden. Die Strategie der aktuellen Regierung auf dem Weg zur Großmacht basiert

dabei zuallererst auf der ökonomischen Prämisse: anhaltendes Wirtschaftswachstum von 8 % über einen längeren Zeitraum hinweg, Aufstieg zur weltweit drittgrößten Wirtschaftsmacht, gekoppelt an die Verlockungen eines gigantischen Marktes und einer größer werdenden, konsumfreudigen Mittelklasse sowie an das Spiel mit den Ängsten des Westens vor der mit dem Aufstieg verbundenen wirtschaftlichen Bedrohung, vor allem im Dienstleistungssektor, und größere weltpolitische Anerkennung, z. B. im Rahmen des angestrebten ständigen Sitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, tritt dann automatisch ein. Hier lässt sich ein kleiner ideologischer Paradigmenwechsel in der indischen Außenpolitik ausmachen, von der bisher dominierenden „hard power“-Gläubigkeit, die sich vor allem in der Nuklearisierung niederschlug, hin zu einem verstärkten Setzen auf „soft power“ (wirtschaftlicher, kultureller Stärke). Die Richtung von Indiens „Öffnung zur Welt“ weist dabei in Zukunft zuallererst in die USA und nach Ost- und Südostasien, zunehmend weniger nach Europa und Russland, und überall dorthin, wo sich der rasant steigende Energiebedarf decken lässt (z. B. Zentralasien).

Indien öffnet sich erneut der Welt: das „Gateway of India“ in Mumbai (Bombay)



Mit dem 2008 in Kraft getretenen „Nukleardeal“ zwischen Indien und den USA hat sich Indien auch bezüglich der Atomenergie als festem Bestandteil seines zukünftigen, bisher Kohle-dominierten Energiemix positioniert. Indien setzt zudem zur Deckung seines rasant steigenden Bedarfs an Öl und Gas schon seit einiger Zeit auch auf eine aggressivere Einkaufs- und Energiesicherungspolitik – zunehmend im Tandem mit China bei gemeinsamen Erschließungsprojekten z. B. in Syrien oder dem Sudan. Die „Energiediplomatie“ wird als wesentliche strategische Größe die zukünftige außenpolitische Stoßrichtung Indiens erheblich mitbestimmen, wie es sich jetzt schon am Ausbau der Beziehungen zu Staaten des Mittleren und Nahen Ostens, Bangladesh, Burma oder Zentralasien ablesen lässt. Es findet allmählich aber auch ein Umdenken und eine lebendige Debatte zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien statt. Jüngst ausgegebene Zielformulierungen sprechen davon, den Anteil von derzeit knapp 6% auf ein Fünftel der Energieproduktion in den nächsten beiden Dekaden auszubauen. An globalen Klima-Abkommen, wie z. B. dem Kyoto-Protokoll, will sich Indien bisher aber noch nicht beteiligen, zu sehr sieht es seine Wirtschafts- und Wachstumsinteressen in Gefahr.

Durch die Mitgliedschaft im *ASEAN Regional Forum* ist Indien auch in einem regionalen Sicherheitsarrangement vertreten und mit dem Beobachterstatus in der *Shanghai Cooperation Organisation*, die China, Russland und die zentralasiatischen Republiken umfasst und sich mit Themen wie Terrorismusbekämpfung und wirtschaftlicher Kooperation auseinandersetzt, vor allem aber vor dem Hintergrund der „pipeline“-Diplomatie um zentralasiatisches Öl und Gas an Bedeutung gewinnen wird, hat Indien zudem seine Präsenz in Zentralasien verstärkt. Indien verfolgt auch weiterhin sein traditionelles Engagement im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation und den Ausbau seiner Beziehungen zu anderen Regionalmächten des Südens, wie z. B. im Rahmen der Kooperation mit den Regionalmächten Brasilien und Südafrika, der sog. „IBSA-Initiative“. Trotz gegenteiliger Rhetorik und Reminiszenzen an die Blockfreienbewegung spiegelt sich dieses Engagement im innenpolitischen Diskurs angesichts der angeführten „Öffnung zur Welt“ aber nur noch marginal wider und wird zunehmend als eine Strategie der Zweckbündnisse verstanden, die dazu dienen, die Verhandlungsmacht in internationalen Regimen wie der WTO oder den Vereinten Nationen zu stärken oder zukünftige Energie- und Absatzinteressen zu wahren.

05/02_ Indiens Außenwirtschaftsbeziehungen

Wohl kaum eine Maxime der Wirtschaftswissenschaft ist so umstritten wie die Vorteilhaftigkeit des internationalen Austauschs von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Ideen und Menschen, die auch hinter der Idee der Globalisierung steht. Das liegt daran, dass meist übersehen wird, dass internationaler Handel sehr wohl ein win-win-Spiel auf der Ebene der Handel treibenden Staaten ist, dass es aber nicht automatisch zum Vorteil jedes einzelnen Wirtschaftssubjekts in jedem am Handel teilnehmenden Staat sein muss. Die Annahme einer unbegrenzten Reaktionsgeschwindigkeit, wie sie einfachen theoretischen Modellen zu Grunde liegt, ist in der Realität nämlich nicht gegeben: Textilarbeiter, die arbeitslos werden, weil Kleidung in Indien billiger produziert werden kann, lassen sich nicht ohne weiteres in der Informationstechnologie einsetzen. Anpassungsprozesse, etwa durch Umschulung, erfordern Zeit. Eine Möglichkeit wären Ausgleichszahlungen, aber hier ist zu fragen, ob jeder Verlust einer Sonderstellung auch von der Gesellschaft ausgeglichen werden muss, zumal Ausgleichszahlungen oft weniger den „freigesetzten“ Arbeitnehmern als

den Kapitaleigentümern zugute kommen. Die Diskussion um die Sinnhaftigkeit von Erhaltungssubventionen dauert bereits über ein Jahrhundert an.

Bis jetzt ist es noch nicht zu massiven Einbrüchen in irgendeinem deutschen Industriezweig gekommen, weil indische Arbeitskräfte so billig sind und wir entscheidende Marktanteile verloren hätten. Deutsche Bedenken gelten vor allem der Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards. Aber auch hier lohnt es sich genauer hinzusehen: als beispielsweise ein französischer Flugzeugträger in Indien abgewrackt werden sollte, führten Bedenken hinsichtlich der Einhaltung des Umweltschutzes so weit, dass das Projekt schließlich gestoppt wurde und das Schiff in Europa abgewrackt wird. Dabei war übersehen worden, dass das Projekt auch den Transfer modernster (deutscher) Technologie beinhaltet hätte und geholfen hätte, die Arbeitsbedingungen auf den indischen Abwrackwerften zu verbessern.

05/03_Indien in der WTO

Indien war in den Verhandlungen zur Gründung einer Welthandelsorganisation während der so genannten Uruguay-Runde einer der hartnäckigsten Verhandlungspartner. Dabei musste Indien seiner Doppelrolle als Entwicklungsland und als kommendes Industrieland Rechnung tragen. Die Entwicklungsländer drängten vor allem auf eine Öffnung der Märkte der Industrieländer für Agrarprodukte und Textilien (die nicht im GATT enthalten waren) sowie auf die Entsendung von Arbeitskräften. Die Industrieländer forderten dagegen eine Öffnung der Märkte für Dienstleistungen (vor allem im Finanzwesen), die Sicherung der Urheberrechte (Produktschutz), die Öffnung der Kapitalmärkte und die Sicherung von Auslandsinvestitionen. Gleichzeitig waren sie aber nicht bereit, den umfassenden Schutz ihrer Agrarwirtschaft aufzugeben. Es kam zum Kompromiss, wobei Indien den Industrieländern vor allem beim Urheberrechtsschutz entgegen kam. Insgesamt herrschte aber das Gefühl, den Industrieländern zu weit entgegen gekommen zu sein. Die Diskussion um eine Besserung der Stellung der Entwicklungsländer in der andauernden Doha-Runde kommt nicht vom Fleck. Die Begeisterung der USA für ein globales Handelsabkommen hat nachgelassen; sie setzen wieder auf bilaterale Abkommen. Das Nuklear-Abkommen, das Ende 2008

von den Parlamenten Indiens und der USA ratifiziert wurde, zeigt die enge Verzahnung von strategischen Interessen und Außenwirtschaftspolitik. Die aktuelle Finanzkrise bedroht die Fortschritte in der internationalen Handelsliberalisierung.

Indiens Bemühungen um eine enge Süd-Süd-Kooperation in der Organisation der Blockfreien Staaten und ähnlichen Zusammenschlüssen haben keine merklichen Auswirkungen auf die Außenwirtschaft gehabt; nach wie vor wird der meiste Handel mit den Industrieländern abgewickelt. Einzig, dass China zum wichtigsten Handelspartner Indiens aufgestiegen ist. Seit 1985 ist Indien mit Pakistan, Bangladesh, Sri Lanka, Nepal, Bhutan und den Malediven in der regionalen Integrationsgemeinschaft *South Asian Association for Regional Cooperation* (SAARC) verbunden, 2007 kam Afghanistan hinzu. Angesichts der Spannungen mit Pakistan, der zweitgrößten Volkswirtschaft Südasiens, kommt SAARC aber kaum voran; weitergehende Abkommen zur Schaffung einer Freihandelszone zeigen kaum Wirkung in der Praxis: die Grenze zu Pakistan ist nach wie vor so gut wie geschlossen, der bilaterale Handel findet vor allem über Drittländer statt.

05/04_Indien in der Region

Noch bis zur Jahrtausendwende hatte sich Indien eigentlich in keine nennenswerten regionalen Integrationsbemühungen eingebunden. Die Liberalisierung und die Strukturreformen, die mit der Abkehr vom Wirtschaftsdirigismus und der außenwirtschaftlichen Öffnung des Landes seit Anfang der neunziger Jahre einsetzten, wurden zunächst gerade mal von Freihandelsabkommen mit den südasiatischen Nachbarn Nepal, Bhutan und Sri Lanka begleitet. Auf dem Papier existierte zwar bereits seit Mitte der neunziger Jahre ein Präferenzabkommen der SAARC-Staaten, das Anfang 2006 in die Einrichtung des südasiatischen Freihandelsabkommens SAFTA (*South Asian Free Trade Agreement*) mündete. SAARC bleibt aber aus politischen, historischen und wirtschaftlichen Gründen hinter den ursprünglich gesteckten Zielen zurück und es hat sich nach mehr als 20 Jahren bisher kein nennenswerter Integrationsfortschritt eingestellt.

Als sich schon wenige Jahre nach der SAARC-Gründung abzeichnete, dass die regionale Integration Südasiens auf erhebliche Widerstände stoßen würde, gab Indien Anfang der neun-

ziger Jahre die Devise der „Look East Policy“ aus. Mit ihr sollte eine wirtschaftliche und in Maßen auch politische Hinwendung zu den ASEAN-Staaten eingeleitet werden. Mittlerweile erfasst der „Blick nach Osten“ natürlich auch Ostasien. Es war ersichtlich, dass die Volkswirtschaften Südost- und Ostasiens auf absehbare Zeit komplementärer zur eigenen Wirtschafts- und Handelsstruktur sind und Integrationsbemühungen politisch leichter durchsetzbar waren. Seit zwei Jahren besteht nun ein Rahmenabkommen mit der ASEAN zur Umsetzung eines umfangreichen Freihandelsabkommens. Parallel zur ASEAN-Annäherung erfolgte die Etablierung der *Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation* (BIMSTEC), die Bangladesch, Indien, Myanmar, Sri Lanka umfasste und mit der Indien 2004 ebenfalls ein Rahmenabkommen zur Schaffung eines Freihandelsabkommens einging. BIMSTEC soll vor allem eine „Brückenfunktion“ zwischen südasiatischem und südostasiatischem Wirtschaftsraum erfüllen. Asien als generelle Stoßrichtung der indischen Integrationsbemühungen schien nur natürlich, da das Handelsaufkommen mit asiatischen Ländern im Laufe der Liberalisierung auf mehr

als ein Drittel des Gesamthandelsvolumens angestiegen war – Asien damit die EU und die USA als wichtigsten Handelspartner eingeholt hatte – und sich Länder wie Japan, Südkorea, die ASEAN-Staaten, vor allem aber auch China, zu den dynamischsten Wirtschafts- und Handelspartnern entwickelt hatten. Indiens vordergründiges Interesse gilt seit einiger Zeit der Einrichtung einer pan-asiatischen Freihandelszone. Die Grundidee besteht darin, die wichtigsten Wirtschaftsblöcke in Ost-, Südost- und Südasien in einer umfassenden Freihandelszone zusammenzubringen. Diese Wirtschaftsgemeinschaft wäre dann der größte Handelsblock der Welt.

Natürlich wäre auch ein Fortschritt der regionalen Integration in Südasien wünschenswert und dringend notwendig, vielleicht weniger aus rein ökonomischen, sondern vor allem aus sicherheitspolitischen Gründen. Die bisherige Integrationsbilanz von SAARC ist allerdings sehr bescheiden und die SAFTA-Agenda, die die Einrichtung einer südasiatischen Wirtschaftsunion bis zum Jahr 2020 vorsieht, muss bis auf weiteres als rhetorische Denkfigur abgetan werden. Zumal rein aus Handlungsperspektive SAFTA derzeit den indo-pakistanischen Handel ausklammert, sich hauptsächlich auf den Warenverkehr beschränkt und aufgrund der ähnlichen Handelsstrukturen eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen beinhalten wird. Es besteht auch

kein wirklicher ökonomischer Imperativ für eine Liberalisierung des intraregionalen Handels, der mit gerade 5 % der Gesamtexporte in der Region marginal ist. Insbesondere für Indien nicht, das ca. 70 % des gesamten SAARC-Marktes ausmacht und ohne dessen Mitwirkung kein Integrationsfortschritt stattfinden kann. Zu sehr ähneln sich Exportstrukturen und -zielländer, zu groß ist der Widerstand der heimischen Industrien. Das größte Hemmnis bei der Realisierung einer tief greifenden regionalen Integration sind natürlich die verfahrenen politischen Konfliktkonstellationen – allen voran der nun schon über ein halbes Jahrhundert andauernde indo-pakistanische Konflikt, aber auch die politischen Krisen in Nepal und Bangladesh oder der wiederaufflammende Bürgerkrieg auf Sri Lanka. Indien ist sich zwar zunehmend bewusst, dass es angesichts möglicher wirtschaftlicher Vorteile, z. B. eines Handelsaufschwungs zwischen den rückständigen Staaten im landeseigenen Nordosten und Bangladesh, seiner Energie- und Ressourceninteressen und den geplanten Pipeline-Projekten (Iran-Pakistan-Indien, Burma-Bangladesch-Indien, Zentralasien), angesichts seiner sicherheitspolitischen Interessen und der Gefährdung durch grenzüberschreitenden Terrorismus, die regionale Kooperation vorantreiben muss. In seiner Politik gegenüber den Nachbarstaaten überwiegen aber nach wie vor Ad-Hoc-Bilateralismus und Zurückhaltung.

05/05_Indien, China und die USA

Herausragend im Kontext der neuen Bündnisfreudigkeit Indiens ist die Annäherung an die USA. In wirtschaftlicher Hinsicht hatte sich diese Annäherung seit einiger Zeit abgezeichnet: durch die Intensivierung der Handelsbeziehungen, die Vernetzungen im IT-Bereich und angesichts der großen und einflussreichen indischen Diaspora in den USA. Bis vor einigen Jahren war es aber kaum vorstellbar, dass sie in einem von Abwehr gegenüber ausländischer Einflussnahme, vor allem auch durch Anti-Amerikanismus geprägten politischen Klima, dem vor allem die indische Zivilgesellschaft nach wie vor anhängt, eine derart explizit politische Dimension annehmen würde. Dies hat sich grundlegend geändert, auch wenn der 2005 eingefädelt und beim Bush-Besuch im März 2006 unterzeichnete sog. „Nukleardeal“ im Rahmen der strategischen Partnerschaft beider Länder nach wie vor heftig umstritten ist, insbesondere bei den indischen Kommunisten, der Zivilgesellschaft und unter den Muslimen. Er sieht die Integration Indiens

in das internationale zivile Nuklearregime trotz Nichtunterzeichnung des Nuklearen Nicht-Verbreitungs-Abkommens vor. Gegen die Annahme, dass im Rahmen der historisch neuen Annäherung an die USA Indien zum Erfüllungsgehilfen der US-amerikanischen Strategie der Krisenbewältigung und Demokratieförderung wird oder im amerikanischen Interesse bereitwillig auf eine Eindämmung der chinesischen Einflussphäre hinwirkt, sprechen aber die gleichzeitige Annäherung an China, innenpolitische Widerstände und Interessenskonflikte wie z. B. die geplante Iran-Pakistan-Indien-Gaspipeline oder die Vision eines *Asian Energy Grid*, einer asiatischen Energieunion und „neuen Seidenstraße“. Dennoch, die Vermittlungsarbeit der USA zur Verhinderung einer indisch-pakistanischen Konfrontation im Nachklang der Terroranschläge von Mumbai (2008) zeigt, wie wichtig Indien den USA inzwischen als Partner geworden ist.

Die derzeit wohl interessanteste Entwicklung im Kontext von Indiens „Öffnung zur Welt“ dürfte zweifellos die Annäherung zwischen Indien und China sein, die 2005 mit dem Rahmenabkommen zur Beilegung der seit Jahrzehnten schwelenden Grenzstreitigkeiten eingeleitet wurde. Die Überlegungen zur Einrichtung eines indisch-chinesischen Freihandelsabkommens sind real. Bedenkt man, dass die Notwendigkeit der indischen Atomtests von 1998 noch mit der Bedrohung durch China begründet wurde, ist diese Entwicklung spektakulär. Die Frage bleibt, wie realistisch eine solche Entwicklung hin zu einem Freihandelsabkommen ist.

Ein Blick auf Handels- und Wirtschaftsdaten der beiden Länder verdeutlicht, dass China Indien in ausnahmslos allen Kennziffern (Bruttosozialprodukt, Handelsvolumen, Anteil am Welthandel, Direktinvestitionen) noch weit voraus ist. Einzig im Dienstleistungsbereich und in der Dynamik des Wachstums im Warenhandel nähert sich Indien China langsam an. Eine doppelte Schiefelage spiegelt sich auch im bilateralen Handel wider. Während China für Indien als Handelspartner von immer größerer Bedeutung ist, macht das bilaterale Handelsvolumen nur einen Anteil von weniger als 1,5% am gesamten chinesischen Außenhandel aus, Indien ist damit der zehntgrößte Handelspartner Chinas. Während der chinesische Exportkorb diversifizierter und hochwertiger ist (dominiert von Maschinen und Konsumgütern), beschränkt sich der indische Exportkorb in erster Linie auf Rohstoffe (Erze, Baumwolle). Auch die vielbeschworene Komplementarität indischer „software“ und chinesischer „hardware“ hat noch nicht zu nennenswerten Synergieeffekten geführt und gegenseitige Investitionen sind bisher nur marginal. Das deutliche Ungleichgewicht der indisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen schlägt sich auch in der Stimmungslage der indischen Geschäftswelt nieder, die einem Freihandelsabkommen aus Furcht vor den komparativen Vorteilen Chinas und vor der Überflutung des indischen Marktes mit billigen chinesischen Produkten nach wie vor noch skeptisch gegenübersteht. Aus chinesischer Sicht sind es vor allem die umständlichen Genehmigungsverfahren, die einem stärkeren Engagement in Indien im Wege stehen. Nicht wenige chinesische Investitionsvorhaben wurden von indischer Seite mit Berufung auf eine Gefährdung der nationalen Sicherheit abgeblasen. Wenngleich auf indischer Seite zugestanden wird, dass der durch ein Freihandelsabkommen geschaffene Wettbewerb mit China den dringend benötigten Ausbau arbeitsintensiver Industrien stimulieren könnte, überwiegen noch gegenseitiges Misstrauen und eine Haltung vorsichtigen Abwartens. Dies liegt natürlich in erster Linie auch am historisch bedingten Vertrauensdefizit, die politischen Widerstände gegenüber einer zu engen Anbindung sind vor allem auf indischer Seite nach wie vor hoch. Das indische Sicherheitsestablishment beäugt missliebig das chinesische Engagement in den indischen Anrainerstaaten, vor allem in Pakistan, aber auch Bangladesch und Burma. Es wird von einer „Perlenkette“ gesprochen, mit der China seine Einflussphäre um Indien herum ausgestalten will. Ohnehin gilt zunächst die Lösung der Grenzstreitigkeiten zwischen Indien und China im Himalaja, die 1962 zum Krieg geführt hatten, als entscheidende Nagelprobe, die einer politischen Annäherung im Wege steht.

Der Beginn einer neuen Achse?

Indiens Premier Singh und Chinas Präsident Hu Jintao



05/06_Indien und die EU

Vor dem Hintergrund des neuen Enthusiasmus in den indisch-amerikanischen und chinesisch-indischen Beziehungen verblasst das Verhältnis zu Europa, insbesondere zur EU, zunehmend – sowohl was das Handelsaufkommen betrifft, als auch die politische Dimension. Trotz jährlicher Gipfel, strategischer Partnerschaften und gemeinsamen Aktionsplans sowie weiterhin guten Beziehungen zu einzelnen Ländern Europas (Deutschland rangiert bei Importen an 4. und Exporten an 7. Stelle im indischen Außenhandelspektrum, die Direktinvestitionen sind rückläufig aber im europäischen Vergleich nimmt Deutschland einen vorderen Platz ein) wird die EU, wird Europa als zunehmend weniger attraktiver Partner erachtet. Dies gilt auch für die Wahrnehmung einer zukünftigen globalen Sicherheitsordnung, die in Indien als mehr und mehr von den USA und China dominiert eingeschätzt wird. Es bleibt abzuwarten, ob die neuen Initiativen im Rahmen der EU-Partnerschaft oder auch der deutsch-indischen Zusammenarbeit, wie z.B. das derzeit diskutierte EU-Indien Freihandelsabkommen oder der deutsch-indische Wissenschaftsdialog, anspringen. Mittlerweile hat auch Europa gemerkt, dass es sich stärker um Indien „kümmern muss“, will es nicht den Anschluss im Rennen um die Gunst einer aufstrebenden Wirtschaftsmacht verlieren. Genauso schwer lässt sich abschätzen, inwieweit die Auswirkungen der globalen Finanzkrise diese Wahrnehmungen wieder durcheinander wirbeln werden.

Das für 2009 anvisierte Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU kann als strategischer „Rettungsanker“ verstanden werden, um den Handelsbeziehungen mit Indien wieder Auftrieb zu verleihen. Die EU spricht dabei von „Verhandlungen zwischen gleichen Partnern“, wengleich sich für Indien Gefahren aus der existierenden Ungleichheit der beiden Volkswirtschaften ergeben. Indiens Bruttoinlandsprodukt macht gerade einmal 6 % desjenigen der EU aus und viele Industrien, wie z.B. die Automobilindustrie, sind im Vergleich weitaus weniger wettbewerbsfähig. Die Bezeichnung „gleiche Partner“ beinhaltet nämlich einen fast vollständigen Zollabbau und die Einforderung der (all)umfassenden Liberalisierung der indischen Wirtschaft durch die EU. Dies könnte das Aus für einige Branchen bedeuten, insbesondere für viele kaum wettbewerbsfähige Klein- und mittelständische Unternehmen. Auch die weitestgehende Liberalisierung der indischen Wirtschaft würde negative Folgen haben, vor allem für die Beschäftigung im organisierten Sektor. Zudem würde der eingeforderte Rückbau des Gesamtvolumens öffentlicher Aufträge in Indien dazu



Hier wird über zukünftige Freihandelsabkommen entschieden:
die Lok Sabha, das indische Parlament

führen, dass viele Chancen, auch sozial benachteiligte Gruppen durch entsprechende staatliche Fördermaßnahmen stärker in den wirtschaftlichen Aufstieg einzubinden, vertan wären. Gerade die Gewerkschaften sollten deshalb ein Überdenken des anvisierten Freihandelsabkommens anmahnen.

Die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU sowie die zahlreichen weiteren Handelsabkommen, die derzeit diskutiert werden, stellen aber zumindest in einem Punkt eine Weichenstellung dar: im Gegensatz zum früheren Multilateralismus-Bekenntnis hat Indien nun auch den Weg der bilateralen Abkommen und der regionalen Integration eingeschlagen, der ja im Prinzip den WTO-Multilateralismus unterminiert. Man darf in diesem Zusammenhang aber nicht vergessen, dass aus indischer bzw. asiatischer Sicht die langjährige Anmahnung eines multilateralen Ansatzes durch den Westen auch vor dem Hintergrund erfolgte, die existierenden Wettbewerbsvorteile etablierter Integrationsräume des Westens (EU, NAFTA) nicht zu verlieren.

06_

Fazit







Zweifellos hat sich seit der Liberalisierung Anfang der neunziger Jahre eine bisher beispiellose und von einem zunehmenden Weltmachtstreben begleitete Dynamik der indischen Wirtschaft entfaltet, auch wenn sich die indische Wirtschaftsleistung im weltweiten Vergleich noch auf niedrigem Niveau bewegt und Armut noch ein weit verbreitetes Phänomen ist. Indiens Anteil am Welthandel ist zudem nach wie vor vergleichsweise gering. Das Bevölkerungswachstum hat sich zwar verlangsamt, aber die Zahl der Arbeitsplätze, die für die nachkommenden Generationen erforderlich sind, wird auch weiterhin zunehmen; gegenwärtig werden jedes Jahr sieben Millionen Arbeitsplätze zusätzlich benötigt. Von den Arbeitssuchenden werden auch weiterhin neun Zehntel eine Beschäftigung im „nicht-organisierten“, weitgehend unregulierten Arbeitsmarkt finden müssen, auf dem informelle Beschäftigungsverhältnisse vorherrschen. Weniger als ein Zehntel sind im organisierten Sektor beschäftigt, davon etwa die Hälfte im staatlichen und halbstaatlichen Bereich.

Die Hoffnungen, die man einst auf eine rasche Industrialisierung gesetzt hatte, erfüllten sich nicht. Die Industrie ist weit davon entfernt, zu einem der zentralen Produktionssektoren zu avancieren. Dies gilt insbesondere für die Beschäftigung;

immer noch mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Indien sind nach wie vor in der Landwirtschaft tätig. Schon immer waren in Indien mehr Menschen im Dienstleistungsbereich beschäftigt als in der Industrie; der Dienstleistungsbereich hat bereits die Landwirtschaft als führenden Sektor bei der Wirtschaftsleistung überholt und wird dies in absehbarer Zeit auch bei der Beschäftigung tun. Der IT-Bereich ist die große Hoffnung Indiens, aber es sind hier erst weniger als 2 Millionen Menschen beschäftigt, bei einer Erwerbsbevölkerung von etwa 400 bis 450 Millionen. Für deutsche Arbeitnehmer stellt Indien keine große Gefahr dar: es gehen zwar durch Auslagerungen von Arbeitsprozessen in Deutschland Arbeitsplätze verloren, gleichzeitig werden aber auch viele erhalten oder sogar geschaffen, weil der Exportweltmeister Deutschland so international konkurrenzfähig bleibt. Die derzeitige globale Wirtschaftskrise ist in ihren Folgen auch für die indische Wirtschaft nicht abzuschätzen. Die vorsichtige Liberalisierung und die nach wie vor geringe internationale Verflechtung der indischen Wirtschaft dürften Indien aber vorerst vor den schlimmsten Auswirkungen bewahren, auch wenn 2008 das Wachstum deutlich zurückgegangen ist und die Inflationsrate rasant anstieg.



Nach wie vor herrschen in Indien große Defizite auf den Gebieten des Arbeitsschutzes, der sozialen Sicherung, des Umweltschutzes und der Gleichberechtigung, insbesondere im riesigen „nicht-organisierten“ Sektor. Hier wird es für die indische Gewerkschaftsbewegung hilfreich sein, wenn sie bei ihren Anliegen internationale Unterstützung finden und Indien nicht als lästiger Konkurrent, auch auf dem internationalen Arbeitsmarkt, gesehen wird. Alle Erfolge auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, zumal wenn sie an den Produkten und den Produktionsprozessen ansetzen, kommen sowohl den Arbeitern im organisierten wie dem „nicht-organisierten“ Sektor zugute. Allerdings muss sich auch die indische Gewerkschaftsbewegung neu orientieren. Sie ist zersplittert, von politischen Parteien abhängig und auf die Besitzstandswahrung der arbeitsrechtlichen Privilegien im organisierten Sektor fixiert. Es ist dringend notwendig, dass sich die indische Gewerkschaftsbewegung den Herausforderungen, die sich aus der Liberalisierung und dem Strukturwandel der indischen Wirtschafte ergeben, stellt, z. B. indem sie die gewerkschaftliche Organisation in Indiens „New Economy“ vorantreibt. Vor allem aber muss sie sich der Problemlage im „nicht-organisierten“ Sektor annehmen, in dem fast keine gewerkschaftliche Gegenmacht existiert. Gleichzeitig gilt es für uns in Deutschland, ein differenzierteres Bild des indischen

Arbeitsmarktes und der wirtschaftlichen Realitäten zu befördern und ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit zu rücken. Angesichts der beachtlichen wirtschaftlichen Entwicklung Indiens in einigen Wachstumsbereichen gerät die Tatsache, dass nach wie vor nur sehr wenige Arbeitnehmer in den Genuss rechtlichen Schutzes vor willkürlicher Ausbeutung und nachhaltiger sozialer Absicherung kommen und informelle Beschäftigungsverhältnisse sowie soziale Ungleichheit zunehmen, schnell aus dem Blick.

Beim bilateralen wie internationalen Erfahrungsaustausch zu Vor- und Nachteilen korporatistischer Aushandlungsmuster, branchenübergreifender Solidarisierung, Konzepten zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, dem Umgang mit der Einführung neuer Technologien bzw. wirtschaftlicher Umstrukturierung, Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen, Fragen der beruflichen Ausbildung usw. müsste ein nachhaltiger Dialog mit Indien ansetzen, der für eventuelle Vorbehalte der indischen Seite gegenüber ausländischen Patentrezepten offen bleibt. Voraussetzung hierfür ist die Vermittlung eines angemessenen Indienbildes mit all seinen Widersprüchen und den positiven wie negativen Aspekten indischer Arbeits- und Lebenswelten.

Ausgewählte Literatur

Botterweck, Gerd. 1997.

Gewerkschaften in Indien.
Gewerkschaftliche Monatshefte, 8/97, S. 505–512.

Bundeszentrale für politische Bildung. 2007.

Indien – Informationen zur politischen Bildung.
Nr. 296.

Datt, Ruddar (Hg.).

Organising the Unorganised Workers.
New Delhi: Vikas.

Debroy, Bibek und P.D. Kaushik. 2005.

Reforming the Labour Market.
New Delhi: Academic Foundation.

DGB-Bildungswerk, Nord-Süd-Netz. 2007.

... die im Schatten sieht man nicht.
Strukturen, soziale Sicherung, Beschäftigtenschutz und Ansätze
gewerkschaftlicher Arbeit im informellen Sektor in Indien.

**Friedrich-Ebert-Stiftung (India Office) / Botterweck, Gerd,
C.S. Venkata Ratnam und Pravin Sinha (Hg.).** 1994.

Labour and Unions in a Period of Transition.
New Delhi: FES (India Office).

Harriss-White, Barbara. 2003.

India Working. Essays on Society and Economy.
Cambridge: Cambridge University Press.

v. Hauff, Michael (Hg.). 2008.

Indien. Herausforderungen und Perspektiven.
Schriften zur Wirtschaft Asiens. Marburg: Metropolis.

Ihlau, Olaf. 2006.

Weltmacht Indien. Die neue Herausforderung des Westens.
München: Siedler.

Jhabvala, Renana / R.K.A. Subrahmanya (Hg.). 2000.

The Unorganised Sector. Work Security and Social Protection.
New Delhi: Sage.

Kulke, Hermann und Dietmar Rothermund. 2006.

Geschichte Indiens. Von der Induskultur bis heute.
München: Beck.

Michaels, Axel. 2006.

Der Hinduismus. Geschichte und Gegenwart.
München: Beck.

Müller, Harald. 2006.

Weltmacht Indien. Wie uns der rasante Aufstieg herausfordert.
Frankfurt: Fischer.

Müller, Oliver. 2006.

Wirtschaftsmacht Indien. Chancen und Herausforderungen für uns.
München: Carl Hanser.

Rothermund, Dietmar (Hg.). 1995.

Indien – Geschichte, Politik, Wirtschaft, Umwelt.
München: Beck.

Rothermund, Dietmar. 2008.

Indien – Aufstieg einer asiatischen Weltmacht.
München: Beck.

Sinha, Pravin. 2002.

„Trade Unions in India – Spreading Wings“,
in: Draguhn, Werner (Hg.),
Indien 2002. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft.
Hamburg: Institut für Asienkunde, S.143–157.

Spieß, Clemens. 2008.

„Look East Fortified! India's New Role in Regional Integration in Asia“,
in: Wülbers Aziz, Shazia, Sabatier, Michel (Hg.),
EU-India Relations. A Critique.
New Delhi / Paris: The Academic Foundation / EuroIndia Centre, 169–187.

Taroor, Shashi. 2006.

Kleine Geschichte Indiens.
Bonn: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 510.

Voll, Klaus und Doreen Beierlein (Hg.). 2006.

Rising India – Europe's Partner?
Berliner Studien zur Internationalen Politik und Gesellschaft.
New Delhi / Berlin: Mosaic/Weissensee.

Wagner, Christian. 2006.

Das politische System Indiens.
Eine Einführung. Wiesbaden: VS.

Zingel, Wolfgang-Peter. 2004.

„Indien auf dem Weg zur postindustriellen Gesellschaft:
Infrastruktur, Dienstleistungen und Deregulierung“,
in: Draguhn, Werner (Hg.),
Indien 2004. Politik, Wirtschaft, Kultur.
Hamburg: Institut für Asienkunde, S.318–338.

Internet-Verweise

Bharatiya Mazdoor Sangh (den Hindunationalisten nahestehender
und größter Gewerkschaftsdachverband)
www.bms.org.in

Bonded Labour in South Asia (Seite zur Schuldknechtschaft in Indien)
www.bondedlabour.org

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,
Einstiegsseite Indien
www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/indien/index.html

Bundeszentrale für Politische Bildung, Dossier zu Indien
www.bpb.de/themen/1269M3,0,0,Indien.html

Centre of Indian Trade Unions (Gewerkschaftsdachverband der kommu-
nistischen Gewerkschaften in Indien, Communist Party of India – Marxist)
www.citucentre.org

Child Labor in India (Informationsseite zur Kinderarbeit in Indien)
www.childlabor.in



Deutsche Botschaft in Indien
www.new-delhi.diplo.de

Deutsch-Indische Handelskammer
<http://indien.ahk.de>

Economic and Political Weekly (renommierte indische Fachzeitschrift zu wirtschaftlichen und politischen Themen)
www.epw.org.in

Friedrich-Ebert-Stiftung, Indien-Büro
www.fesindia.org

Global Labour Institute
www.global-labour.org

Goethe-Institut in Indien
www.goethe.de/ins/in/lp/deindex.htm

IG-Metall, Internationales
www.igmetall.de

Indian National Trade Union Congress
 (der Kongresspartei nahestehender Gewerkschaftsdachverband)
www.intuc.net

Indienseite des Labour-Net
www.labournet.de/internationales/in/index.html

Indische Botschaft in Deutschland
www.indischebotschaft.de

International Social Security Association
www.issa.net

Internetportal der indischen Regierung
<http://goirectory.gov.in/>

Ministry of Labour, Government of India (Indisches Arbeitsministerium):
<http://labour.nic.in/>

National Commission for Enterprises in the Unorganised Sector
www.nceus.gov.in

Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks
www.nord-sued-netz.de

Regionalbüro Südasiens der International Labor Organization in Neu-Delhi
www.ilo.org/public/english/region/asro/newdelhi/areas/index.htm

Self Employed Women's Association
 (Gewerkschaft der Arbeiterinnen im „nicht-organisierten“ Sektor)
www.sewa.org

Siftung Wissenschaft und Politik (Think Tank in Berlin mit Asienreferat)
www.swp-berlin.org

Südasiens-Institut der Universität Heidelberg
www.sai.uni-heidelberg.de

suedasien.info (Informationsportal zu Südasiens)
www.suedasien.info

The Hindu (bekannte englischsprachige Tageszeitung)
www.hinduonnet.com

Times of India (bekannte englischsprachige Tageszeitung)
www.timesofindia.indiatimes.com

V.V. Giri National Labour Institute
 (Forschungseinrichtung des indischen Arbeitsministeriums)
www.vvgnli.org

Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing (WIEGO)
www.wiego.org

Zu den Autoren

Dr. rer. pol. Clemens Spiess

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilung Politische Wissenschaft, Südasiens-Institut der Universität Heidelberg
 Kontakt: cspiess@sai.uni-heidelberg.de
 Internet: www.sai.uni-heidelberg.de

Dr. rer. pol. Wolfgang-Peter Zingel

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilung Internationale Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, Südasiens-Institut der Universität Heidelberg
 Kontakt: h93@ix.urz.uni-heidelberg.de
 Internet: www.sai.uni-heidelberg.de

Bildrecherche: Jaswinder Kaur, M.A.

Impressum

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Verantwortlich: Nina Berg
Redaktion: Andreas Merx
Layout: Meike Range
Textkorrektur: Sibel Kara
Druck: Druckerei in St. Pauli

DGB Bildungswerk e.V. | Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 02 11/4301 371, Fax: 02 11/4301 500
e-mail: nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
Internet: www.nord-sued-netz.de

Friedrich-Ebert-Stiftung
Globale Gewerkschaftspolitik
Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit
Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin
www.fes.de

IG Metall – Vorstand
Funktionsbereich Internationales/Europa
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
www.igmetall.de

Gefördert durch das Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (BMZ), 2008

